



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

WIDENER



HN P2U5 \$

us 2332.1



HOHENZOLLERN COLLECTION

IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA

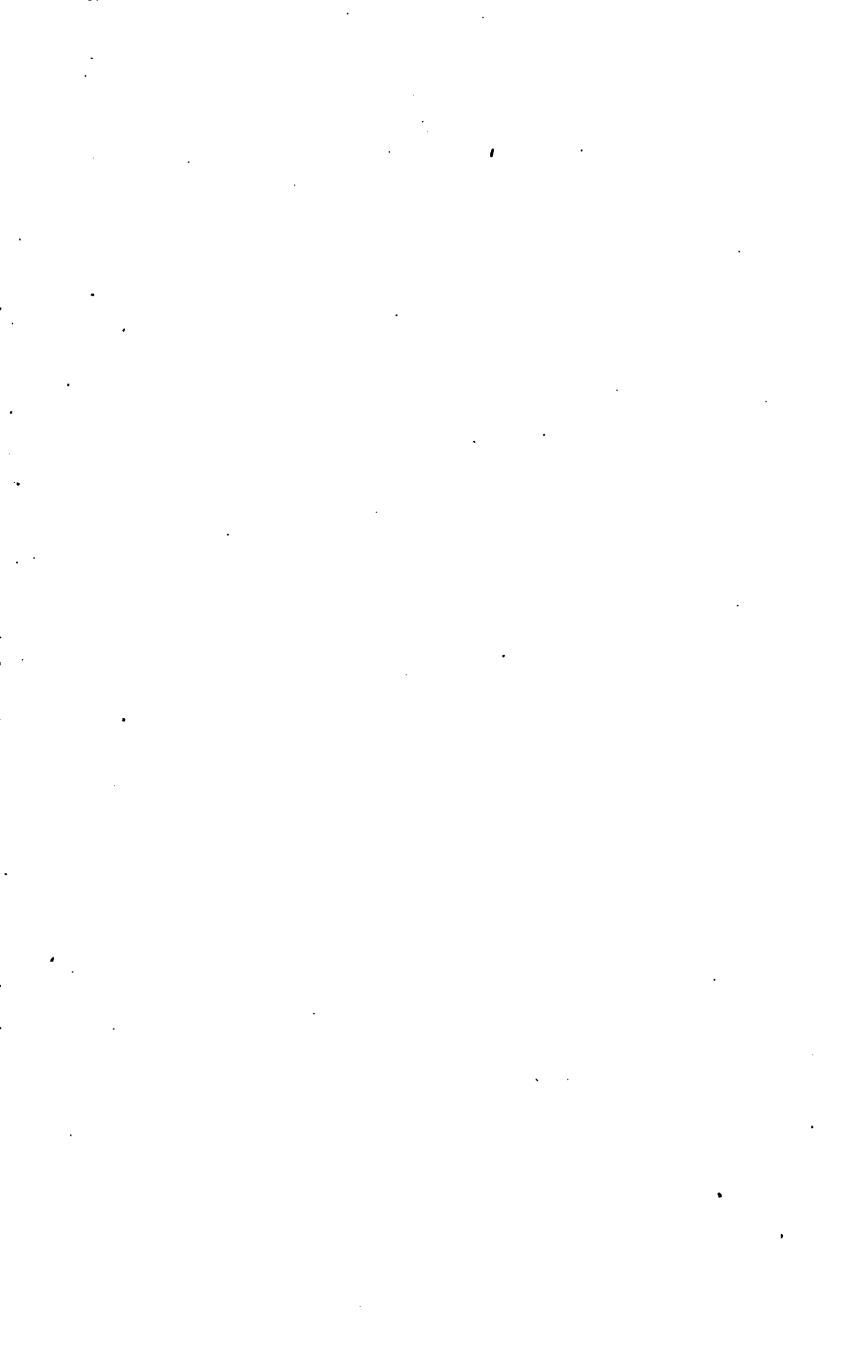
MARCH SIXTH, 1902

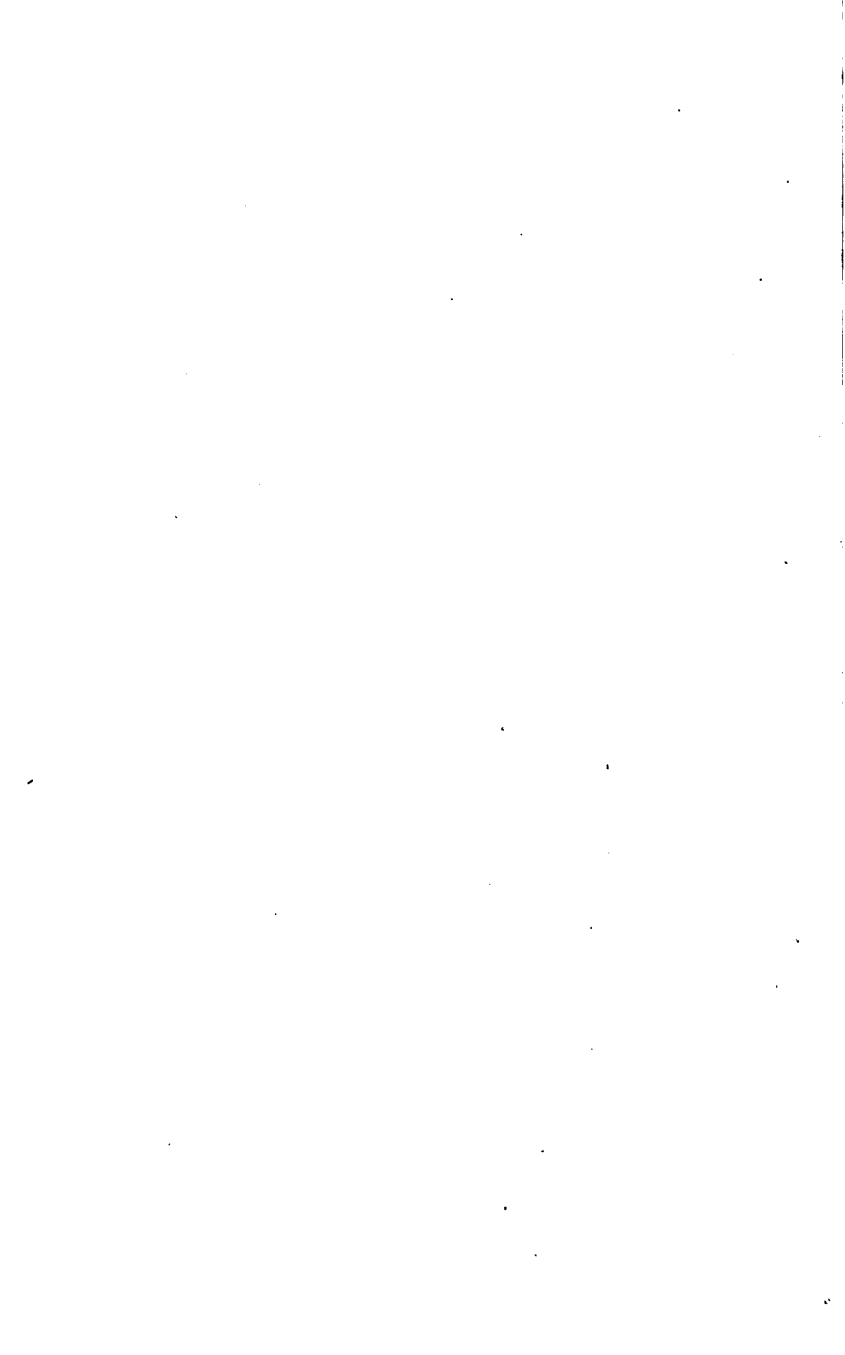
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR

PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY

FROM THE
OF MUNICH

ONRAD VON MAURER
Nº 1669





Die österreichisch-preussische Allianz

vom 7. Februar 1792

und

die zweite Theilung Polens.

Eine Streitschrift

gegen

Professor H. von Sybel in München

von

Ernst

L. Herrmann,

Professor in Marburg.

Gotha.

Verlag von Friedrich Andreas Perthes.

1861.

Ans 2332.1

Harvard College Library
Von Maurer Collection
Gift of A. C. Coolidge
July 18, 1904.

1 177 1201111

P. M.

Vorwort.

Vorliegende Schrift behandelt zwei der wichtigsten politischen Fragen aus dem letzten Jahrzehend des achtzehnten Jahrhunderts, die engverbundenen Fragen über den Ursprung der ersten Coalition gegen das revolutionaire Frankreich und über den Ursprung der zweiten Theilung Polens. Sie ist das Resultat von Studien, die auf der Benützung der reichhaltigsten, in Bezug auf die Geschichte der Revolutionszeit noch wenig durchforschter Archive beruhen. Ich hatte sie ursprünglich für die von Professor v. Sybel herausgegebene historische Zeitschrift bestimmt. Warum sie dort ihren Platz nicht gefunden hat, ist aus der im Text S. 5 enthaltenen Anmerkung zu ersehen. Ich, meinstheils, darf mit gutem Gewissen behaupten,

daß ich die Beweise für meine Ansicht, so weit sie bereits im sechsten Bande meiner Geschichte des russischen Staats dargelegt ist, dem Leser nicht schuldig geblieben bin. Ich wiederhole sie jetzt zum Theil in den Beilagen, mit neuen Zugaben vermehrt, und glaube mich berechtigt, Sybels meinen Auseinandersetzungen entgegenstehende Meinungen so lange für nicht hinlänglich begründete zu erklären, bis auch er seinerseits zu seinen Gunsten beweiskräftigere Thatsachen und urkundlichere Belege wird beigebracht haben, als er, bis jetzt wenigstens, es zu thun für gut oder räthlich befunden hat.

Marburg, den 18. Mai 1861.

Herrmann.

Eine große, unabhängige und selbständige Nation wird jeder Zeit den Anspruch auf die ununterbrochene Fortdauer dieser sie auszeichnenden Eigenschaften nur so lange behaupten können, als sie zugleich im Innern ihr eigenes Staatswesen wohl zu gestalten, und nicht minder ihre Machtbeziehungen nach außen mit dem gehörigen Nachdruck geltend zu machen weiß. Zeigt sie dagegen sich unfähig, ihre eigenen Angelegenheiten gesetzlich zu ordnen, hat sie ihren innern Halt verloren, so wird sie auch vor Beeinträchtigungen von außen nur so lange noch sicher sein, als zufällige, einem steten Wechsel unterworfenen Combinationen der allgemeinen Politik, auf welche sie selbst einen mitbestimmenden Einfluß nicht mehr ausübt, der Aufrechterhaltung ihrer Integrität günstig sind; sie wird unfehlbar dem Angriff, ja der Vernichtung sich preisgegeben sehen, sobald das wirkliche oder vermeintliche Interesse der auswärtigen Mächte ihr schonende Duldung angeheißen zu lassen, nicht mehr für angemessen hält.

In letzterem Falle befand die ohnmächtige Republik Polen im Jahre 1792 seit der ersten Theilung sich zum zweiten Mal. Ihre mehr als dreijährigen Regenerationsversuche waren vollständig mißlungen; die innere Verwirrung war größer als je zuvor; die neue Verfassung vom 3. Mai 1791 erwies sich als eine unausführbare; man war, statt feste und nachhaltige Grundlagen für Gesetz, Ordnung und Freiheit zu erlangen; nur noch tiefer in den Sumpf bodenloser Willkür versunken, in den Zustand einer das gesammte Staatswesen atomistisch auflösenden Anarchie. Es war der Augenblick gekommen, wo die Existenz der Republik auf dem Spiele stand; die Zukunft Polens war fast nur noch auf die Entschlüsse der benachbarten Großmächte gestellt; es handelte sich nur noch darum, wie im Rathe dieser drei, je nach ihrer Discrepanz oder ihrer Einmüthigkeit, die Würfel fallen würden.

Von Rußland, das seit hundert Jahren systematisch auf die Zersetzung der polnischen Nationalität ausging, war von vorn herein nichts Gutes zu erwarten. Und erklärte auch nur die eine von den beiden deutschen Großmächten mit den friedseligen Tendenzen der dritten, slavischen, sich einverstanden, so war bei der damaligen Unterhöhlung des gesammten europäischen Staatensystems und insbesondere bei der totalen Hülflosigkeit und der notorischen Unzuverlässigkeit der polnischen Republik selbst die andere deutsche Großmacht um ihrer eigenen Selbsterhaltung willen fast gezwungen, demselben Polen feindlichen System sich anzu-

schließen. Mitthin war die Erhaltung der Integrität und der Selbständigkeit Polens nur noch zu ermöglichen, wenn die beiden deutschen Mächte zu seinem Schutz sich einigten und gegen Rußland fest zusammenhielten.

Die allgemeine, auch von den neuesten Darstellern der Revolutionszeit noch vertretene Ansicht ist nun die, daß es in der That die Absicht Oestreichs und Preußens gewesen sei, die Selbständigkeit der polnischen Nation und die Integrität ihres Gebietes auf Grundlage der Verfassung vom 3. Mai 1791 zu erhalten, daß namentlich der Berliner Allianztractat vom 7. Februar 1792 diese schwierige Aufgabe sich gestellt und daß eine gegentheilige, auf eine zweite Theilung Polens ausgehende Politik erst nach dem Tode Kaiser Leopolds Platz gegriffen habe. Sehen wir uns indessen die entscheidenden Thatfachen auf ihren wahren Inhalt und in ihrem untrennbaren Zusammenhang mit den übrigen gleichzeitig Epoche machenden Ereignissen der europäischen Staatengeschichte näher an, so ergibt sich uns ein ganz anderes Resultat. Die zweite Theilung Polens war nicht die Folge eines späteren Abfalls von den der Allianz vom 7. Februar zu Grunde liegenden Intentionen, sondern sie war vielmehr die Folge davon, daß die beiden deutschen Mächte über ein der russischen Politik Widerpart haltendes System sich nicht hatten einigen können, und daß auch der erwähnten Allianz von Hause aus keine andere Absicht zu Grunde lag, als die einer gemeinsamen Annäherung von Seiten der Contrahenten an die Principien Rußlands.

Die Begründung und Erhärtung dieser letzteren Ansicht aber glauben wir um so weniger außer Acht lassen zu dürfen, da sie in der That eine viel umfanglichere Tragweite hat, als es bei einer nicht tiefer gehenden Betrachtung den Anschein haben möchte. Denn bei dieser polnischen Frage handelt es sich zugleich um die französische und in den französischen, wie in den polnischen Angelegenheiten handelt es sich um die hochwichtigen Fragen, die noch heute die gesammte civilisirte Welt spalten, nämlich einerseits um die Frage über das Princip der Nichtintervention und des freien Gehenlassens der nationalen Entwicklungsprocesse und andererseits um die Frage über das Princip der intervenirenden Reaction und Contrerevolution; es handelt sich mit einem Wort in der Geschichte des Tractats vom 7. Februar 1792 um den Ursprung der europäischen Coalition gegen das Princip der französischen Revolution. Denn die Schlichtung der polnischen Wirren war weder das einzige, noch das vornehmste Ziel, welches dieser Tractat sich steckte, sondern die Haupttendenz desselben war vielmehr darauf gerichtet, vermittelt einer Verständigung Oestreichs und Preußens mit Rußland über die gegenseitigen Interessen dieser drei hinsichtlich Polens eine breitere und sichrere Reactionsbasis gegen das revolutionaire Frankreich zu gewinnen.

Versuchen wir es demnach, über die verschiedenartigen Beziehungen des Tractats vom 7. Februar 1792 uns genauer zu unterrichten, so sehen wir uns veranlaßt, sofort

zum Ausgang unserer Erörterungen auf den Wendepunct der europäischen Politik zurückzugehen, welcher bereits ein halbes Jahr zuvor durch die von dem preussischen Oberst Bischoffswerder und dem österreichischen Staatskanzler Fürsten Kaunitz am 25. Juli 1791 zu Wien unterzeichnete Convention eintrat. Denn der Berliner Tractat enthält im Wesentlichen nichts als die Bestätigung und den förmlichen Abschluß der schon in Wien entworfenen Präliminarien. Wie bereits diese ein mit Rußland gemeinschaftliches Eingreifen der beiden deutschen Großmächte in die französischen sowohl, wie in die polnischen Angelegenheiten in Aussicht nahmen, so ist, wie erwähnt, eben dies auch die Hauptaufgabe, welche ins Werk zu setzen der Tractat vom 7. Februar 1792 sich vornimmt. Die speciellere Kenntniß aber der Umstände, unter welchen die Convention vom 25. Juli vollzogen wurde, ist es vorzüglich, was uns in den Stand setzt, über die eigentliche Tendenz des Tractats vom 7. Februar mit unzweifelhafter Gewißheit uns auszulassen ¹.

¹ Diese Kenntniß habe ich aus den Originalbepfehen Lord Elgin's und Ewarts, des damaligen englischen Gesandten am preussischen Hof, geschöpft. Ersterer berichtet, was er unmittelbar aus dem Munde Kaiser Leopolds und des preussischen Obersten Bischoffswerder vernommen, letzterer, was ihm der mit ihm in den intimsten Beziehungen stehende preussische Minister des Auswärtigen, Graf Schulenburg-Behnert, mittheilte; vgl. den letzten Abschnitt des sechsten Bandes meiner russischen Geschichte, besonders S. 400 und 401, 418—423, 425—440. Diese Berichte sind jedenfalls dem Verfasser der Geschichte der Revolutionszeit total unbekannt gewesen. Ich war daher im

Aus dieser Erkenntniß heraus gelangen wir zu der Ueberzeugung, daß die große Bedeutung der Convention

höchsten Grade erkannt, als derselbe in seinem Brief vom 21. März, mit welchem zugleich er mir meine Abhandlung zurückschickte, schrieb: »Unsere Differenz hat ihren Grund nicht darin, daß Sie aus irgend welchen Depeschen concrete Thatsachen mittheilen, die bis dahin unbekannt gewesen« zc. »Unsere Differenz beruht darin, daß Sie aus denselben einzelnen Facten einen anderen Thatbestand construiren, als ich.« »Da kann nun«, fügt Sybel hinzu, »keine Rede von relativer Berechtigung sein, nothwendig ist einer von uns gründlich im Irrthum, einer von uns macht aus denselben factischen Details falsche Schlüsse, falsche Combinationen« zc. Sybel beruft sich zwar in seiner Geschichte der Revolutionszeit Band II, Vorwort S. 5 und in seinem akademischen Vortrag vom 15. Dec. 1860 »über die Regierung Kaiser Leopold II.« S. 666 auf Auszüge von Depeschen des Londoner State Paper Office, die auch ihm zu Gebote gestanden, diese bestehen indessen nach seinem eigenen Bekenntniß nur aus »einigen Excerpten, die er der Ausbeute eines Freundes verdankt«. Trotzdem hat er in seinem eben erwähnten, unterm 24. März mir angekündigten akademischen Vortrag, den ich am 28. April erhielt, den künstlichen Versuch angestellt, erweisen zu wollen, daß meine seinen Ansichten entgegengesetzte Darlegung, soweit sie bereits im 6. Band meiner russischen Geschichte enthalten ist, nicht auf Materialien beruhe, die von den seinigen wesentlich verschiedenen Inhalts wären. In wiefern ihm das geglückt ist, wird sich aus meiner im Anhang angefügten Widerlegung ergeben. Für jetzt genüge die Bemerkung, daß Sybel den hier zunächst in Rede stehenden Hauptpunct, nämlich, wie es sich mit dem verhält, was ich über die Geschichte und den ganzen Zusammenhang der die Convention vom 25. Juli herbeiführenden Verhandlungen beigebracht habe, gänzlich mit Stillschweigen übergeht. Uebrigens finde ich Sybels Versuch, meine actenmäßige, wie aus den Berichten des Londoner so nicht minder aus den Berichten des Dresdener Hauptstaatsarchivs hervorgegangene Differenz von seiner Ansicht als eine nicht actenmäßige erscheinen lassen zu wollen, um

vom 25. Juli vornehmlich darin liegt, daß dieselbe dem durch den italienisirten Kaiser Leopold und durch die russificirte Kaiserin Katharina vertretenen Reactionsprincip gegen die französisch-polnischen Nationalitätsbestrebungen ein entschiedenes Uebergewicht gab über das bis dahin von der andern deutschen Großmacht und von England vertretene Princip der Nichtintervention oder der Anerkennung solcher nationalen Selbstbestimmungen, die in nicht offensiver Weise ihre Action auf die innere Politik beschränken.

Freilich war dieses zu Ende der achtziger Jahre von England, Preußen und der Republik der vereinigten Niederlande in Schutz genommene Nichtinterventions- oder Nationalitätsprincip noch keinesweges in einer reinen, klar ausgesprochenen Form vorhanden; es war vielmehr nur erst in seinem ersten Aufkeimen aus dem materialistischen, mechanisch abwiegenden, bis zum Ausbruch der französischen Revolution das ganze achtzehnte Jahrhundert beherrschenden Gleichgewichtssysteme begriffen; aber so embryonisch es auch

so kühner, da er selbst noch vor kurzem seine eigene Ansicht keinesweges für eine ganz sicher stehende ausgab. In einem Brief nämlich vom 25. Sept. v. J., worin er mich dringend um einen Essai, wo möglich noch für das nächste Heft seiner historischen Zeitschrift ersuchte, drückte er schließlich den Wunsch aus, daß ich ihm doch vorläufig über die Grundlage meiner verschiedenen Ansicht nähere Kenntniß geben möchte. Dabei äußerte er: »Leopolds Politik 1791 und 1792 ist so gewunden, und bei großer Zähigkeit im Ganzen, im Einzelnen so wechselnd, daß fast jede neue Depesche, die mir vorkam, mir selbst das Gesamtbild änderte und das Schlußurtheil modificirte.«

noch gestaltet war, so bestimmt thaten sich doch schon seine instinctiven Tendenzen kund. Der Weltgeist schien gleichsam sich selbst die Frage aufzuwerfen, ob nicht vielleicht doch noch der dem europäischen Völkerleben nothwendige Reinigungs- und Läuterungsproceß durch normale Mittel auf friedlichem Wege sich vollziehen lasse, ohne die lebende Generation einem in seinem Ausgang und in seinen Endresultaten zweifelhaften Vernichtungskampf preiszugeben, der unvermeidlich war, wenn die politischen Extreme nicht durch ein vermittelndes System auseinandergehalten wurden. — Um aber zu zeigen, wie solche vermittelnde Versuche mißlangen, und wie die Natur der Dinge die politische Gestaltung unseres Welttheils unerbittlich von der Feuerprobe eines schonungslosen Kampfes zwischen den polaren Gegensätzen der Revolution und der Reaction abhängig machte, um uns diesen gewaltigen Umschlag, den die europäische Politik im Jahre 1791 erfuhr, recht zu vergegenwärtigen, mag es uns gestattet sein, in einer allgemeinen Umschau über die die Geschichte dieser Jahre erfüllenden Bewegungen noch um einen Schritt weiter zurückzugehen.

Die nüchterne, ideenlose, nur äußere Machtinteressen verfolgende, egoistische, rein dynastische Gleichgewichtspolitik hatte, so wenig sie auch an sich die Rechte des Volks und der Völker zu achten gewohnt war, doch wenigstens nicht unterlassen, diese da mit in Anschlag zu bringen, wo die allein maßgebenden dynastischen Zielpuncte nicht wohl

ohne diese Bundesgenossenschaft erreicht werden zu können. So war schon das absolutistische Frankreich für die Erhebung Nordamerikas aufgetreten. Und noch mehr sah die an Umfang, wie an Volkszahl hinter den übrigen weit zurückstehende Großmacht Preußen zu solcher Aus-
hülfe seine Zuflucht zu nehmen sich bemißigt. Der deutsche Fürstenbund verdankte größtentheils solchen scheinbar liberalen Tendenzen seinen Ursprung. Friedrich II. suchte in ihm ein Gegengewicht nicht nur gegen die Ansprüche Oestreichs, sondern nicht minder gegen die erdrückende Uebermacht Rußlands, die durch die erste Theilung Polens sich nicht verringert hatte, die durch die intimen Beziehungen Katharinas zu Joseph II. ihm jetzt doppelt gefährlich war. — Friedrich Wilhelm II. ging, als der russisch-österreichische Kaiserbund durch den Türkentrieg vom Jahre 1787 das europäische Gleichgewicht in der That zu erschüttern drohte, in Scheinconcessionen an die Autonomie der durch die Kaiserhöfe gefährdeten Staaten und beeinträchtigten Volksstämme noch viel weiter. Die Furcht vor dem im Süden, wie im Osten um sich greifenden Imperialismus brachte im Verlauf des türkischen Krieges Preußen dazu, dem sich zusammennehmenden Nationalgefühl sowohl im Königreich Polen, wie in Galizien und Ungarn das Wort zu reden und selbst der bis zum völligen Abfall vorgeschrittenen ständischen Opposition in Belgien gegen den Kaiser, wie in Klüttich gegen den Fürstbischof sich willfährig zu zeigen.

noch gestaltet war, so bestimmt thaten sich doch schon seine instinctiven Tendenzen kund. Der Weltgeist schien gleichsam sich selbst die Frage aufzuwerfen, ob nicht vielleicht doch noch der dem europäischen Völkerleben nothwendige Reinigungs- und Läuterungsproceß durch normale Mittel auf friedlichem Wege sich vollziehen lasse, ohne die lebende Generation einem in seinem Ausgang und in seinen Endresultaten zweifelhaften Vernichtungskampf preiszugeben, der unvermeidlich war, wenn die politischen Extreme nicht durch ein vermittelndes System auseinandergehalten wurden. — Um aber zu zeigen, wie solche vermittelnde Versuche mißlangen, und wie die Natur der Dinge die politische Gestaltung unseres Welttheils unerbittlich von der Feuerprobe eines schonungslosen Kampfes zwischen den polaren Gegensätzen der Revolution und der Reaction abhängig machte, um uns diesen gewaltigen Umschlag, den die europäische Politik im Jahre 1791 erfuhr, recht zu vergegenwärtigen, mag es uns gestattet sein, in einer allgemeinen Umschau über die die Geschichte dieser Jahre erfüllenden Bewegungen noch um einen Schritt weiter zurückzugehen.

Die nüchterne, ideenlose, nur äußere Machtinteressen verfolgende, egoistische, rein dynastische Gleichgewichtspolitik hatte, so wenig sie auch an sich die Rechte des Volks und der Völker zu achten gewohnt war, doch wenigstens nicht unterlassen, diese da mit in Anschlag zu bringen, wo die allein maßgebenden dynastischen Zielpuncte nicht wohl

ohne diese Bundesgenossenschaft erreicht werden zu können. So war schon das absolutistische Frankreich für die Erhebung Nordamerikas aufgetreten. Und noch mehr sah die an Umfang, wie an Volkszahl hinter den übrigen weit zurückstehende Großmacht Preußen zu solcher Aushilfe seine Zuflucht zu nehmen sich bemüht. Der deutsche Fürstenbund verdankte größtentheils solchen scheinbar liberalen Tendenzen seinen Ursprung. Friedrich II. suchte in ihm ein Gegengewicht nicht nur gegen die Ansprüche Oesterreichs, sondern nicht minder gegen die erdrückende Uebermacht Rußlands, die durch die erste Theilung Polens sich nicht verringert hatte, die durch die intimen Beziehungen Katharinas zu Joseph II. ihm jetzt doppelt gefährlich war. — Friedrich Wilhelm II. ging, als der russisch-oesterreichische Kaiserbund durch den Türkentrieg vom Jahre 1787 das europäische Gleichgewicht in der That zu erschüttern drohte, in Scheinconcessionen an die Autonomie der durch die Kaiserhöfe gefährdeten Staaten und beeinträchtigten Volksstämme noch viel weiter. Die Furcht vor dem im Süden, wie im Osten um sich greifenden Imperialismus brachte im Verlauf des türkischen Krieges Preußen dazu, dem sich zusammennehmenden Nationalgefühl sowohl im Königreich Polen, wie in Galizien und Ungarn das Wort zu reden und selbst der bis zum völligen Abfall vorgeschrittenen ständischen Opposition in Belgien gegen den Kaiser, wie in Lüttich gegen den Fürstbischof sich willfährig zu zeigen.

Auch die Mitglieder des deutschen Fürstenbundes ließ Friedrich Wilhelm bei dem von ihm beabsichtigten anti-österreichisch-russischen Gegenbund nicht außer Acht. Denn so unzureichend auch noch einerseits die eigenen Staatseinrichtungen Preußens für die Entwicklung eines freien Staatslebens waren, so wenig andererseits auch noch die Zerrissenheit und die morschen Verfassungszustände der übrigen außerösterreichischen Reichsgebiete ein solches aufkommen ließen, so sehr waltete doch, trotz aller Sonderinteressen der deutschen Einzelstaaten in ihrer Mehrzahl ein sehr bestimmtes Gefühl eines homogenen, auf Grund der Reformation ihnen eingepflanzten Bildungstriebes vor, der, wenngleich er noch nicht zu einem organischen Zueinanderwachsen führte, sie doch wenigstens darauf bedacht sein ließ, zunächst gegen die österreichischen Herrschgelisten sich möglichst zu verwahren. Nichtsdestoweniger konnte unter den gegebenen Verhältnissen Preußen an dem Reich für seine antiimperialistische Politik eine doch immer nur schwach ins Gewicht fallende materielle Stütze gewinnen und es mußte daher noch nach anderen, auswärtigen Bundesgenossen sich umsehen.

England und Holland hielten, hauptsächlich aus mercantilen Interessen, eine wesentliche Veränderung der bestehenden territorialen Abgrenzungen für unzulässig und diese Disposition der beiden Seemächte brachte im Herbst 1788 eine Erweiterung des bereits im Frühling desselben Jahres zwischen ihnen und Preußen abgeschlossenen Bünd-

nisses zu Wege, durch welche man vorzüglich die Integrität der am meisten den imperialistischen Tendenzen bloßgestellten Staaten, der Türkei, Polens und Schwedens zu schützen bezweckte. Insbesondere zur Kräftigung Polens ließen die Urheber dieser Tripleallianz auch an positiven Maßregeln es nicht fehlen. Sie erhoben sich zu der fruchtbaren Idee, den Unabhängigkeitsbestrebungen und einer nachhaltigen Selbständigkeit dieser Republik die beste materielle Unterlage zu geben durch das Anerbieten eines auf der Grundlage des Freihandels beruhenden Handelstractats.

So war man also ein Jahr vor dem Ausbruch der französischen Revolution im Begriff, dem europäischen Staatensystem eine Verfassung zu geben, durch welche zwar keinesweges irgend einer politischen Theorie oder Doctrin ein entschiedener Vorzug, ein maßgebendes Ansehn gegeben werden sollte, durch welche man aber vor Allem den praktischen und ohne unübersteigliche Schwierigkeiten ausführbaren Grundsatz geltend zu machen und aufrecht zu halten beabsichtigte: die Unabhängigkeit der kleineren und schwächeren Staatencomplexe Europas gegen die absolutistisch-nivellirende und reactionair-revolutionnirnde Uebermacht der beiden großen Kaiserhöfe sicher zu stellen. Man wäre auf diesem Wege zu einem Friedenssystem gelangt, wie es noch jetzt Vielen als das non plus ultra politischer Weisheit gilt, zu einem System, welches den inneren treibenden Kräften in den einzelnen Staatenindividuen, mochten sie groß oder klein, mochten sie monarchisch oder

republicanisch constituirt sein, keinerlei äußeren Zwang anthat, zu einem System, welches ebensoweit ablag von einer Universalherrschaft der damals durch die beiden Kaiserhöfe repräsentirten absoluten Regierungsmaximen Ludwigs XIV., wie von einer Universalherrschaft der eben zum Ausbruch kommenden Revolutionsmaximen des neuen Frankreichs.

Allein ein solches Friedenssystem wird nur dann gedeihlich wirken können und nur dann in seinem Gesamtverband, wie in seinen einzelnen Gliedern von einer auf die Dauer immer unerträglicher werdenden Stockung des gesunden Blutumlaufs frei bleiben, wenn und so lange die in demselben einbegriffenen Staaten alle zusammen und jeder für sich in ihrem Innern so beschaffen sind, daß die ihnen angehörigen Staatsbürger ohne Unterschied bereits zu dem positiven Recht gelangt sind, auf welches ihre Entwicklungsfähigkeit ihnen ein natürliches Recht giebt, und wenn sie zugleich von diesem positiven Recht nur den angemessenen, die Rechte Dritter nicht verletzenden Gebrauch machen. Doch von dieser Stufe der Vollkommenheit war die europäische Menschheit zu keiner Zeit weiter entfernt, als beim Ausbruch der französischen Revolution. Selbst England, welches das Erforderniß einer energischen Staats-Einheit und Macht am besten mit dem ursprünglich germanischen Begriff autonomer Selbstbestimmung und individueller Freiheit zu verbinden gewußt hatte, frankte an tiefen inneren Schäden, von denen

es vielleicht kaum anders geheilt werden konnte, als vermittelst der durch einen schweren äußeren Kampf ihm ins innerste Mark dringenden Aufrüttelung seiner gesammten nationalen Kräfte. Alle anderen Staaten dieses antikaiserlichen Defensivsystems hatten noch durchaus gar kein festes, bestimmt articulirbares, einigendes Princip, welches ihrem System einen dauernden Halt hätte geben können. — In Polen war die Verfassung vom 3. Mai 1791 der großen Mehrheit der Nation gegenüber nur das Machwerk einer revolutionairen Faction und ihre gesetzliche Anerkennung und praktische Durchführung mußte daher noch als im höchsten Grade problematisch angesehen werden. In Preußen aber schrumpften die Hoffnungen, die man auf die polnische Regenerationskraft gesetzt hatte, bereits sehr zusammen, als die Republik, bald nach dem reichensbacher Congreß, aus hartnäckiger Kurzsichtigkeit den materiellen und mercantilen Bedingungen ihres Anschlusses an das englisch-preussische System sich noch abgeneigter zeigte, als schon vorher. — In Schweden saß ein König auf dem Thron, dessen autokratische Gelüste ihn kein Bedenken tragen ließen, unmittelbar nach dem Frieden von Werelå in die intimsten Beziehungen zu der Beherrscherin des Nordens zu treten, gegen deren Herrschsucht er eben noch ganz Europa hatte unter die Waffen rufen wollen. Und namentlich in England hielt man daher Schweden für einen durchaus unbrauchbaren Bundesgenossen, so lange Gustav III. statt in der Harmonie mit den Ständen sein

und seines Reiches Heil zu suchen, durch Zertrümmern der ständischen Rechte nur sich zu erheben bestrebt war. — In Preußen, in Sachsen, im übrigen Deutschland fühlte man sich zwar unwillkürlich dazu angetrieben, dem doppelten Imperialismus Oesterreichs und Rußlands gewisse Schranken entgegenzusetzen, aber so sehr auch hier überall die Bildungszustände des Volks im Großen und Ganzen in einem augenfälligen Gegensatz zu dem österreichischen und dem russischen Staatswesen standen, so wenig war doch noch die damalige Zeitlage dazu angethan, dieser Opposition gegen die Kaiserhöfe einen auf den Unterschied der deutsch-nationalen Bedürfnisse sich gründenden verfassungsmäßigen Ausdruck zu geben. Die sittliche, wissenschaftliche und ästhetische Bildung war in den deutschen Volksstämmen noch nicht bis zur politischen durchgedrungen; die deutschen Regierungen aber waren durchweg in ihren fast ausschließlich dynastischen Interessen nicht übel geneigt, selbst das nackte Gleichgewichtssystem nur so lange zu ihren Gunsten anzurufen, als die Verletzung desselben nicht auch ihnen irgend einen kleinen Vortheil zu gewähren schien. Und so sollte es sich denn sehr bald zeigen, daß, wenn gleich in einzelner helleren Köpfen, die Idee eines ebenso dem Absolutismus wie der Revolution Widerpart haltenden mitteleuropäischen, liberalen Föderationssystems sehr fest Wurzel geschlagen hatte, doch die einzelnen einem solchen System sich zuneigenden Staatenindividuen, um dasselbe wirklich ins Leben treten zu lassen, noch nicht reif, noch nicht politisch durchgebildet genug waren.

Der Hauptübelstand lag darin, daß in Preußen, welches auf dem Continent die stützende Macht dieses Föderationssystems hätte werden müssen, kein Fürst auf dem Thron saß, der befähigt gewesen wäre, den vorerst doch immer nur äußerlich sich aneinanderreichenden Gliedern dieses Föderationssystems den lebendig machenden Geist einzuhauchen und durch fortreißende Thaten seine Politik vor jeder weiteren Anfechtung sicher zu stellen. Dazu hätte es eben wieder eines verjüngten Friedrichs II. bedurft. Friedrich Wilhelm II. aber war etwas Neues zu schaffen schlechterdings unvermögend, und zum Handeln hatte er den ihm günstigsten Zeitpunkt versäumt, als er in Reichenbach, von seinen eigenen Allürten, England und Holland gedrängt, welchen ihrerseits es zunächst nur um einfache Herstellung des europäischen status quo zu thun war, davon abstand, sein damals unzweifelhaftes Uebergewicht über die durch Josephs II. Politik innerlich zerrüttete österreichische Monarchie mit Nachdruck geltend zu machen.

Ganz anders dagegen verstand es Leopold II. seinen Vortheil wahrzunehmen und diese Connivenz der Seemächte sofort zu seinen Gunsten auszubenten. Unbedenklich versprach er den Türken alles während des Krieges occupirte Land zurückzugeben und zugleich bei der Kaiserin von Rußland darauf hinzuwirken, daß auch sie unter Verzichtleistung auf jede nennenswerthe Machterweiterung Frieden schließe. Raumb aber sah er durch dieses für ihn äußerst glimpfliche Abkommen von der Furcht vor dem preussischen Angriff

sich befreit, so zögerte er geflissentlich, so viel er konnte, mit der Erfüllung der eben erst gemachten Zusagen. Rasch stellte er in den eigenen Erbländern sein tief erschüttertes Ansehen wieder her. In Frankfurt empfing er die Kaiserkrone und bald darauf in Ofen die Königskrone der Magyaren. Nichts aber lag ihm ferner, als ein aufrichtiger Anschluß an die andere deutsche Großmacht, um mit ihr gemeinsam eine wahrhaft deutsche Politik anzubahnen. Schon die alte Eifersucht und der nicht erloschene Groll gegen diesen jüngeren Nebenbuhler ließ, trotz aller schönen Redensarten, mit denen er zu Zeiten sehr verschwenderisch sein konnte, einen derartigen Gedanken nicht in ihm aufkommen. Ueberhaupt hatte Leopold, wiewohl deutscher Kaiser, doch keine deutschen, sondern nur österreichische gesamtstaatliche Interessen und seiner ganzen politischen Anschauung nach fühlte er sich viel zu sehr an das russische Bündniß josephinischen Vermächtnisses gefesselt, als daß es ihm je allen Ernstes hätte in den Sinn kommen können, mit Preußen der Bildung eines entschieden antirussischen Systems Beifall zu schenken. Ihm war es vielmehr nur darum zu thun, Preußen zum Trotz, mit Rußlands Beistand und durch das russische Bündniß Oestreich in Deutschland wieder zur tonangebenden Macht zu erheben, und in sofern gönnte er Rußland einen seinen vermeintlichen Interessen mit zu Gute kommenden Triumph über die preußisch-englische Politik von Herzen. Und als nun in der That im Frühjahr 1791 wieder Englands eng-

herzige Kriegsfurcht Preußen dazu nöthigte, jetzt gegen Rußland sich noch nachgiebiger zu zeigen, als im vergangenen Jahr gegen Oestreich, als Preußen um nicht allein einen unersprißlichen Kampf mit der slavischen Großmacht auf sich nehmen zu müssen, ebenso wie England sich dazu verstand, derselben in Bezug auf den türkischen Frieden zu ihrem Vortheil nicht unbedeutende Abweichungen von der Herstellung des status quo einzuräumen, da faßte Leopold sofort den Gedanken, das preußisch-englische Bündniß zu sprengen, um statt des von diesen Mächten intendirten Systems den Grundsätzen der östreichisch-russischen Politik eine möglichst umfassende Herrschaft zu verschaffen. Denn er wußte wohl, daß, wenn es ihm gelänge, Preußen wirklich von England zu trennen und es zu isoliren, ersterem kaum eine andere Wahl bliebe, als die eines totalen Umschlages, eines unbedingten Anschlusses an die Politik der Kaiserhöfe und um dieses Ziel zu erreichen, warf er nicht umsonst das feingesponnene Netz seiner wohlberechneten Intriguen aus.

Die nächste Handhabe, seinen Plan in Ausführung zu bringen, gaben dem Kaiser Leopold die Auseinandersetzungen, welche im Sommer 1791 in Bezug auf die definitive Regulirung der türkischen Frage zwischen Preußen und seinen Allirten mit jedem der beiden Kaiserhöfe stattfanden. Eben bei diesen Verhandlungen mußte es sich entscheiden, ob das preußisch-englische Föderativsystem Bestand und Festigkeit gewinnen würde oder nicht. Und wohl durften

sich befreit, so zögerte er geflissentlich, so viel er konnte, mit der Erfüllung der eben erst gemachten Zusagen. Rasch stellte er in den eigenen Erbländern sein tief erschüttertes Ansehen wieder her. In Frankfurt empfing er die Kaiserkrone und bald darauf in Ofen die Königskrone der Magyaren. Nichts aber lag ihm ferner, als ein aufrichtiger Anschluß an die andere deutsche Großmacht, um mit ihr gemeinsam eine wahrhaft deutsche Politik anzubahnen. Schon die alte Eifersucht und der nicht erloschene Groll gegen diesen jüngeren Nebenbuhler ließ, trotz aller schönen Lebensarten, mit denen er zu Zeiten sehr verschwenderisch sein konnte, einen derartigen Gedanken nicht in ihm aufkommen. Ueberhaupt hatte Leopold, wiewohl deutscher Kaiser, doch keine deutschen, sondern nur österreichische gesamtstaatliche Interessen und seiner ganzen politischen Anschauung nach fühlte er sich viel zu sehr an das russische Bündniß josephinischen Vermächtnisses gefesselt, als daß es ihm je allen Ernstes hätte in den Sinn kommen können, mit Preußen der Bildung eines entschieden antirussischen Systems Beifall zu schenken. Ihm war es vielmehr nur darum zu thun, Preußen zum Trotz, mit Rußlands Beistand und durch das russische Bündniß Oestreich in Deutschland wieder zur tonangebenden Macht zu erheben, und in sofern gönnte er Rußland einen seinen vermeintlichen Interessen mit zu Gute kommenden Triumph über die preußisch-englische Politik von Herzen. Und als nun in der That im Frühjahr 1791 wieder Englands eng-

herzige Kriegsfurcht Preußen dazu nöthigte, jetzt gegen Rußland sich noch nachgiebiger zu zeigen, als im vergangenen Jahr gegen Oestreich, als Preußen um nicht allein einen unerspriesslichen Kampf mit der slavischen Großmacht auf sich nehmen zu müssen, ebenso wie England sich dazu verstand, derselben in Bezug auf den türkischen Frieden zu ihrem Vortheil nicht unbedeutende Abweichungen von der Herstellung des status quo einzuräumen, da sagte Leopold sofort den Gedanken, das preußisch-englische Bündniß zu sprengen, um statt des von diesen Mächten intendirten Systems den Grundsätzen der östreichisch-russischen Politik eine möglichst umfassende Herrschaft zu verschaffen. Denn er wußte wohl, daß, wenn es ihm gelänge, Preußen wirklich von England zu trennen und es zu isoliren, ersterem kaum eine andere Wahl bliebe, als die eines totalen Umschlages, eines unbedingten Anschlusses an die Politik der Kaiserhöfe und um dieses Ziel zu erreichen, warf er nicht umsonst das feingespinnne Netz seiner wohlberechneten Intriguen aus.

Die nächste Handhabe, seinen Plan in Ausführung zu bringen, gaben dem Kaiser Leopold die Auseinandersetzungen, welche im Sommer 1791 in Bezug auf die definitive Regulirung der türkischen Frage zwischen Preußen und seinen Allirten mit jedem der beiden Kaiserhöfe stattfanden. Eben bei diesen Verhandlungen mußte es sich entscheiden, ob das preußisch-englische Föderativsystem Bestand und Festigkeit gewinnen würde oder nicht. Und wohl durften

damals noch die Urheber dieses Systems sich der Hoffnung hingeben, daß es ihnen gelingen würde, demselben eine überwiegende Geltung zu verschaffen. Denn einen sichern Weg wenigstens gab es, auf welchem sie das Ziel, welches sie ihrerseits sich vorgesteckt hatten, kaum verfehlen konnten. Es kam nur auf den Versuch an, Oestreich selbst für dieses Föderativsystem zu gewinnen. Lag es doch offenbar im eigenen, wohlverstandenen Interesse Oestreichs, zunächst für die Beendigung des Türkentriebs eine solche Friedensbasis zu ermitteln, daß man in ihr gegen eine neue Störung des europäischen Gleichgewichts von Seiten Russlands eine dauernde Garantie fände. Nicht nur die Zusammensetzung der österreichischen Monarchie aus so heterogenen Theilen brachte es mit sich, daß sie nicht, ohne sich zu schwächen, wie Rußland einem unersättlichen Eroberungstrieb folgen durfte; auch die so oft von ihrem damaligen Beherrscher kund gegebenen Versicherungen der Friedensliebe rechtfertigten die Voraussetzung, daß Niemand mehr als er selbst von der Nothwendigkeit und der Heiligkeit der Herstellung eines solchen die allgemeine Ruhe in Europa sichernden Friedenssystems überzeugt sei. Und war diese Ueberzeugung wirklich in dem Kaiser Leopold der vornehmste Grundsatz seiner Handlungsweise, so schien mit der Lösung der türkischen Frage zugleich auch die der polnischen gegeben zu sein. Wollte man den Versuch machen, durch eine Garantie der Unverletzbarkeit der Türkei diese in sich absterbende, unschädliche Macht aufhören zu lassen,

für die europäischen Mächte ein Object der Eifersucht und fortwährenden Habers zu sein, so ließen sich von der gleichen Schonung, wenn man sie der Republik Polen angedelken ließ, ohne Zweifel noch viel günstigere Ergebnisse erwarten. Denn obgleich der nur zu tief eingewurzelte Zustand einer wahrhaften Verfassungslosigkeit die polnische Nation innerlich bereits bis zur Auflösung zerrüttet hatte, so fehlte es ihr doch nicht völlig an besseren Elementen, die der Hoffnung Raum ließen, ihr doch noch zur Wiedererlangung einer halbahren Selbständigkeit verhelfen zu können. Waren auch die Regenerationsversuche, welche die Polen selbst in den letzten Jahren mit sich angestellt hatten, ihrem realen Erfolg nach nur sehr gering anzuschlagen, so war doch wenigstens das in der herrschenden Partei vorwaltende Bestreben, von allen russificirenden Einflüssen sich frei zu machen, ein nicht unbedeutender Gewinn als erste Grundlage zu einer festeren Constituierung des inneren Staatswesens. Es handelte sich darum, ob man einer um das Leben ringenden Nation den Todesstoß versehen sollte, um in die Deute eines Leichnams sich zu theilen, oder ob man der todtkranken einen letzten Beistand nicht versagen wollte, um sie ins Leben zurückzurufen und dann in Gemeinschaft mit der wiedergenesenden erweiterte Bahnen einer höheren und freieren Lebensrichtung einzuschlagen.

Es ließ sich jedenfalls annehmen, daß wenn nur Oesterreich und Preußen einmüthig zusammenhielten, eine

von diesen beiden nebst England zu übernehmende Garantie der polnischen Integrität, auch wenn das zu erzielende Regenerationswerk nur sehr langsame Fortschritte machte, ihnen selbst keineswegs gefährlich werden konnte. Der Versuch, eine mit dem Untergang bedrohte Nation, der Versuch, Polen zu retten, war unstreitig der größte und würdigste Gegenstand, an welchem eine liberal-conservative Politik die Tragweite ihrer Kraft hätte messen können. Um aber eine solche liberal-conservative Politik auf dem europäischen Continent möglich und geltend zu machen, dazu gehörte zweierlei. Nicht nur der Beherrscher Preußens, sondern auch der Oesterreichs mußte deutsch fühlen und deutsch handeln. Friedrich Wilhelms II. liberale Tendenzen aber gingen keinesweges aus seiner wahren Gesinnung hervor; sie waren ihm von seinem sich selber in vielen Punkten nicht klaren Ministerium Herzberg so zu sagen nur untergeschoben; sie fanden in ihm einen Fürsprecher nur so lange, als er an ihnen ein zweckmäßiges Mittel zur Förderung seiner materiellen Machtinteressen zu haben glaubte. Auf seine Festigkeit also war nicht zu bauen, und auf einen so beschaffenen Charakter wird es nie schwer sein, so einzuwirken, daß er, ehe man sich's versteht, scheinbar umschlägt. Braucht man ihm doch nur andere Reizmittel vorzuhalten, die ihn auf kürzerem und sichererem Wege in den Besitz dessen zu setzen versprechen, was zu erlangen sein eigentliches Bestreben war. Kaiser Leopold dagegen war ein Monarch, dessen Handlungs-

weise allerdings durch und durch von principiellen Grundsätzen ausging, nur verschmähte er es von vorn herein, mit liberalen Grundsätzen auch nur zu liebäugeln, und wenn gleich er in seinem aufgeklärten Despotismus den hergebrachten ständischen Rechten eine gewisse Anerkennung nicht versagte, so war er doch wohl auf seiner Hut, dieselben nicht zu einem wirklich lebendigen Organismus sich gestalten zu lassen; vielmehr suchte er solche Institutionen mit selbstbewußter Absichtlichkeit nur zu polizeiartigen Regulativen und mechanischen Werkzeugen seines autokratischen Willens umzuprägen. Wer also bereits von dieser Seite den Klugen und in der Verstellungskunst sehr geübten Kaiser durchschaut hatte, der durfte gewiß von ihm am wenigsten den aufrichtigen Anschluß an eine liberale Politik erwarten.

Dennoch gewährte das von England und Preußen vorbereitete Föderativsystem der innern, individuellen Gestaltung der einzelnen in dasselbe aufzunehmenden Staaten immer noch einen so weiten und freien Spielraum, daß auch für Oestreich die allgemeinen Vortheile, die eben nur sein Beitritt diesem System sichern konnte, nicht gering anzuschlagen waren. Und aus diesem Grund unterließen die Cabinete von St. James und Berlin es nicht, dem Kaiser Leopold seine Accession zu ihrem System als die Grundbedingung zu einer gesicherten Zukunft Europas aufs wahrdrücklichste zu empfehlen und nahe zu legen. — Die Vorschläge, welche sie ihm in dieser Beziehung zu machen

beabsichtigten, konnten ihm übrigens keineswegs überraschend kommen; hatte er doch selbst wiederholt den dringenden Wunsch einer engeren Vereinigung mit diesen beiden Mächten und namentlich mit Preußen zu erkennen gegeben; hatte doch Friedrich Wilhelm ihm bereits das Opfer gebracht, den Minister, dessen Haß gegen Oestreich zu tief ging, um unter seiner Leitung eine erfolgreiche Ausöhnung mit dem alten Gegner als wahrscheinlich oder auch nur möglich erscheinen zu lassen, außer Wirksamkeit zu setzen. Nur war leider der Kaiser keinesweges gemeint, diese süßsame Zuborkommenheit des Königs von Preußen mit einer gleichen Nachgiebigkeit seinerseits zu vergelten. In der Beseitigung der starren Persönlichkeit Herzbergs sah er nur die willkommenen und ersehnte Gelegenheit, den schon in sich schwankenden König unsicher und dem bisher durch ihn vertretenen System vollends abwendig zu machen, um ihn sodann mit leichter Mühe zu seinem System hinüberzuführen. Und daß dieser wohlangelegte Plan ihm wirklich gelang, dazu kam denn freilich dem Kaiser nichts mehr zu statten, als der Umstand, daß der Bevollmächtigte Preußens, welcher im Verein mit dem englischen Gesandten, Lord Elgin, mit ihm über die Accession zum Föderativsystem unterhandeln sollte, kein anderer war, als der berühmte Günstling des Königs, der Oberst Bischoffswerder.

Am 11. Juni 1791 machte in Mailand Bischoffswerder dem Kaiser in seiner ersten ihm von demselben

ertheilten Audienz folgende Vorschläge und Eröffnungen, die dazu dienen sollten, „die Wohlfahrt und Ruhe des beiderseitigen Reichs, ja ganz Europas, auf die Dauer sicher zu stellen.“ Erstens: der Kaiser möge, — nachdem er die Versicherung eines schnellen Abschlusses des wirklichen Friedens nach Maßgabe der bereits früher festgestellten Bedingungen würde wiederholt haben, — im Verein mit Preußen (und England) sich bemühen, dem Kurfürsten von Sachsen alle weiteren Bedenkllichkeiten in Bezug auf die Annahme der polnischen Krone zu benehmen, und durch diese zu seiner Durchführung unerlässliche Unterstützung des polnischen Verfassungswertes die Republik gegen den von Rußland zu erwartenden Einspruch sicher stellen. — Zweitens: da die Garantie der Territorien und der Unabhängigkeit Polens, den Absichten und den Interessen des Königs entsprechend, dem Kaiser sehr am Herzen zu liegen scheine, so zögert ersterer nicht, hierzu sofort seine Zustimmung zu geben. Ferner: um den beider Theilen erwünschten Defensivtractat möglichst bald zu realisiren, um jeden Grund des Mißtrauens zu entfernen, und zum Beweise seiner Aufrichtigkeit entsagt der König allen besonderen Ansprüchen, und läßt er namentlich die bisher hauptsächlich aus commerciellen Gründen betriebene Acquisition von Danzig fallen. Auch soll außerdem, um zu vermeiden, daß in Zukunft keine der benachbarten Mächte einen überwiegenden Einfluß in Polen erhalte, festgesetzt werden, daß die zur polnischen Infantin erklärte Tochter

das Kurfürsten nie mit einem Prinzen aus einer dieser drei Dynastien sich vermähle, und daß überhaupt nie ein denselben angehöriger Prinz die polnische Krone tragen dürfe. — Drittens: vor allen Dingen aber sei es von der größten Wichtigkeit, jede Theilnahme des petersburger Hofes an der gegenwärtigen Verhandlung zu verhindern, denn die Zulassung dieses Hofes sei mit der dermaligen Lage der Dinge und mit dem Ziel der Interessen, die man im Auge habe, ganz und gar unvereinbar. — Viertens sollte, offenbar, um das gute Einvernehmen zwischen den beiden deutschen Mächten desto vollständiger herzustellen, und um Oestreich jeden Grund der Eifersucht zu benehmen, in Bezug auf das deutsche Reich zwar die Aufrechthaltung der Verfassung und der Freiheiten desselben stipulirt werden, aber ohne daß irgendwie des deutschen Fürstenbundes Erwähnung geschähe. Und schließlich wurde Bischoffswerder ermächtigt, zu einer persönlichen Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser in Bezug auf Ort und Zeit eine definitive Verabredung zu treffen.

In diesen preußischen, im Einverständniß mit England dem Kaiser gemachten Eröffnungen sprach sich auf das Bestimmteste die Ueberzeugung aus, daß die Hauptpunkte des beabsichtigten Föderativsystems, die Erhaltung der Integrität der Türkei und Polens, sich nur würden durchsetzen lassen durch den Ausschluß Rußlands von diesem System. Die Allirten waren der Ansicht, daß bei der

Theilnahme der letzteren Macht durch ihren überwiegenden Einfluß die liberal-conservativen Interessen, auf die man es ab sah, sofort einer gegentheiligen Richtung würden weichen müssen. Und noch zur Zeit der Absendung Bischoffswerders war der König von Preußen selbst von der Nothwendigkeit der Ausschließung Rußlands so überzeugt, daß er für den Fall, wenn der Kaiser dieser Grundbedingung nicht beipflichten würde, nicht üble Lust zu haben schien, auch mit ihm zu brechen und als Feind sich ihm gegenüber zu stellen. ¹

Ueber die unablässig aggressiven Tendenzen Rußlands unter Katharina II. konnte freilich auch Leopold sich unmöglich täuschen. Schon sein durchdringend scharfer Blick in politischen Dingen würde hierfür bürgen, wenn nicht eben davon seine eigenen Aussprüche untrüglich und vielfach Zeugniß ablegten. Dennoch kam ihm Alles darauf an, die Erstarkung des englisch-preußischen Systems zu vereiteln, offenbar, weil er überzeugt war, daß durch seinen Anschluß an dasselbe mehr die in diesen Ländern vorherrschenden Bildungstendenzen und politischen Bestrebungen Aussicht gewinnen würden, sich zu befestigen, als seine eigenen Regierungsmaximen, die wesentlich mit den russischen sympathisirten. Insbesondere in Bezug auf Polen war er einer Emporhebung dieser Republik aus ihrer alten, zerrütteten Verfassung schon darum im höchsten Grade abgeneigt, weil er die neue Verfassung für das Resultat

¹ Siehe Beilage I.

des Ausfürsten nie mit einem Prinzen aus einer dieser drei Dynastien sich vermähle, und daß überhaupt nie ein denselben angehöriger Prinz die polnische Krone tragen dürfe. — Drittens: vor allen Dingen aber sei es von der größten Wichtigkeit, jede Theilnahme des petersburger Hofes an der gegenwärtigen Verhandlung zu verhindern, denn die Zulassung dieses Hofes sei mit der dermaligen Lage der Dinge und mit dem Ziel der Interessen, die man im Auge habe, ganz und gar unvereinbar. — Viertens sollte, offenbar, um das gute Einvernehmen zwischen den beiden deutschen Mächten desto vollständiger herzustellen, und um Oestreich jeden Grund der Eifersucht zu benehmen, in Bezug auf das deutsche Reich zwar die Aufrechterhaltung der Verfassung und der Freiheiten desselben stipulirt werden, aber ohne daß irgendwie des deutschen Fürstenbundes Erwähnung geschähe. Und schließlich wurde Bischoffswerder ermächtigt, zu einer persönlichen Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser in Bezug auf Ort und Zeit eine definitive Verabredung zu treffen.

Zu diesen preussischen, im Einverständniß mit England dem Kaiser gemachten Eröffnungen sprach sich auf das Bestimmteste die Ueberzeugung aus, daß die Hauptpunkte des beabsichtigten Föderativsystems, die Erhaltung der Integrität der Türkei und Polens, sich nur würden durchsetzen lassen durch den Ausschluß Rußlands von diesem System. Die Allirten waren der Ansicht, daß bei der

Theilnahme der letzteren Macht durch ihren überwiegenden Einfluß die liberal-conservativen Interessen, auf die man es ab sah, sofort einer gegentheiligen Richtung weichen müssen. Und noch zur Zeit der Absendung Bischoffswerders war der König von Preußen selbst von der Nothwendigkeit der Ausschließung Rußlands so überzeugt, daß er für den Fall, wenn der Kaiser dieser Grundbedingung nicht beipflichten würde, nicht üble Lust zu haben schien, auch mit ihm zu brechen und als Feind sich ihm gegenüber zu stellen. ¹

Ueber die unablässig aggressiven Tendenzen Rußlands unter Katharina II. konnte freilich auch Leopold sich unmöglich täuschen. Schon sein durchdringend scharfer Blick in politischen Dingen würde hierfür bürgen, wenn nicht eben davon seine eigenen Aussprüche untrüglich und vielfach Zeugniß ablegten. Dennoch kam ihm Alles darauf an, die Erstarkung des englisch-preußischen Systems zu vereiteln, offenbar, weil er überzeugt war, daß durch seinen Anschluß an dasselbe mehr die in diesen Ländern vorherrschenden Bildungstendenzen und politischen Bestrebungen Aussicht gewinnen würden, sich zu befestigen, als seine eigenen Regierungsmaximen, die wesentlich mit den russischen sympathisirten. Insbesondere in Bezug auf Polen war er einer Emporhebung dieser Republik aus ihrer alten, zerrütteten Verfassung schon darum im höchsten Grade abgeneigt, weil er die neue Verfassung für das Resultat

¹ Siehe Beilage I.

einer unmittelbaren Betheiligung Preußens hielt, und wenn er auch allmählich sich davon überzeugen mußte, daß die Revolution vom 3. Mai nicht nur ohne jegliche Betheiligung, sondern sogar der entschiedenen Mißbilligung dieser Macht zum Troß sich vollzogen hatte, so vermochte er doch von der Vorstellung sich nicht loszumachen, daß, in sofern die ganze polnische Bewegung von ihrem Ursprung an doch nur durch den Beistand Preußens hatte ins Leben treten können, jede wirkliche Consolidation des polnischen Staatswesens unter den drei östlichen Großmächten auch nur der Verstärkung des preußischen Einflusses wesentlich zu statten kommen werde. Schon diese Erwägung allein wäre für Leopold hinreichend gewesen, seine Accession zum Föderativsystem abzulehnen; den Ausschlag aber gaben seine principiellen, excessiv reactionairen Anschauungen. In die Kategorie der Revolution warf er Alles, was mit seinem inneren Regierungssystem wie mit seiner auswärtigen Politik sich nicht in Einklang bringen ließ.

Freilich war, so gut wie die in Schweden durch Gustav III. im August 1772 bewirkte monarchische Verfassungsveränderung eine Revolution gewesen war, auch der Act vom 3. Mai 1791 eine Revolution; denn auch dieser Act hatte sich auf ungesetzlichem Wege durch die Intrigue einer großen Minderheit der gesetzlichen Vertreter der polnischen Nation vollzogen. Nichtsdestoweniger aber war das, was in Polen vorging, doch himmelweit verschieden von dem, was man in Frankreich beabsichtigte. Gewiß, der Tadel

destructiver Tendenzen konnte diese Revolution am wenigsten treffen; sondern nur darum mußte man in ihre Erfolge gerechtes Mißtrauen setzen, weil sie einmal mit nothwendigen, nationalen Umgestaltungen nicht weit genug ging, und weil andererseits selbst das, was sie an solchen Verbesserungen zu leisten versprach, kaum ausführbar erschien, im Hinblick auf den starren Widerstand, der von Seiten der großen Mehrheit der Nation als unausbleiblich vor- auszugehen war. Wenn man also in Wahrheit den guten Willen hatte, Polen nicht in seiner alten Anarchie sich auflösen und völlig vernichten zu lassen, so war der einzige Weg zu seiner vielleicht doch noch möglichen Rettung immer nur in einer aufrichtigen Unterstützung der durch eben diese Revolution vom 3. Mai vorgezeichneten Regenerationselemente gegeben. Allein gerade diesem von England und Preußen beabsichtigten Versuch widersetzte sich Leopold, indem er in das allgemeine Defensivsystem auch Rußland mit aufgenommen, und dieser Macht in Bezug auf die Regulirung der staats- und völkerrechtlichen Verhältnisse Polens eine mitentscheidende Stimme eingeräumt wissen wollte. Und das hieß mit andern Worten nichts Anderes, als Alles, was die Polen in den letzten Jahren zu ihrer Erhebung und im Widerspruch zu der ihnen 1775 von den drei Mächten aufgedrungenen und von Rußland garantirten Verfassung gethan hatten, als ein unberechtigtes, gegen die Vorschriften ihrer auswärtigen Vormünder revolutionnaires Unterfangen der Vernichtung preisgeben, und

die Republik selbst dem Untergang weihen. Denn eine auf die Ansprüche Rußlands sich gründende Restauration der alten Zustände mußte nothwendig den Consequenzen, die schon zur ersten Theilung geführt hatten, eine noch viel weiter reichende Ausdehnung geben.

So wenig wir nun auch in Abrede stellen, daß Leopold schwerlich vor den unbequemen und selbst gefährlichen Folgen sein Auge verschloß, die in Zukunft auch seiner eigenen Monarchie aus einer zu weit gehenden Begünstigung des russischen Einflusses erwachsen mußten, so schien doch zur Zeit wenigstens das im Westen sich vollziehende Welt-drama von dieser Besorgniß ihn völlig abzu ziehen. Neben den polnischen Angelegenheiten kamen in Mailand auch die französischen wieder zur Sprache. Leopold haßte diese Revolution gewiß noch intensiver, als ein Edmund Burke sie hassen konnte. Er sah im Geiste den von ihr der alteuropäischen Ordnung der Dinge drohenden Umsturz und das Chaos allgemeiner Verwirrung. Was galt ihm im Vergleich zu diesem Grundübel die Furcht der Allürten vor der Uebermacht Rußlands! Er gab ohne Zögern das ungerregte und in sofern ja wohl auch revolutionair zu nennende Polen der russischen Zuchtruthe preis, wenn es ihm durch dieses Zugeständniß nur gelang, die Bundes-genossenschaft dieser Macht auch zur Bändigung des Dämons sich zu erkaufen, der von Frankreich aus, wie ein ansteckendes Miasma, in riesigem Fortschritt seine unheimlichen Kräfte über die ganze civilisirte Welt hin auszu-spannen begann.

Nicht sowohl um eine Defensivallianz gegen den russischen Absolutismus war es ihm zu thun, als vielmehr um eine defensiv und nach Beschaffenheit der Umstände offensive Allianz mit England, Preußen und dem Hort der Reaction, Rußland, gegen das revolutionaire Frankreich. Bereits fünf Monate vor dieser mailänder Zusammenkunft hatte er in diesem Sinn gegen den Lord Elgin sich ausgesprochen. Jetzt kam er auf dasselbe Thema zurück; aber auch jetzt ließ der Engländer in seiner früheren Ansicht sich nicht wankend machen. Elgin beharrte dabei: wie er die ganze Tendenz des von den Allirten vorgeschlagenen Systems auffasse, müsse der Anschluß Rußlands, wegen der zu heterogenen Interessen dieses Staates, die Wohlthaten, welche dasselbe darbiete, geradezu aufheben; er fügte hinzu: auch gegen die französische Revolution werde die von England proponirte Allianz mit Ausschluß Rußlands eine vollkommen ausreichende Macht zu entwickeln fähig sein zur Abwehr und nöthigen Falls, um den gemeinschaftlichen Feind zu zermalmen. Leopold aber war sich seines Zieles zu wohl bewußt, um solcher Belehrung zugänglich zu sein; was er über den englischen Abgeordneten nicht vermochte, suchte er mit glücklicherem Erfolg bei dem preussischen durchzusetzen.

Ein Ereigniß konnte rechtzeitig kommen, um die mit einander habernnden Monarchen von ihren besonderen Händeln abzuziehen, als der Schreckschuß der verunglückten Flucht Ludwigs XVI. Unter dem frischen Eindruck dieser betäubenden

Nachricht erließ der Kaiser am 6. Juli aus Padua jene an die Höfe von Sardinien, Neapel, Spanien, Rußland, Preußen und England gerichtete berühmte Circularnote, welche die Sache des allerchristlichsten Königs für die aller Monarchen erklärte. — Katharina II. erkannte sofort, was es ihr eintragen würde, wenn man um des Westens willen sich genöthigt sähe, gegen sie die Schranken im Osten fallen zu lassen. Mit dem Feuereifer überfließender, opferbereitwilliger Großmuth zögerte sie keinen Augenblick, das Programm ihres kaiserlichen Bruders zu besiegeln. — Wie aber verhielt sich Preußen in und zu dieser entscheidenden Krisis?

Preußens Gesandte lagen in diesem Moment in der Hand des königlichen Günstlings, Bischoffswerders. Bischoffswerder aber hatte keine Ahnung davon, daß das schlechteste Mittel die gährende Revolution zu dämpfen eine Reaction ist, die statt den kranken Staatskörper zu heilen, ihn gewaltsam in freiheitstödtende Fesseln legt. Bischoffswerder ließ sich von den leopoldinischen Ansichten ganz und gar umgarnen, und da sein König in ihn ein unbegrenztes Vertrauen setzte, so mußte der Kaiser wohl, daß, wenn er ihn gewann, er, so zu sagen, den König mit gefangen hatte. Indessen, im Beisein seines englischen Collegen wagte Bischoffswerder doch noch keinen offenbaren Abfall von den ihm ertheilten Instructionen. Freilich aber konnte es nicht schwer halten, dieser kleinen Ungelegenheit durch einen bequemen Ausweg sich zu ent-

ziehen. Leopold gab sich fortwährend den Anschein, als stimme er in der Ansicht über den Zweck des Defensivsystems mit den Allirten im Ganzen durchaus überein, nur daß es ihm nicht recht einleuchten wollte, wie dieser Zweck durch den Beitritt Rußlands völlig sollte vereitelt werden können. Und nun suchte er aus formellen Gründen es als rathlich darzustellen, daß ohne das System der Allirten zu alteriren, zunächst der Haupttractat zwischen Oestreich und Preußen in Wien verhandelt werde, und daß sodann erst auf Preußens Einladung die beiden Seemächte ihren Beitritt zu dieser Allianz erklären sollten. Dabei bestand er darauf, daß es ihm unbenommen bleiben müsse, auch seinerseits seinen bisherigen Bundesgenossen zum Beitritt aufzufordern; er sei, versicherte er, gegen die Pläne der russischen Politik nicht blind, und werde daher dieser Macht jedenfalls nur solche Bedingungen vorlegen, die entweder ihren Beitritt verhindern, oder wenn sie doch angenommen würden, die befürchteten Gefahren abwenden müßten.

Nach solchen Vorverhandlungen wurden denn in der That am 25. Juli von Kaunitz und Bischoffswerder die Präliminarien zu einer Defensivallianz unterzeichnet, welcher beizutreten die beiden Seemächte und Kursachsen eingeladen werden sollten, aber außer diesen Mächten auch Rußland. Sehen wir uns nun aber den Inhalt dieser wiener Convention näher an, so werden wir zuvörderst nach Rußland den Beitritt erschwierenden Bedingungen,

oder nach solchen, die es wenigstens dem Geist des Systems der Allirten sich anzubequemen zwingen sollten, vergebens forschen. — Leopold hatte früher geäußert, daß noch mehr als der Plan, die Revolution in Frankreich gewaltsam zu unterdrücken, ihn der Gedanke beschäftige, Maßregeln zu ergreifen, durch die jeder drohende Keim revolutionairer Ideen in den unmittelbar seiner Autorität untergebenen Ländern gleich im ersten Entstehen vernichtet werden könne. Auch war er bereits auf sehr specielle Vorkehrungen bedacht gewesen, die dazu dienen sollten, in den deutschen Reichsgebieten „jedes Symptom eines demokratischen Geistes zu unterdrücken.“ Und in Pillnitz beabsichtigte er im Verein mit Preußen eine Erklärung zu erlassen, welche jedem Gliede des Reiches Schutz zusichern und jedem deutschen Fürsten, der es verlange, zur Erhaltung seiner Rechte und Besizungen Beistand versprechen werde. Von „diesem System“ versprach er sich, daß er kraft desselben nicht nur in seinen eigenen Territorien, in Ungarn und in Belgien die Ruhe werde herstellen und befestigen können, sondern daß dasselbe auch überall im Auslande und namentlich in Polen als das beste Mittel sich bewähren werde, „den Quell der Revolution zu verstopfen.“ — Das waren die Principien, welche die Präliminarconvention vom 25. Juli dictirten, und mit diesem Schlüssel wird uns das richtige Verständniß ihres auf absichtsvolle Täuschung berechneten Wortlauts nicht schwer fallen.

Wochte auch gegen den ersten Punct: „Die beiden Höfe garantiren sich gegenseitig ihre Territorien gegen jeden Angriff“, nichts Besonderes einzuwenden sein, so lautete doch gleich der zweite: „keiner von beiden wird ohne Wissen des Anderen eine Allianz schließen“, schon viel bedenklicher, in sofern nämlich die dieser Allianz zu Grunde liegende Tendenz nicht mehr die der früheren englisch-preussischen, sondern die der früheren österreichisch-russischen Allianz sein sollte. In Bezug auf die Natur dieser Tendenz aber schien der dritte Punct kaum noch einen Zweifel übrig zu lassen. Denn die erste Hälfte dieses dritten Punctes: „sie werden sich bemühen, unverzüglich die Uebereinkunft zu Stande zu bringen, zu welcher der Kaiser soeben in Bezug auf die französischen Angelegenheiten die Hauptmächte Europas eingeladen hat“, drückt ebenso entschieden der auswärtigen Politik der sich Verbündenden einen intervenirenden offensiven Charakter auf, wie die zweite Hälfte: „sie werden sich überdies auf ihr respectives Ansuchen Hülfe und Beistand leisten im Fall, daß bedenkliche Bewegungen die innere Ruhe in dem einen oder dem anderen ihrer Staaten zu stören drohen“, die innere Politik derselben zu einer entschieden repressiven stempelte. — Zeigten aber die Contrahenten in Bezug auf ihre eigenen Unterthanen sich so reactionsüchtig, so war hiermit schon gewissermaßen von selbst der Fingerzeig gegeben, wie man hinsichtlich des vierten, Polen betreffenden Separatartikels zwischen den Zeilen zu lesen habe. Hier liegt offenbar der

Hauptnachdruck auf der ersten Hälfte: „sie werden im Interesse der Polen benachbarten Höfe ein Uebereinkommen treffen, welches dazu geeignet wäre, alle Eifersucht und alle Furcht vor dem Uebergewicht der einen oder der anderen (unter den Dreien) zu entfernen.“ — Nicht darauf also kam es ihnen an, die polnischen Angelegenheiten im Sinn und zum Besten der polnischen Nation zu ordnen, sondern nur darauf, ihr eigenes respectives Interesse wahrzunehmen. Wie sie aber dieses Interesse würden verstanden wissen wollen, das konnte nach dem bisherigen Verhalten der Kaiserin von Rußland und des ihr im Princip beistimmenden Kaisers Leopold kaum noch fraglich sein. Und es liegt auf der Hand, daß auch Preußen, wenn es nicht von vorn herein mit Oestreich sich Rußland widersetzte, sondern eine gemeinschaftliche Verathung mit letzterem zuließ, sich zur Umkehr entschließen und sich fügen mußte. — Auch in der zweiten Hälfte dieses Polen betreffenden Artikels berücksichtigt der eine Satz: „sie werden daher unter sich und mit Rußland feststellen, — daß kein Prinz aus ihren Häusern weder durch eine Vermählung mit der Prinzessin Infantin, noch sonst durch eine neue Wahl den polnischen Thron besteige“, nur das Interesse der drei Mächte, der andere aber: „sie werden feststellen, daß nichts unternommen werde, um die Integrität und die Aufrechthaltung der freien Verfassung Polens zu alteriren“, muß in Bezug auf seinen scheinbar beabsichtigten Inhalt geradezu für eine leere Phrasen erklärt werden, die nur

darauf berechnet war, theils die beiden deutschen Mächte nicht unbedingt der russischen Parole preis zu geben, theils aber und vorzüglich, sowohl England als auch die Polen selbst nicht sogleich hinter die Karten sehen zu lassen.

Und nun meine man nicht, daß die durch diese Convention bewirkte europäische Systemsveränderung in den unermesslichen Folgen, die sie nach sich ziehen müsse, nicht sofort wäre erkannt worden. Statt zu einem Europa beherrschenden liberal-conservativen System zu gelangen, war man im Begriff, ein radical-antirevolutionaires, auf die Unterdrückung aller autonomen Bildungstriebe ausgehendes absolutistisches Reactionsystem zu schaffen. Wer auch nur halbweges einen Begriff von freier Entwicklung hatte, der konnte aus dem gewaltsamen Conflict der politischen Extreme, welchen dieses System heraufzuschwören schien, keine glückliche Zukunft weissagen. In Berlin wurden die, welche es zunächst betraf, der Minister des Auswärtigen, Graf Schulenburg-Rehnert und der englische Gesandte, Ewart, über diese Wendung der Dinge von Schrecken und tiefer Sorge ergriffen. Beide sahen das unverbesserliche Hauptübel in dem stipulirten Beitritt Rußlands. Schulenburg insbesondere beklagte den Mißgriff des politischen Drucks, der fortan auf deutschen Landen lasten sollte. Ueber die wider Erwarten glimpfliche Fassung des Polen betreffenden Artikels sprach er sich zwar sehr zufrieden aus, nur nicht ohne großes Mißtrauen. Es wollte ihm durchaus nicht einleuchten, wie es bei der Herbei-

ziehung Rußlands in die Garantieübernahme möglich sein sollte, die Integrität dieses Staates wirklich zu wahren; er fürchtete vielmehr, daß eine solche Garantie einen nur sehr geringen Effect haben würde den ehrgeizigen Absichten Rußlands gegenüber, zu deren Ausführung es jetzt (bei dem nah bevorstehenden Abschluß des türkischen Friedens) viel stärkere und aussichtsvollere Versuchung habe, als je zuvor; der Kaiser aber, meinte er, würde, was auch immer dessen wirkliche Wünsche und Absichten sein möchten, nicht im Stande sein, das Vorschreiten Rußlands aufzuhalten, und daher genöthigt sein, sich mit dieser Macht zu irgend einem Theilungsplan zu verbinden, von welchem dann auch Preußen sich nicht werde ausschließen können. — Zwar setzte Erwart, da die Convention vom 25. Juli noch nicht ratificirt war, eine letzte Hoffnung, daß sie nicht zum Vollzug käme, noch darauf, daß die durch sie der preußischen Politik vorgezeichnete Richtung im ganzen Königreich allzu unpopulair sei und schlechterdings gar keinen Anklang finde, ein Umstand, der trotz der in diesem Lande üblichen Regierungsweise doch wohl nicht unberücksichtigt gelassen werden dürfte. Allein in diesem Punct täuschte der sonst so scharfsichtige englische Diplomat sich nur leider völlig. Eben hier sollte es in eclatantester Weise offenbar werden, daß ein Volkswille, der nicht gesetzlich sich zur Geltung bringen kann, von gar keinem Gewicht ist. Friedrich Wilhelm ließ sich dermaßen von dem contre-revolutionairen Taumel berauschen, daß er

kaum noch für etwas Anderes als für die antifranzösische Coalition Ohr und Auge hatte. Sagten doch ohnehin die glänzenden, ruhmverheißenden Aussichten, die auf diesem Felde der Thaten sich ihm eröffneten, seinem immer nur an der Oberfläche der Dinge haftenden Naturell viel besser zu, als das geduldpriüfende System der ruhig abwartenden Politik, an das er bis dahin sich gebunden sah. Um nur von dieser Seite her mit lästigen Vorstellungen und Gegenreden weiter gar nicht behelligt zu werden, wurde Ewart von der zu Pillnitz bevorstehenden Zusammenkunft geflüffentlich ausgeschlossen. Und nun ließ er sich durch nichts zurückhalten, zum neuen Bund dem Kaiser den Handschlag zu geben ¹.

Auch über die wahre Bedeutung der pillnitzer Zusammenkunft hat man sich sehr lange täuschen lassen, zum offenkundigen Beweise, wie gut der kaltbesonnene Leopold auf das Täuschen und Irreführen sich verstand. Weil Leopold in Pillnitz unzweifelhaft in seinem Reactionssystem einen den Umständen angemessenen einstweiligen Rückschritt eintreten ließ, hat man geglaubt, daß es ihm überhaupt mit seiner Coalitionspolitik kein rechter Ernst, und daß das eigentliche Ziel seines Strebens nichts Anderes als Erhaltung des Friedens um jeden Preis gewesen sei. Dennoch spricht Alles dafür, daß er auch in Pillnitz für nichts, als für die Befestigung seines Systems gearbeitet hat. Zum Ersten

¹ S. Beilage II.

gewann er das große Resultat, Preußen definitiv von England zu trennen und somit zu sich herüberzuziehen und zum Zweiten gelang es ihm, schon jetzt insbesondere der polnischen Frage eine Wendung zu geben, die ihre Entscheidung in österreichisch-russischem Sinn kaum noch als zweifelhaft erscheinen ließ. Denn wenn man auch an guten Worten, den Kurfürsten von Sachsen zur Annahme der polnischen Krone zu bereden, es nicht fehlen ließ, so wurde dieser Courtoisie doch sofort alle Bedeutung genommen durch den hinkenden Nachsatz, daß es sich allerdings dabei auch noch um die Zustimmung Rußlands handeln werde. Hätten aber Oestreich und Preußen jetzt wirklich noch an dem Constitutionswerk vom 3. Mai festhalten wollen, so hätten sie im Voraus den Kurfürsten gegen den Einspruch Rußlands sicher stellen müssen, wie Preußen in Gemeinschaft mit England noch damals es im Sinne hatte, als Bischoffswerder seinen Weg von Berlin nach Mailand über Dresden nahm. Sahen nun aber freilich, was die französischen Angelegenheiten betrifft, der Graf Artois und seine Begleiter fürs Erste in ihren Hoffnungen sich durchaus getäuscht, so beweist das weiter nichts, als daß Leopold eben nicht gesonnen war, seine Reactionspolitik mit der der Emigranten zu identificiren, was zu vermeiden er allerdings die triftigsten Gründe hatte. Wie sehr indessen ihm sein Hauptzweck gelungen war, das geht schon aus dem Umstand hervor, daß die Kaiserin von Rußland, weit entfernt über die in Pillnitz sich befestigende Allianz

der beiden deutschen Höfe ungehalten zu sein oder Eifersucht zu zeigen, vielmehr unverhohlen ihre Freude darüber an den Tag legte, daß der König von Preußen nun unwillkürlich auf die Pfade der Politik der Kaiserhöfe sich habe hinüberleiten lassen. In der That schien Friedrich Wilhelm die großartigen Pläne, die seine Phantasie sich ausmalte, so heißblütig in Angriff nehmen zu wollen, daß jetzt der Kaiser, nur ihn vom Ueberstürzen abzuhalten, Mühe hatte. In England aber täuschte man sich über die Grundbedeutung der zu Billnig bestätigten wiener Convention so wenig, daß die großbritannischen Gesandten sowohl am österreichischen, wie am preußischen Hof angewiesen wurden, die Erklärung abzugeben: „Se. Maj. der König hätte gewünscht, daß seines zukünftigen Beitritts zu der durch die Convention vom 25. Juli verabredeten Allianz nicht Erwähnung geschehen wäre, weil er sicherlich Verbindlichkeiten, die so ganz und gar von dem Sinn des seinerseits beabsichtigten Systems abwichen, nicht werde eingehen können“¹.

Daß nun aber auch Leopold, trotz all' seiner beschwichtigenden Erklärungen und scheinbaren Friedensdemonstrationen keinen Augenblick von dem Gedanken abließ, die durch die Convention vom 25. Juli angebahnte Reactionspolitik in möglichst umfassender und nachhaltiger Weise ins Werk zu setzen, davon überzeugen uns ebenso

¹ S. Beilage III.

seine unausgesetzt ihren Fortgang nehmenden Allianzverhandlungen mit Preußen, wie sein rücksichtsvolles Benehmen gegen Rußland und endlich nicht minder sein schulmeisterndes Verhalten gegen die gesetzgebende Versammlung Frankreichs. Es ist nicht davon die Rede, daß der Kaiser in seinem und des Reiches Namen sein Kanzler nicht vollkommen dazu berechtigt gewesen wären, gegen die Jacobiner loszufahren, wie sie es thaten, nur soll man nicht meinen, daß sie der unausbleiblichen Folgen solcher officiellen Schritte nicht aufs Klarste sich bewußt gewesen wären. So hoch wie die Revolutionswogen gleich in den ersten Monaten nach dem Zusammentreten der legislativen Versammlung aufschlugen, so stürmisch und für das Ausland verlegend, wie namentlich die Emigrantenfrage behandelt wurde, täuschte gewiß am wenigsten der feine Leopold sich über die Unvermeidlichkeit eines ehester Tage bevorstehenden Krieges, den auch er selbst gewiß nicht vermeiden wollte, in so fern er es nicht mit Ehren konnte. Nur wollte er, um desto mehr das formelle Recht auf seiner Seite zu haben und weil er wußte, daß jeder Monat und jede Woche Aufschub der Befestigung seines Systems zu Gute kam, nicht der angreifende Theil sein¹. Man hörte ihn sagen, „wenn die französischen Bösewichter entschlossen wären, ihn zum Orlege zu zwingen, sollten sie sehen, daß der friedliebende Leopold den Krieg mit der

¹ S. Beilage IV.

größter Energie führen werde und dann wolle er sie die Kosten mit etwas Soliderem als Assignaten bezahlen lassen“. Mit dieser Drohung war es ihm ohne Zweifel vollster Ernst, aber um sie wahr zu machen, um einen großen und sicheren Schlag führen zu können, dazu glaubte er vor allen Dingen im Sinn seines Systems zunächst mit Preußen und Rußland sich verständigen und namentlich in Bezug auf Polen sich auseinandersetzen zu müssen. Und hiermit sind wir zu dem Punct gelangt, wo wir zu erweisen haben, daß es dem Kaiser in der That um nichts weniger zu thun war, als um die Herstellung Polens auf Grund der Verfassung vom 3. Mai, sondern daß er um den Preis einer noch intimeren Verbindung mit Rußland, dem sogenannten historischen Recht, welches diese Macht gegen die unglückliche Republik geltend zu machen den Anspruch erhob, willfährig das Wort redete.

Die genügendste Auskunft verdanke ich in dieser Beziehung dem dresdener Hauptstaatsarchiv und daneben dem berliner geheimen Staatsarchiv, welches letztere selbstverständlich für die unmittelbar preussischen Angelegenheiten in erster Stelle von mir zu Rathe gezogen worden ist.

Zuvörderst ist es im höchsten Grade auffällig, daß es der kursächsischen Regierung, welche das lebhafteste Interesse hatte, den angeblich guten Willen Oestreichs zur monarchischen Wiederherstellung Polens zu erproben, durchaus nicht gelingen wollte, sich von der Aufrichtigkeit der Politik des wiener Hofes zu überzeugen. Vielmehr zog die

seine unausgesetzt ihren Fortgang nehmenden Allianzverhandlungen mit Preußen, wie sein rücksichtsvolles Benehmen gegen Rußland und endlich nicht minder sein schulmeisterndes Verhalten gegen die gesetzgebende Versammlung Frankreichs. Es ist nicht davon die Rede, daß der Kaiser in seinem und des Reiches Namen sein Kanzler nicht vollkommen dazu berechtigt gewesen wären, gegen die Jacobiner loszufahren, wie sie es thaten, nur soll man nicht meinen, daß sie der unausbleiblichen Folgen solcher officiellen Schritte nicht aufs Klarste sich bewußt gewesen wären. So hoch wie die Revolutionswogen gleich in den ersten Monaten nach dem Zusammentreten der legislativen Versammlung aufschlugen, so stürmisch und für das Ausland verlegend, wie namentlich die Emigrantenfrage behandelt wurde, täuschte gewiß am wenigsten der kleine Leopold sich über die Unvermeidlichkeit eines ehester Tage bevorstehenden Krieges, den auch er selbst gewiß nicht vermeiden wollte, in so fern er es nicht mit Ehren konnte. Nur wollte er, um desto mehr das formelle Recht auf seiner Seite zu haben und weil er wußte, daß jeder Monat und jede Woche Aufschub der Befestigung seines Systems zu Gute kam, nicht der angreifende Theil sein¹. Man hörte ihn sagen, „wenn die französischen Bösewichter entschlossen wären, ihn zum Kriege zu zwingen, sollten sie sehen, daß der friedliebende Leopold den Krieg mit der

¹ S. Beilage IV.

größter Energie führen werde und dann wolle er sie die Kosten mit etwas Soliderem als Assignaten bezahlen lassen“. Mit dieser Drohung war es ihm ohne Zweifel vollster Ernst, aber um sie wahr zu machen, um einen großen und sicheren Schlag führen zu können, dazu glaubte er vor allen Dingen im Sinn seines Systems zunächst mit Preußen und Rußland sich verständigen und namentlich in Bezug auf Polen sich auseinandersetzen zu müssen. Und hiermit sind wir zu dem Punct gelangt, wo wir zu erweisen haben, daß es dem Kaiser in der That um nichts weniger zu thun war, als um die Herstellung Polens auf Grund der Verfassung vom 3. Mai, sondern daß er um den Preis einer noch intimeren Verbindung mit Rußland, dem sogenannten historischen Recht, welches diese Macht gegen die unglückliche Republik geltend zu machen den Anspruch erhob, willfährig das Wort redete.

Die genügendste Auskunft verdanke ich in dieser Beziehung dem dresdener Hauptstaatsarchiv und daneben dem berliner geheimen Staatsarchiv, welches letztere selbstverständlich für die unmittelbar preußischen Angelegenheiten in erster Stelle von mir zu Rathe gezogen worden ist.

Zuvörderst ist es im höchsten Grade auffällig, daß es der kursächsischen Regierung, welche das lebhafteste Interesse hatte, den angeblich guten Willen Oestreichs zur monarchischen Wiederherstellung Polens zu erproben, durchaus nicht gelingen wollte, sich von der Aufrichtigkeit der Politik des wiener Hofes zu überzeugen. Vielmehr zog die

ganze Zeit, seit der pillnitzer Zusammenkunft bis zu Leopolds Tod unter leerem und nichtslegendem Wortframsich hin, womit Oestreich, indem es für den Kurfürsten und für Polen nichts that, nur den Schein zu retten suchte. „Man nimmt an,“ — schreibt wörtlich der sächsische Premierminister Graf Loß am 2. Nov. 1791 an den Herrn von Völkersahm in Petersburg —, „daß der Kaiser nichts Bestimmtes hinsichtlich Polens articuliren wird, ehe er die Antwort von seiner Allirten erhalten hat, aber nicht nur aus den häufigen und geheimen Conferenzen des Fürsten Golizyn (russischen Gesandten in Wien) auf der Staatskanzlei, sondern auch aus anderen Indicien schließt man, daß seine Verbindungen mit Rußland, statt durch die Allianz mit Preußen, welche jetzt ihre formelle Sanction erhalten soll, einigen Abbruch erlitten zu haben, enger als je sind und täglich sich noch enger knüpfen. — Andere Personen, die in näheren Beziehungen zu dem östreichischen Ministerium stehen, glauben Grund zu dem Argwohn zu haben, daß dieses und vielleicht der Kaiser selbst, wenn sie nicht bereits mit Rußland sich darüber verständigt haben, die neue Constitution scheitern zu lassen, doch nicht ungern diese Macht sich opponiren sehen werden, und daß jeden Falls der wiener Hof nicht die Unterstüßung dieses Werkes wird auf sich nehmen wollen.“ Und schon einige Wochen zuvor (8. October) fand die sächsische Regierung Veranlassung, ihren Gesandten zu warnen, daß er dem Gerücht, als wolle der Kaiser

Rußland dazu bewegen, sich bei den in Polen eingetretenen Veränderungen zu beruhigen, nicht leichtgläubig Gehör schenken möge. Sie hielt dem entgegen, daß der österreichische Geschäftsträger in Warschau, Herr de Caché, die von dem König Stanislaus August in öffentlichem Reichstag gethane Aeußerung: zwei große Höfe wären überein gekommen, nicht nur die Unabhängigkeit von ganz Polen, sondern auch die Constitution vom 3. Mai und die erbliche Thronfolge zu unterstützen —, ausdrücklich in Abrede gestellt habe, mit dem Bemerken, daß er, seinerseits, keinesweges ermächtigt sei, etwas Derartiges im Namen seines Hofes zu versprechen. Inzwischen aber hatten den Herrn von Völkersahm denn auch schon seine eigenen Beobachtungen zu ähnlichen Wahrnehmungen geführt. Unter dem 4. October nämlich berichtet derselbe: der preussische Gesandte, Baron von Goltz, habe in Bezug auf den von Rußland zu befürchtenden Widerstand vertröstend zu ihm gesagt: „wenn die beiden anderen übereinstimmen, wie kann der hiesige (petersburger) Hof sich opponiren?“ Welchen Eindruck aber diese zweideutigen Worte auf ihn machten, legt er dar mit den Worten: „um kein Mißtrauen zu zeigen, habe ich nicht geantwortet, was ich dachte, nämlich, daß ich ganz seiner Meinung sein würde, wenn ich versichert wäre, daß die anderen Höfe das wirklich wollen, was sie vorgeben.“ Und allerdings war auch schon das unbedingt passive Verhalten der beiden deutschen

Mächte der russischen Activität gegenüber eine Sprache, über deren Sinn man sich unmöglich täuschen konnte.

Bereits in demselben Monat, wo Rußland zu Galacz die Präliminarien zum türkischen Frieden schloß, im August 1791, verbreitete sich von Petersburg aus die Kunde von beabsichtigten Truppensendungen nach den polnischen Grenzen. In der Moldau hielten die Stimmführer der polnischen Reactionspartei, die Creaturen Rußlands, der Krongroßfeldherr Branicki, der Kronfeldzeugmeister Graf Felix Potocki, der Unterfeldherr Graf Rejewuski und Genossen unverholen ihre Verathungen mit dem vertrauten Cabinetspolitiker der Kaiserin, Grafen Desborodko, welchem sie bald darauf, um der letzteren selbst sich vorzustellen, nach Petersburg folgten. Und in Warschau ließ der russische Gesandte, Herr v. Vulgafow, sich vernehmen, daß zwar noch für seine Souverainin der Augenblick nicht gekommen sei, in Polen zu sprechen, daß sie aber unfehlbar seiner Zeit ihren mit der Republik im Jahre 1768 abgeschlossenen Tractat wieder zur Geltung zu bringen wissen werde. Einstweilen förderte er wenigstens die Wühlereien der ihm feilen Partei nach Kräften. So z. B. verlautete, daß er selbst die am 15. September vom Landboten von Braslaw im Reichstag gehaltene Rede ausgearbeitet habe, deren Inhalt offenbar nur darauf ausging, die Verwirklichung der Constitution vom 3. Mai zu vereiteln. Denn indem der Redner begehrte, man solle durch eine besondere Deputation vom Kurfürsten hinsichtlich der

Annahme der polnischen Krone alsbald ein unbedingtes Ja oder Nein einholen, ohne weiteren Unterhandlungen Raum zu geben, so wäre, wenn der Reichstag diesem Antrag seine Zustimmung gegeben hätte, dem Kurfürsten, da derselbe eine unmodificirte Zusage nicht geben konnte, nichts übrig geblieben, als mit einem entscheidenden Nein zu antworten, und somit wäre durch eine solche Ablehnung das ganze Constitutionswerk sofort wenigstens einer seiner Hauptstützen beraubt worden. — kaum drei Monate später aber, im December 1791, konnte Bulgakow schon viel dreister auftreten. Damals hatte soeben der wiener Hof dem russischen die ausdrückliche Versicherung gegeben, daß die Convention vom 25. Juli, in welcher nur im Allgemeinen von der Aufrechthaltung der Freiheit und Unabhängigkeit der Republik die Rede sei, einer Restitution der alten, von Rußland direct und mittelbar auch von Oestreich garantirten Verfassung nicht im Wege stehen würde. Und von solchen Erklärungen ermangelte der russische Gesandte in Warschau denn nicht, einen für seine Creaturen ermuthigenden Gebrauch zu machen. Die Verbindung seines Hofes mit dem östreichischen, sagte er, sei eine so enge, daß letzterer Rußland in den polnischen Angelegenheiten keinen Zwang anthun, und keinen Falls sich seinen Plänen widersetzen würde; ein Gleiches, fügte er hinzu, glaube er auch vom berliner Hof voraussetzen zu dürfen. — Doch wie Oestreich und Preußen es mit der Republik im Sinne hatten, das brauchten die Polen

jetzt schon nicht mehr aus dritter Hand zu erkundschaffen. Sowohl der Marquis Lucchesini, wie der Herr de Caché sagten es den einflußreichen Parteiführern, mit denen sie verkehrten, ohne Umschweif und gerade heraus, daß kein großer Hof weder von der Constitution des 3. Mai, noch vom erblichen Thron etwas wissen wolle, und daß sie in dieser Beziehung alle vollkommen mit einander übereinstimmten. Der sächsische Gesandte aber, Herr v. Essen, dem de Caché zu verstehen gab, daß der Kurfürst sich einer großen Gefahr aussetzen würde, wenn er die Krone ohne eine formelle Garantie der drei Mächte annehme, war keinen Augenblick mehr darüber in Zweifel, daß letztere nur die Zwietracht unter den Polen bis zum Bürgerkrieg zu vermehren wünschten, um sodann — ihre weiteren Maßregeln zu treffen.

In den ersten Tagen des Januars 1792 machte der Marquis Lucchesini dem König von Polen eine directe Mittheilung über den nah bevorstehenden Abschluß der österreichisch-preussischen Allianz. Er überreichte ihm dabei von Seiten seines Hofes eine Declaration, die den Abfall desselben von dem bis dahin wenigstens scheinbar und äußerlich noch beibehaltenen Föderativsystem außer Frage stellte.¹ Unbeschreiblich niederschlagend war der Eindruck, den diese Mittheilung, so weit sie lautbar wurde, unter den Polen hervorbrachte, und man fühlt es dem Bericht,

¹ Siehe Beilage V.

welchen Effen hierüber erstattet, wohl an, daß er in demselben zugleich seinem eigenen Unmuth Luft zu machen suchte. Die Polen, schreibt er, zeigen in Folge dieser Wendung der Dinge sich nicht weniger eingenommen gegen den König von Preußen und seine Politik, wie gegen diejenigen, welche gegenwärtig in Berlin die Faiseurs sind. Sie sagen, daß man die Fürsten der deutschen Union aufopfere, ihre politische Existenz vernichte und sie der Discretion zweier Höfe preisgebe, die, der eine wie der andere, sich nur mit Vergrößerungsplänen beschäftigten, ohne über die Mittel, wie sie ihren Zweck erreichen, sich nur die geringsten Scrupel zu machen; daß diese Höfe noch mehr als Rußland die Urheber der Theilung Polens wären, und daß keine Macht Europas, bei dem Zustand, in welchem Frankreich sich befinde, im Stande sei, ihre Projecte zu vereiteln; sie sagen, daß der berliner Hof, seit dem Tode Friedrichs II. ohne System, nach der Reihe die Brabanter, die Rütticher, die Ungarn, die Gallizier, die Polen und endlich Deutschland geopfert habe, und daß derselbe trotz alle dem nichts zu Wege gebracht habe, als den Verlust des vierten Theils seines Schazes, ein mißliches Zermürfniß mit Rußland, eine unnütze Allianz mit Polen und jetzt eine andere mit dem Kaiser, die den Credit des Königs von Preußen in Deutschland ruiniren, und eines Tages ihm theuer werde zu stehen kommen; schon biete zunächst das Gezänk dieser beiden Höfe über Polen das Schauspiel ihrer gegenseitigen und blinden

Eifersucht dar. — Man fügt hinzu, fährt Esen fort, daß von verschiedenen Seiten Stimmen sich vernehmen lassen, die es bei einem solchen Zustand der Dinge für das Gerathenste halten, wenn Polen auf seine Verbindungen mit den deutschen Höfen verzichtete, die Constitution vom 3. Mai als nicht gegeben betrachtete, und ein anderes System annehmend, sich aufrichtig Rußland näherte, da die Republik auf diesem Wege vielleicht noch das einzige Mittel finden könnte, sich vor den geheimen Plänen dieser beiden Höfe zu retten, die bereits im Jahre 1773 Polen so grausame Proben ihrer destructiven und gefährlichen Politik gegeben hätten.

So schneidend lauteten nach dem Bericht dieses voraussetzenden Diplomaten die Urtheile über das feinen deutschen Veruf verkennende Preußen und über die Folgen der von ihm aufgegebenen Selbstständigkeit Polens. — Preußen, dessen Lebenskern schon damals nur erstarken konnte, wenn es, ein Hort der Freiheit, die politischen Extreme vermittelte und den Schwachen eine zugleich moralische und materielle Stütze wurde, Preußen hatte aus Mangel an Selbstvertrauen sein besseres Ich aufgegeben, um im Anschluß an die beiden anderen östlichen Großmächte einseitig, wie diese, seine Machtinteressen nur militairisch zu verfolgen, statt in der Pflege der national-patriotischen Interessen den ihm ebenso nothwendigen als naturgemäßen Ersatz für den Mangel einer arealen Großmachtstellung zu suchen. Friedrich Wilhelms politische Beschränktheit

wollte sich nicht eingestehen, daß sein Zusammengehen mit den Kaiserhöfen und ihrem System, statt ihn zu stärken, im Verhältniß zu diesen beiden ihn schwächen müsse; er wollte die Gefahr nicht sehen, der er sein Reich aussetzte, wenn für den Fall einer neuen Theilung Polens Rußland, wie bei der ersten, den Löwenantheil wieder für sich nähme, und die doppelte Gefahr, die ihm erwachsen mußte, wenn noch dazu die slavischen Sympathien der einmal unterdrückten Polen mit dem russischen Absolutismus sich vertrugen, und einen antigermanischen Pact schlossen.

In der That, die Verblendung der beiden deutschen Großmächte in ihrem undeutschen Anschluß an Rußland konnte nicht größer sein, als sie war. Preußen und nicht minder Oestreich waren sich keinesweges unklar darüber, daß ein ihrerseits mit Rußland einzugehendes Bündniß, dessen ausgesprochener Zweck es war, die französischen Angelegenheiten mit den polnischen zu combiniren, aus keinem anderen Grunde von dieser Macht mit Freuden würde eingegangen werden, als um sich die ersehnte Gelegenheit zu verschaffen, mit unbeschränkter Willkür in Polen zu walten, während ihre deutschen Nachbarn, im Westen beschäftigt, ihr das große Wort gönnen mußten. Hundertmal in den officiellen Schriftstücken sich wiederholende Bemerkungen dieser Art lassen hierüber nicht den geringsten Zweifel. So z. B. heißt es in einem berliner Ministerialrescript vom 20. October 1791: „Von allen Seiten und namentlich am wiener Hof befestigt sich der

Verdacht, daß die Kaiserin mit großen Entwürfen über Polen schwanger geht. Es wäre sehr wohl möglich, daß der russische Hof auf den Plan der französischen Contre-revolution nur eingegangen ist, um ungehindert eine Armee in Polen einrücken lassen zu können, und während der Kaiser in einen Krieg zu Gunsten seines Schwagers verwickelt wäre, dort ihren Schlag auszuführen.“ Andererseits hatte um eben diese Zeit (23. September) Goltz aus Petersburg ausdrücklich berichtet, daß die Kaiserin den die neue Verfassung Polens betreffenden Punct der Convention vom 25. Juli keinen Falls gut heißen werde, weil sie sich nicht würde schmeicheln können, großen Einfluß in einem Lande wieder zu gewinnen, welches der König von Preußen aus seinem Nichts hervorgezogen, und dessen zukünftiger Souverain ihm seine Krone werde zu verdanken haben. — Nichts desto weniger ertrug der König von Preußen es mit dem vollkommensten Gleichmuth, daß Oestreich in dieser Angelegenheit sich nicht rührte, ja er schien den Zeitpunkt kaum erwarten zu können, wo die Kaiserin von Rußland den Anfang machen würde, mit ihm über den Preis seiner Nachgiebigkeit in Unterhandlung zu treten. An einigen Scheindemonstrationen zu Gunsten des Kurfürsten und der Republik ließen freilich von Zeit zu Zeit die deutschen Höfe es nicht fehlen, nur trugen sie dabei unverkennbar Sorge, daß man dieselben nur ja nicht zu ernst nehmen solle. So ermangelte der Fürst Raminz nicht (16. December), auf eine polnische, die Unterstützung

der Constitution vom 3. Mai in Anspruch nehmende Denkschrift eine Antwort zu ertheilen, welche in den für die Republik schmeichelhaftesten Ausdrücken abgefaßt war, die aber ihrem wesentlichen Inhalt nach sich darauf beschränkte, daß für den Augenblick der Kaiser nicht im Stande sei, über den in Frage stehenden Gegenstand sich auszulassen, weil derselbe noch nicht wüßte, ob seine Intentionen auch seinen Allirten genehm sein möchten. Welcher Art aber seine eigenen Intentionen waren, dafür fehlte es nicht an mannigfachen, ziemlich sicheren Anzeichen. Und nicht geringes Befremden erregte es, daß während bereits eine gute Anzahl russischer Truppen an den polnischen Grenzen angelangt war, um den Cordon von Orel bis Mohilew zu verstärken, der Kaiser durch das offene Treiben der contrerevolutionairen in Jassi versammelten Magnaten seine russenfreundliche Gesinnung sich durchaus nicht trüben ließ. Es ist daher sehr begreiflich, wenn der Kurfürst von Sachsen auf die ihm vom wiener, wie vom berliner Hof nur sehr bedingungsweise gemachten Aussichten nicht den geringsten Werth legte.ließ doch auch der neue Bevollmächtigte des Kaisers, Herr v. Landriani, vergeblich darauf warten, nur irgend etwas Bestimmtes über die Principien zu äußern, „welche Se. Majestät in Bezug auf die polnischen Angelegenheiten und zumal in Bezug auf die neue Constitution der Republik zu befolgen gedenke.“ Gleichzeitig aber gingen aus Warschau über das fortgesetzte Verhalten de Cacho's, so wie aus Wien über die Intentionen

des österreichischen Ministeriums selbst nichts weniger als ermunthigende Nachrichten ein (Ende December). Und so setzte sich denn in dem Kurfürsten von Tag zu Tage die Ueberzeugung fester, daß sowohl Oestreich als Preußen den Wünschen Rußlands nicht entgegen treten würden, sondern daß eine directe Uebereinkunft zwischen ihnen statt gefunden habe, ohne die Concurrenz Rußlands keinen activen Theil an der Consolidation der polnischen Angelegenheiten zu nehmen.

Wie beschaffen war denn nun aber die von Rußland zu erwartende Consolidation der polnischen Angelegenheiten?

Das petersburger Cabinet sah das passive Verhalten der deutschen Mächte als eine directe Aufforderung an, mit dem Endziel seiner activen Maßregeln seinerseits nicht hinterm Berge zu halten. Vier Tage bevor in Berlin die Bevollmächtigten Oestreichs und Preußens den Tractat vom 7. Februar unterzeichneten, wurde in Petersburg dem Herrn von Goltz ein von der Kaiserin an ihren Günstling Subow gerichtetes Handbillet vorgelegt, worin sie die Absicht aussprach, jetzt, nach dem definitiven Abschluß des türkischen Friedens, alsbald mit ihren Truppen das Königreich Polen zu besetzen: „si l'Autriche et la Prusse,” heißt es darin weiter, „s'opposent, comme il est vraisemblable, je leur proposerai ou dédommagement ou partage.” — Diese Eröffnung aber wurde von dem preußischen Gesandten keinesweges mit Befremden aufgenommen, sondern er sah sie, im Gegentheil als die

willkommene Einleitung zu weiteren Schritten in dem angedeuteten Sinn an, die denn auch nicht lange auf sich warten ließen. Und so zeigt sich schon in diesem Verhalten des Vertreters Preußens aufs deutlichste, daß der Polen betreffende Artikel des Tractats vom 7. Februar wenigstens für ihn Rußland gegenüber keine andere Bedeutung hatte, als die, daß er seinem Monarchen ein zweckdienliches Mittel an die Hand geben sollte, um den Preis des Aufgebens der in demselben stipulirten Unabhängigkeit und Integrität Polens, sich um so füglich einen nicht zu lärglichen Antheil von dem neuen Raube ausbedingen zu können.

Bereits am 28. Februar, also nur zwei Tage vor dem Lebensende Kaiser Leopolds, wurde dem Baron Goltz von dem Vicekanzler, Grafen Ostermann, im Namen der Kaiserin eine Eröffnung gemacht, welche mit folgenden Worten beginnt: „Ihre Majestät schlagen dem König von Preußen, sowie dem Kaiser, vor, mit ihr über die Arrangements übereinzukommen, welche die verschiedenen Interessen der drei Höfe erheischen in Bezug auf den Grad von Consistenz, welcher dem Königreich Polen zu bewilligen sein möchte; sie sei dabei nur bemüht, das letzte Hinderniß aus dem Wege zu räumen, welches eine vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten trüben und auf die Dauer die Ruhe der benachbarten Mächte stören könnte“. — Dieser Mittheilung war eine sogenannte mündliche Note (insinuation verbale) beigegeben, welche

des österreichischen Ministeriums selbst nichts weniger als ermuthigende Nachrichten ein (Ende December). Und so setzte sich denn in dem Kurfürsten von Tag zu Tage die Ueberzeugung fester, daß sowohl Oestreich als Preußen den Wünschen Rußlands nicht entgegen treten würden, sondern daß eine directe Uebereinkunft zwischen ihnen statt gefunden habe, ohne die Concurrnz Rußlands keinen activen Theil an der Consolidation der polnischen Angelegenheiten zu nehmen.

Wie beschaffen war denn nun aber die von Rußland zu erwartende Consolidation der polnischen Angelegenheiten?

Das petersburger Cabinet sah das passive Verhalten der deutschen Mächte als eine directe Aufforderung an, mit dem Endziel seiner activen Maßregeln seinerseits nicht hinterm Berge zu halten. Vier Tage bevor in Berlin die Bevollmächtigten Oestreichs und Preußens den Tractat vom 7. Februar unterzeichneten, wurde in Petersburg dem Herrn von Goltz ein von der Kaiserin an ihren Günstling Subov gerichtetes Handbillet vorgelegt, worin sie die Absicht aussprach, jetzt, nach dem definitiven Abschluß des türkischen Friedens, alsbald mit ihren Truppen das Königreich Polen zu besetzen: „si l'Autriche et la Prusse,” heißt es darin weiter, „s'opposent, comme il est vraisemblable, je leur proposerai ou dédommagement ou partage.” — Diese Eröffnung aber wurde von dem preußischen Gesandten keinesweges mit Befremden aufgenommen, sondern er sah sie, im Gegentheile als die

willkommene Einleitung zu weiteren Schritten in dem angedeuteten Sinn an, die denn auch nicht lange auf sich warten ließen. Und so zeigt sich schon in diesem Verhalten des Vertreters Preußens aufs deutlichste, daß der Polen betreffende Artikel des Tractats vom 7. Februar wenigstens für ihn Rußland gegenüber keine andere Bedeutung hatte, als die, daß er seinem Monarchen ein zweckdienliches Mittel an die Hand geben sollte, um den Preis des Aufgebens der in demselben stipulirten Unabhängigkeit und Integrität Polens, sich um so füglicher einen nicht zu kärglichen Antheil von dem neuen Raube ausbedingen zu können.

Bereits am 28. Februar, also nur zwei Tage vor dem Lebensende Kaiser Leopolds, wurde dem Baron Goltz von dem Vicelanzler, Grafen Ostermann, im Namen der Kaiserin eine Eröffnung gemacht, welche mit folgenden Worten beginnt: „Ihre Majestät schlagen dem König von Preußen, sowie dem Kaiser, vor, mit ihr über die Arrangements übereinzukommen, welche die verschiedenen Interessen der drei Höfe erheischen in Bezug auf den Grad von Conjistenz, welcher dem Königreich Polen zu bewilligen sein möchte; sie sei dabei nur bemüht, das letzte Hinderniß aus dem Wege zu räumen, welches eine vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten trüben und auf die Dauer die Ruhe der benachbarten Mächte stören könnte“. — Dieser Mittheilung war eine sogenannte mündliche Note (insinuation verbale) beigegeben, welche

die eigene Willensmeinung der Kaiserin enthielt. Sie wies insbesondere darauf hin, daß wenn das Werk des 3. Mai Dauer und Bestand gewinnen sollte, durch die Verbindung Sachsens mit Polen zu einem Staatskörper, letzteres, zumal mit Hülfe der neuen Organisation, welche man ihm geben wolle, gar leicht zu einer Macht sich erheben würde, die sich ihren Nachbarn sehr unbequem machen könnte und deren Druck ohne Zweifel gerade Preußen am stärksten zu empfinden haben möchte. — Das war denn freilich deutlich genug gesprochen. Goltz hielt sich indessen noch nicht für ermächtigt, seinerseits aus seiner vorsichtigen Haltung herauszugehen, in seinem Bericht nach Berlin aber äußerte er unumwunden, was auf der Hand lag: er zweifelte nicht, daß diesen Eröffnungen bald „Theilungspläne (des projets d'acquisitions)“ folgen würden.

So weit also war man bereits vor dem Tode Kaiser Leopolds und vor der Ratification des Tractats vom 7. Februar, welche von Seiten des Königs von Ungarn und Böhmen, Franz II., erst zu Anfang des Aprilmonats erfolgte, in der Verständigung über die polnischen Angelegenheiten mit Rußland gelangt. Nirgends, weder von Seiten Oesterreichs noch Preußens, zeigt sich auch nur eine Spur eines ernstlich gemeinten Widerstands gegen die Polen feindlichen Machinationen Rußlands. Im Gegentheil, unmittelbar nach der definitiven Schlußfassung des Tractats vom 7. Februar beginnen die

Verhandlungen mit Rußland im Sinne des dieser Macht erwünschten Systems. Und erst hiernach werden im weiteren Verlauf der diplomatischen Abwicklung von Preußen leise, von Oestreich etwas stärker betonte Bedenken gegen die russischen Vorschläge erhoben, die jedoch nicht im geringsten in einem principiellen Widerstreit gegen das damals noch in Rußland naturwüchsig und von Leopold mit der ihm charakteristischen Vorliebe für diese Richtung adoptirte Reactionsystem ihren Ursprung haben, sondern die lediglich aus dem Bestreben hervorgehen, einerseits, soweit wie möglich den guten Schein zu retten, andererseits aber —, und das war ihnen die Hauptsache —, bei der Ausgleichung ihrer auseinandergehenden Interessen durch Rußland nicht verkürzt zu werden. So unterließ der König von Preußen es nicht, in eben dem Moment, als der Rußland den Beitritt offen haltende Tractat vom 7. Februar diesem Hof mitgetheilt werden sollte, dem sogenannten Prinzen von Nassau, diesem eifrigen Geschäftsträger der russisch-kaiserlichen Reactionspläne gegenüber, den Spröden zu spielen. Er sagte ihm, daß er den gegen Frankreich gerichteten Absichten der Kaiserin nur in dem Fall sich werde anschließen können, wenn sie sich günstiger in Bezug auf die polnischen Angelegenheiten ausließe und jeden Plan der Rache oder der Offensive gegen die Republik aufgebe. Und bald darauf (13. März) ertheilte sein Ministerium dem russischen Gesandten, Herrn von Alopaus, auf jene die deutschen Mächte hinsichtlich Polens

zu dem entgegengesetzten System einladende insinuation verbale die geßfentlich unbestimmt gehaltene Antwort: Se. Majestät habe geglaubt, zuvörderst und ehe Sie über diese Aufforderung Rußlands sich erkläre, den König von Ungarn und Böhmen sondiren zu müssen, da den der preußischen Krone durch die neue Allianz mit Oestreich auferlegten Verbindlichkeiten vor anderen mit einer dritten Macht erst einzugehenden der Vorrang gebühre; auch habe Preußen die Verfassung vom 3. Mai zwar nicht garantirt, allein sein, wenn auch unter ganz anderen Umständen mit Polen abgeschlossener Allianztractat (vom Jahre 1790), lege ihm doch gewisse Fesseln an, u. s. w.

Offenbar beabsichtigte Preußen mit solchen Aeußerungen nichts weiter, als seinerseits die Verständigung über die von den drei Mächten in Anspruch zu nehmenden Entschädigungen für die von ihnen auf gemeinschaftliche Gefahr und Kosten sowohl in Polen, wie in Frankreich auszuführende Reaction, möglichst zu beschleunigen. Als nun aber die Ereignisse die Diplomatie überholten und am 20. April Ludwig XVI. sich gezwungen sah, Oestreich den Krieg zu erklären, als in Folge dieser kritischen Lage der Dinge auch die preußischen Truppen den Befehl zur Marschbereitschaft erhielten, da hielt Friedrich Wilhelm es für nöthig, wiederholt beim petersburger Hof in Erinnerung zu bringen, daß seine Theilnahme an diesem Reactionskampf lediglich nach Maßgabe einer ebenmäßigen Auseinandersetzung sowohl in Bezug auf die polnischen,

wie auf die französischen Angelegenheiten sich bestimmen werde. Baron Goltz erhielt Auftrag (26. April), dem Vicekanzler Grafen Ostermann zu erklären, daß Preußens mit dem wiener Hof combinirte Kriegsvorbereitungen rein defensiver Art wären, und daß sie das bleiben sollten bis zu dem Augenblick, wo die wirkliche Theilnahme der mit- eingeladenen Mächte und vornehmlich Rußlands die deutschen Mächte in den Stand setzen würde, weitere Maßregeln zu ergreifen und den früher entworfenen Plan vollständig auszuführen. Diesem Plan aber widersprach nach der preussischen Auffassung die hierauf russischerseits erfolgende Erklärung keinesweges, in welcher die Kaiserin zwar bei dem Entschluß beharrte, die Republik Polen ihrem Willen zu unterwerfen, zugleich aber doch andeutete, daß die vorläufig durch ihre Truppen auszuführende Besitzergreifung Polens den Ansprüchen und Absichten der deutschen Mächte nicht zum Nachtheil gereichen sollte. Hierüber drückte der Graf Ostermann in einer am 21. April dem Baron Goltz überreichten Depesche sich mit folgenden Worten aus: „man wolle gegen die herrschende Clique, welche die Republik umgestürzt und der Zügel der Regierung sich bemächtigt habe, die Wohlgesinnten unterstützen, welche behufs der Wiederherstellung der Freiheit ihres Vaterlandes sich an die Kaiserin gewandt hätten und man wolle zu diesem Zweck die Rückkehr der Truppen benutzen, welche um den 26. Mai das Gebiet der ottomanischen Pforte räumen würden; die Kaiserin rechne hierbei nicht nur auf die

Zustimmung des Königs, sondern sie hoffe, daß er selbst alle ihm angemessen scheinenden Mittel zu dem gleichen Ziel verwenden werde; übrigens kenne ja Se. Maj. der König vollkommen die Intentionen der Kaiserin, die nur darauf ausgingen, von allen Seiten die gute Nachbarschaft unerschütterlich zu befestigen, — und für die Herstellung des alten régime in Polen arbeiten, heiße nichts Anderes, als für die Ruhe aller benachbarten Mächte und folglich auch Preußens arbeiten.“

Solcher und ähnlicher Art waren die preussischerseits mit willigem Ohr aufgenommenen Auslassungen, vermitteltst welcher die zum russisch-preussischen Theilungstractat vom 23. Januar 1793 führenden Unterhandlungen angebahnt wurden.

Und nicht viel anders war das Verhalten Oestreichs zu Rußland. Im Princip hielt es unverändert an den Grundlagen des Reactionssystems vom 25. Juli 1791 fest; nur daß es ihm nicht so leicht wurde, mit den beiden anderen Mächten über die von ihm bei der Combination der französisch-polnischen Angelegenheiten in Aussicht genommenen Acquisitionen sich auseinander zu setzen. An sich zeigte es für die Erhaltung Polens nicht im mindesten ein lebhafteres Interesse als seine Verbündeten; nur weil es seinerseits nicht in Polen sich vergrößern wollte, sondern je nach Gelegenheit der Umstände in Baiern oder dem Elsaß, und weil es keines dieser Objecte ohne außerordentliche Schwierigkeiten sich verschern zu können hoffen

durfte, zögerte es, so lange wie irgend möglich, den mühe-
 losen Eroberungen seiner Nebenbuhler seine Zustimmung
 zu geben. — Gerade wie Preußen unmittelbar nach dem
 Abschluß des Tractats vom 7. Februar Rußland gegen-
 über, nur um es zum Sprechen zu bringen, die Miene
 annahm, als wolle es sich seinen Absichten widersetzen,
 ebenso beiferte zu dieser Zeit auch das österreichische
 Ministerium sich, die Meinung zu verbreiten, als werde
 es die erbliche Succession der polnischen Krone im Hause
 Sachsen um jeden Preis durchzusetzen suchen; nur schade,
 daß man weder in Dresden noch in Warschau von solchen
 Bemühungen auch nur die geringste Wirkung verspürte.
 Herr von Debohl, der polnische Gesandte in Petersburg,
 theilte Völkersahm mit (30. März), er habe die sichersten
 Anzeichen und Notizen, daß der wiener Hof so gut wie
 der berliner nichts mehr wünsche, als die Vernichtung des
 Constitutionswerkes vom 3. Mai, und daß es ihnen höchst
 willkommen sei, dieses Geschäft Rußland überlassen zu
 können, welches seinerseits fest entschlossen sei, Alles, was
 in den letzten Jahren in Polen geschehen, umzustürzen.
 Und aus Wien wurde nach Dresden berichtet (31. März):
 der Fürst Kaunitz habe zu Jemand im Vertrauen gesagt,
 die Höfe von Wien und Berlin hätten sich in der polnischen
 Sache schon zu sehr comprometirt, als daß es nicht sehr
 schwer hielte, noch einen Ausweg zu finden, wie dieselbe
 auf eine von der russischen Ansicht abweichende Weise
 arrangirt werden könne. — Man hatte fortwährend Ruß-

Land in die Hände gearbeitet und nun befand man sich in der größten Verlegenheit darüber, wie man es anfangen sollte, mit Rußland sich nicht zu überwerfen und doch zugleich, wenn man ihm nachgäbe, zu verhindern, daß es nicht in Polen den überwiegenden Einfluß wiedererlange, welchen die Constitution vom Jahre 1775 ihm verschafft hatte. — Auch nur von dieser Seite aus betrachtet, blieb Oestreich, da es einmal so weit gegangen war, kaum noch etwas Anderes übrig, als entweder mit Rußland und Preußen zusammen auf eine zweite Theilung Polens Bedacht zu nehmen, oder für das, was es diesen Mächten gewährte, sich selbst die Zustimmung für anderweitige Eroberungen zu erkaufen. Und daß das wiener Cabinet in der That den letzteren Weg einschlug, dafür bieten seine weiteren diplomatischen Verhandlungen einen fortlaufenden Beleg.

Auf das noch vom Kaiser Leopold an den russischen Hof gerichtete Ersuchen, hinsichtlich Polens sich zu erklären, ertheilte nach seinem Tode die Kaiserin die sehr bestimmte Antwort, daß sie die neue Constitution und die erbliche Thronfolge im Hause Sachsen nicht anerkennen, sondern kraft ihrer für die Verfassung des Jahres 1775 übernommenen Garantie einschreiten werde. Sie fügte hinzu, daß ihrer Ueberzeugung nach das neue System ebensowenig den Höfen von Wien und Berlin anstehen werde, und daß es daher wohl angemessen sein möchte, wenn die Polen benachbarten Mächte über einen Plan sich einigten, durch

welchen diesem Königreich unter ihrer gemeinschaftlichen Obhut (*sauvegarde*) ein glücklicheres Loos bereitet werden könne. — Hierauf erfolgte von Seiten des Fürsten Kaunitz unterm 12. April die für jeden, der von dem wahren Verhalten des wiener Cabinets zu Kurpfalzen unterrichtet war, höchst naive Rückäußerung: Weiland Se. Majestät der Kaiser habe geglaubt und der König von Ungarn und Böhmen sei noch innigst davon überzeugt, daß das beste Mittel, die Angelegenheiten Polens zum eigenen Wohl der Nation und dem Interesse seiner Nachbarn entsprechend haltbar zu ordnen, in einer solchen Uebereinkunft der drei Mächte mit dem Kurfürsten von Sachsen und der Republik bestehen möchte, durch welche die ersteren die Anerkennung und Garantie der Constitution vom 3. Mai und der erblichen Succession zu übernehmen haben würden, vorbehaltlich derjenigen Modificationen, die nothwendig wären, um einerseits die Herstellung einer starken Armee und ansehnlicher Finanzen zu verhindern und andererseits auf die Dauer das richtige Gleichgewicht zwischen der Gewalt des Königs und des Reichstags so zu befestigen, wie es der Sicherheit und der Präponderanz, welche die drei benachbarten Mächte für sich in Anspruch zu nehmen hätten, entspräche. — Die Erbllichkeit der Krone, auf ein auswärtiges Haus übertragen, welches zur Erhaltung seiner eigenen Staaten für die Aufrechthaltung eines guten Vernehmens mit den Höfen von Petersburg, Berlin und Wien sich interessiren müsse, würde ebenso, wie das Auf-

hören der sonst bei jeder neuen Königswahl sich wiederholenden inneren und äußeren Unruhen dazu beitragen, diesen Zustand der Ruhe, der Neutralität und passiver Existenz zu verewigen, welcher in jeder Beziehung der für die Situation eines Zwischenstaats angemessenste sei. Se. Apost. Majestät habe daher nicht ohne Bedauern Kenntniß genommen von der unerwarteten Opposition des kaiserlich russischen Hofes gegen die demselben von dem wiener Hof vor zehn Monaten eröffneten Absichten, zumal da ersterer diese vielmehr gebilligt als ihnen widersprochen habe und der zweite demzufolge dem Kurfürsten von Sachsen gegenüber bereits so weit vorgegangen sei; ja, diese Differenz sei um so beklagenswerther, da England der Allianz gegen Frankreich wahrscheinlich nicht beitreten werde und daher die drei Mächte um so mehr bestrebt sein müßten, unter sich dasjenige System möglichst zu befestigen, welches ihnen den Grad von Unabhängigkeit und Einfluß zu sichern verspreche, auf den ihre Situation ihnen einen gerechten Anspruch gebe“¹.

Weder der preußische Gesandte noch der russische Vizekanzler täuschten sich über den wahren Zweck „dieser auf so sonderbare Weise zu Gunsten des sächsischen Hauses sich verwendenden Depesche“. Der letztere sagte zu Goltz, er habe ganz Recht, wenn er meine, daß der Fürst Kaunitz es

¹ Von diesem Actenstück behauptet Sybel S. 673 seines akademischen Vortrags ebenso zuversichtlich als irrthümlich, daß es mir nicht zu Gesicht gekommen sei.

nur darauf anlege, gegen Annahme des russischen Princips in Polen eine solche Combination der Angelegenheiten dieses Landes mit den französischen herbeizuführen, daß daraus eine die drei Mächte gleichmäßig befriedigende Einigung hervorginge. Und demgemäß handelte Oestreich denn auch in der That. Während Rußland zu Anfang des Mai-monats eben in Begriff stand, mit seinen Truppen Polen zu besetzen, waren die Verhandlungen des Königs von Ungarn mit Preußen nur darauf gerichtet, der Kaiserin Katharina nicht die unbedingte Macht einzuräumen, die polnischen Angelegenheiten allein zu arrangiren, und um dies zu verhindern, kam er auf das Auskunftsmittel, daß Oestreich und Preußen gemeinschaftlich die Kaiserin auffordern sollten, durch eine besondere Convention gegen sie sich verbindlich zu machen, daß sie in der Folge in Polen nur im Namen der drei Mächte und dem zwischen ihnen herzustellenden einmüthigen Concert gemäß sprechen und handeln wolle. — Dieses Concert wurde durch eine unterm 15. Mai vom Vizekanzler Grafen Ostermann an den russischen Gesandten in Wien, Grafen Rasumowski, gerichtete und abschriftlich auch dem berliner Hof mitgetheilte Depesche wesentlich gefördert. Zunächst erbot sich darin die russische Regierung zur activen Theilnahme an den zwischen den deutschen Mächten verabredeten Unternehmungen gegen Frankreich, wenn gleich sie ihrerseits nur zu einem äußerst geringen Truppencontingent in der Stärke von 12,000 Mann Infanterie und 3000 Mann Cavallerie

sich anheischig machen wollte. — Zweitens aber erklärte sie in Bezug auf den ihr vorgeschlagenen Beitritt zum Tractat vom 7. Februar, daß sie theils wegen der älteren, zwischen ihr und Oestreich noch fortbestehenden Verbindungen, theils wegen des Polen betreffenden Separatartikels gedachten Tractats, welcher mit den Principien und den Interessen der Kaiserin unvereinbar sei, es vorziehen würde, wenn Preußen mit ihr über den Abschluß eines besonderen und directen Tractats in Unterhandlung träte, dessen Basis in Bezug auf Polen ebenfalls die früheren zwischen diesen beiden Mächten bestandenen Tractate bilden sollten und der übrigens (in Bezug auf Frankreich) sich den Principien des berliner Tractats vom 7. Februar würde anzuschließen haben. — Hierauf veranlaßte der König von Ungarn eine gemeinschaftlich mit Preußen an den petersburger Hof zu richtende Declaration, welche die geeignetesten Mittel, alle Interessen auszugleichen, enthalten und namentlich den deutschen Mächten die ihnen zukommende Theilnahme an den Maßregeln sichern sollte, welche schließlich über das Schicksal von Polen entscheiden würden. — Und um die Erreichung dieses Zweckes um so rascher zu fördern, erhielt der österreichische Gesandte in Petersburg, Graf Cobenzl, durch eine Depesche des Fürsten Kaunitz vom 21. Juni die Weisung, er solle dem Vizekanzler die vollkommenste Zustimmung des Königs von Ungarn zu erkennen geben, hinsichtlich des von letzterem in seiner Depesche vom 15. Mai vorgeschlagenen Verfahrens,

zufolge dessen Rußland der neuerlich zwischen Oestreich und Preußen abgeschlossenen Allianz vermittelst eines directen und analogen Defensivallianztractats mit der preußischen Krone beizutreten beabsichtige; er möge dabei ausdrücklich erklären, daß indem ein solches zwischen den drei Höfen in Bezug auf die polnischen Angelegenheiten herzustellendes Concert in jeder Hinsicht den hierauf bezüglichen Separatartikel des Tractats vom 7. Februar ersetze, Oestreich auch in diesem Punct der Intention des petersburger Hofes sich durchaus anschließe.

Hiermit war denn der Weg gebahnt, unverweilt die Pläne in Angriff zu nehmen, durch welche die drei Mächte für ihre reactionairen Thaten in Frankreich sowohl, wie in Polen sich zu entschädigen suchten. Die formellen Grundlagen hiezu wurden einerseits durch den Tractat Rußlands mit Oestreich vom 3./14. Juli 1792, andererseits durch den Tractat Rußlands mit Preußen vom 27. Juli/7. August 1792 gelegt. Durch den einen, wie durch den anderen dieser fast gleichlautenden Tractate stellten Oestreich und Preußen in Bezug auf Polen ausdrücklich sich wieder auf den Standpunct der Verfassungszustände von 1773 zurück. Der zweite Separatartikel des neuen russisch-preußischen Tractats lautete wörtlich: *la Russie et la Prusse „s'engagent réciproquement à poursuivre entre Elles et conjointement avec Sa Majesté le Roi d'Hongrie et de Bohême un concert intime, tendant à effectuer le redressement des*

sich anheischig machen wollte. — Zweitens aber erklärte sie in Bezug auf den ihr vorgeschlagenen Beitritt zum Tractat vom 7. Februar, daß sie theils wegen der älteren, zwischen ihr und Oestreich noch fortbestehenden Verbindungen, theils wegen des Polen betreffenden Separatartikels gedachten Tractats, welcher mit den Principien und den Interessen der Kaiserin unvereinbar sei, es vorziehen würde, wenn Preußen mit ihr über den Abschluß eines besonderen und directen Tractats in Unterhandlung träte, dessen Basis in Bezug auf Polen ebenfalls die früheren zwischen diesen beiden Mächten bestandenen Tractate bilden sollten und der übrigens (in Bezug auf Frankreich) sich den Principien des berliner Tractats vom 7. Februar würde anzuschließen haben. — Hierauf veranlaßte der König von Ungarn eine gemeinschaftlich mit Preußen an den petersburger Hof zu richtende Declaration, welche die geeignetesten Mittel, alle Interessen auszugleichen, enthalten und namentlich den deutschen Mächten die ihnen zukommende Theilnahme an den Maßregeln sichern sollte, welche schließlich über das Schicksal von Polen entscheiden würden. — Und um die Erreichung dieses Zweckes um so rascher zu fördern, erhielt der österreichische Gesandte in Petersburg, Graf Cobenzl, durch eine Depesche des Fürsten Raminig vom 21. Juni die Weisung, er solle dem Vizekanzler die vollkommenste Zustimmung des Königs von Ungarn zu erkennen geben, hinsichtlich des von letzterem in seiner Depesche vom 15. Mai vorgeschlagenen Verfahrens,

zufolge dessen Rußland der neuerlich zwischen Oestreich und Preußen abgeschlossenen Allianz vermittelt eines directen und analogen Defensivallianztractats mit der preußischen Krone beizutreten beabsichtige; er möge dabei ausdrücklich erklären, daß indem ein solches zwischen den drei Höfen in Bezug auf die polnischen Angelegenheiten herzustellendes Concert in jeder Hinsicht den hierauf bezüglichen Separatartikel des Tractats vom 7. Februar ersetze, Oestreich auch in diesem Punct der Intention des petersburger Hofs sich durchaus anschließe.

Hiermit war denn der Weg gebahnt, unverweilt die Pläne in Angriff zu nehmen, durch welche die drei Mächte für ihre reactionairen Thaten in Frankreich sowohl, wie in Polen sich zu entschädigen suchten. Die formellen Grundlagen hiezu wurden einerseits durch den Tractat Rußlands mit Oestreich vom 3./14. Juli 1792, andererseits durch den Tractat Rußlands mit Preußen vom 27. Juli/7. August 1792 gelegt. Durch den einen, wie durch den anderen dieser fast gleichlautenden Tractate stellten Oestreich und Preußen in Bezug auf Polen ausdrücklich sich wieder auf den Standpunct der Verfassungszustände von 1773 zurück. Der zweite Separatartikel des neuen russisch-preußischen Tractats lautete wörtlich: *la Russie et la Prusse „s'engagent réciproquement à poursuivre entre Elles et conjointement avec Sa Majesté le Roi d'Hongrie et de Bohême un concert intime, tendant à effectuer le redressement des*

innovations, que la Constitution du 3. Mai 1791, établie moitié par force, moitié par surprise a introduites illégalement dans l'ancienne Constitution de la Pologne; sie werden sich gegenseitig wirksam unterstützen, um in Polen die Regierungsform aufrecht zu halten, welche ihm durch die Reichstage von 1768, 1773 und 1775 gegeben worden; sie kommen namentlich überein, nie zu erlauben, daß ein Anderer als ein Pfaß den polnischen Thron besteige, noch daß es irgend Jemand freistehe und erlaubt sei, das genannte Königreich zu einem erblichen zu machen oder daselbst eine absolute Gewalt zu erlangen.“

Um eben diese Zeit begannen denn auch schon die Verhandlungen über die Entschädigungsobjecte, mit welchen jede der drei Mächte sich zu bedenken wünschte, eine concretere Gestalt anzunehmen. Rußland, welchem Alles daran lag, seinen neuen Raub in Polen außer mit Preußen nicht auch noch mit Oestreich theilen zu müssen, war zuerst damit bei der Hand, letzterem die viel lothenderen, früher durch den teschener Frieden und dann durch den deutschen Fürstenbund vereitelten Aussichten als ein jetzt wohl erreichbares Ziel wieder vorzuhalten. — In einer Unterredung mit dem östreichischen Staatssecretaire Baron Spielmann (Juli 1792) warf der russische Gesandte, Graf Rasumowski, wie zufällig, die Frage auf, ob der wiener Hof unter den gegenwärtigen Umständen und bei seinem zur Zeit guten Einvernehmen mit Preußen nicht

daran dachte, seinen alten bairischen Tauschplan wieder aufzunehmen? Als Spielmann, diesen Wink nicht unbeachtet lassend, hierauf bemerkte, daß dann auch Preußen ein Aequivalent zukommen würde, fand Rasumowski das ganz in der Ordnung, und dieser vorläufigen Verständigung gemäß ließ sofort das wiener Ministerium es sich angelegen sein, durch den Grafen Cobenzl in Petersburg hierüber eine positivere Erläuterung zu veranlassen und den Plan aufs Tapet zu bringen, dem König von Preußen für die Kosten des französischen Königs die Entschädigung in Polen zuzusichern. — Friedrich Wilhelm hatte jetzt seinerseits gegen die Oestreich in Bayern zugebachte Entschädigung, so sehr sie auch dem System Friedrichs des Großen ins Gesicht schlug, nichts Erhebliches einzuwenden, und so waren denn in eben dem Moment, wo die Armeen Oestreichs und Preußens den französischen Boden betraten, die drei östlichen Großmächte auf dem besten Wege, vermittelst des vom Kaiser Leopold durch die Convention vom 25. Juli angebahnten Reactionsystems auf die sie befriedigendste Weise sich zu consolidiren. Nur schade, daß diese eigen-
 thümliche Methode, für das conservative Interesse sich zu bethätigen, sich doch nicht so recht probekaltig zeigen wollte. Weil dieses System ein Mißgriff war, weil die edelen Motive der Uneigennützigkeit, mit denen es sich brüstete, in Wahrheit nicht existirten, konnte es auch unmöglich den Urhebern desselben gute Früchte tragen. Es ist hier nicht der Ort, näher darauf einzugehen, welche

Folgen für Oestreich und Preußen im Kampf gegen die Revolution ihre auf dem Boden gegenseitiger Eifersucht fortwuchernden Zerrwürfnisse hatten. Nur einige Andeutungen darüber, wie von Rußland diese conservative Allianz von vorn herein nach allen Beziehungen hin nur dazu ausgebeutet wurde, die beiden deutschen Bundesgenossen möglichst zu schwächen und zu übervorthellen, mag der Leser, als lehrreiche Warnung für die Zukunft an dieser Stelle einzuschalten, uns noch gestatten.

Bereits seit der pilsniger Zusammenkunft hatten, wie wir sahen, sowohl Preußen, wie Oestreich vielfach Veranlassung gehabt, sich davon zu überzeugen, daß die Kaiserin von Rußland durch die Combination der französischen Angelegenheiten mit den polnischen nur in ihrem Interesse in Polen sich freie Hand zu machen suche. Dennoch ließen die deutschen Mächte von der russischen Allianz sich nicht zurückscheuchen; sie suchten vielmehr nur im gleichen Princip auch ihre Befriedigung, die sie denn freilich mit den Nackenschlägen der russischen Freundschaft theuer genug erkaufen mußten. — Da der numerisch kaum nennenswerthe Betrag an Truppen, mit welchem die Kaiserin ihre active Theilnahme an dem ersten französischen Feldzug bethätigen zu wollen versprochen hatte, voraussichtlich kaum noch zu rechtzeitiger Verwendung hätte kommen können, mußten die deutschen Mächte statt dieser Bundeshilfe ein Geldäquivalent von nur 400,000 Rubeln gar noch als einen wünschenswerthen Ersatz sich gefallen lassen.

Nichts weniger als karg freilich zeigte Katharina sich mit Subventionen zu Gunsten der königlichen Prinzen und der emigrierten Aristokratie Frankreichs, aber auch nur, um das unter ihrer Protection herzustellende alte Frankreich durch die Bande persönlicher Dankbarkeit an ihre Politik zu fesseln, und wenn sie den übrigen Mächten unaufhörlich vorpredigte, der Krieg gegen die französische Revolution dürfe lediglich nur zu Gunsten der Legitimität unternommen werden, so war das Hauptziel, welches ihre wohlfeile Großmuth hierbei im Auge behielt, auch wieder kein anderes, als das zu verhindern, daß nur ja die deutschen Mächte es nicht sich sollten einfallen lassen, durch Eroberungen in Frankreich mit dem Uebergewicht, welches sie in Polen anstrebte, gleichen Schritt halten zu wollen. In diesem Sinn stellte der Vizekanzler, Graf Ostermann, bereits in jener Note vom 15. Mai 1792 die beiden Forderungen auf: 1) daß man auf keinen Fall in Unterhandlungen mit der revolutionären französischen Regierung sich einlassen, und 2) daß man nur im Namen der französischen Prinzen und ihres Anhangs handeln solle. — Letzteres wurde mit folgenden Worten motivirt: »il est naturel, que les François bien pensants ou même indécis viennent se ranger avec plus de confiance sous les drapeaux de leurs Princes, que sous ceux des étrangers. Les soupçons, qu'on chercherait à inspirer sur les vues de conquêtes ou de démembrements, qu' on ne manquera pas d' attribuer au

moins à quelques unes des Puissances coopératives, ne feront aucun effet sur eux, dès qu' ils verront ces Princes agir dans un concert intime et inséparable avec ces Puissances. En général, tout ce qui peut le mieux imprimer à l'entreprise de ces dernières *le caractère d'une subvention généreuse et désintéressée en faveur de la cause du Roi et de la Monarchie, ne saura que contribuer au succès et à la promptitude de l'issue de cette entreprise.*»

Hierauf erwiederte der Fürst Kaunitz in der gleichfalls schon angeführten Depesche vom 21. Juni: so sehr Oestreich und Preußen auch in dem Grundsatz mit der Kaiserin übereinstimmten, daß man nur mit den unter dem Vorstiz ihres seiner vollen Freiheit wieder genießenden Königs von der französischen Nation gesetzlich autorisirten Repräsentanten unterhandeln dürfe, und so wenig sie auch beabsichtigten, die französischen Prinzen und die Emigranten bei der künftigen Pacification außer Acht zu lassen, oder bei den combinirten Kriegsoperationen ihnen eine dem allgemeinen Zweck, den man im Auge habe, entsprechende Betheiligung zu versagen, so mache doch die noch fortbauernde Inactivität der übrigen Höfe, verbunden mit der Nothwendigkeit, den Ausgang (issue) zu beschleunigen, das Voranstellen des Namens und der Sache der Prinzen und der Emigranten in der von Rußland gewünschten Weise, zur absoluten Unmöglichkeit. Vielmehr müßten die Verbündeten darauf bedacht sein, in Bezug auf die

innere Lage Frankreichs die Zurückhaltung zu beobachten, welche am geeignetsten sei, die gemäßigte Partei der Nation zu schonen, und ihre Coalition mit der demokratischen zu verhindern, die unfehlbar erfolgen würde, wenn man die Principien der französischen Prinzen und der Emigranten adoptire. Uebrigens mache der gegenwärtige Zustand eines directen Krieges mit Frankreich es in jeder Beziehung überflüssig, auf diese Streitfrage zurückzukommen (*l'état de guerre directe avec la France dispense à tous regards de la nécessité d'y revenir*).

Und noch viel deutlicher sprach sich mündlich das preussische Ministerium gegen Mopäns aus (26. Mai): auch ihm wurde bemerkt, das französische Volk, die Nation in ihrer Gesamtheit, fürchte vielmehr die Unternehmungen der Emigranten als die der fremden Truppen, und schon dies würde vielleicht genügen, die verschiedenen Parteien im Innern zu vereinigen, und eine um so stärkere Widerstandskraft hervorzurufen. Wenn es aber ferner der Kaiserin gefalle, den Erfolg einer Intervention der ausländischen Mächte von einer großmüthigen und uninteressirten Unterstützung zu Gunsten des allerchristlichsten Königs und der französischen Monarchie abhängig zu machen, so habe der König schon früher der Kaiserin zu verstehen gegeben, daß er die Ausführung des in Rede stehenden Plans nicht auf Kosten seines Volkes würde auf sich nehmen können, und auch jetzt beharre derselbe hierbei: „ohne Eroberungen im Auge zu haben, würde er doch nicht umhin können,

auf Entschädigungen für die bedeutenden, durch seine Coöperation bedingten Ausgaben bedacht zu nehmen.“

Wir sehen also, Friedrich Wilhelm II. war seit seinem holländischen Feldzug von dem Princip einer mit leerem Ruhm sich begnügenden „Großmuth“ doch ziemlich gründlich geheilt, und die kluge Kaiserin bemüht sich vergeblich, es ihm wieder aufzureden. Auch gingen jetzt Oestreich und Preußen dem Princip der Legitimität zu Liebe keineswegs so weit, daß sie eine unbedingte Herstellung der alten Zustände in Frankreich für nothwendig erachtet hätten; sie waren offenbar der Einführung einer constitutionellen Regierungsform daselbst nicht abgeneigt, wenngleich vielleicht aus keinem andern Grunde, als aus dem, welcher Katharina II. angetrieben hatte, in Polen für die Erhaltung des liberum veto und in Schweden gegen die monarchische Consolidation Gustavs III. zu arbeiten. Dagegen beliebte es der letzteren, den deutschen Mächten zum Troß, zu Gunsten Frankreichs von vorn herein nur dafür Sorge zu tragen, daß diese Macht nur ja nicht zu sehr entkräftet werden möchte. So äußerte der Vicekanzler, Graf Ostermann, in einer unterm 21. Juni 1792 an Alopius gerichteten Depesche: „die Kaiserin habe nichts gegen eine Indemnisation, welche der König von Preußen und andere Mächte von Frankreich in Anspruch nehmen möchten. Doch glaube sie der Vermittlung und Erwägung desselben anheim stellen zu müssen, daß wenn dieses schon seit vielen Jahren durch totale Desorganisation und Anarchie erschöpft und

zu Grunde gerichtete Königreich, durch die Last der ihm bevorstehenden Anstrengungen und Ausgaben noch mehr niedergedrückt, überdies auch noch durch eine Regierungsform sich gefesselt sähe, welche die ihm bleibenden Hülfquellen nicht mit der Energie und Schwingkraft zur Entwicklung kommen ließe, wie es nach so gewaltsamen und destructiven Erschütterungen durchaus nothwendig sei, — daß dann diese Macht in dem allgemeinen Gleichgewicht schlechterdings gar nicht mehr würde mitzählen können. Darum scheine es unerläßlich, schon jetzt in Ueberlegung zu ziehen, bis auf welchen Grad durch die völlige Vernichtung eines so ansehnlichen Staats wie Frankreich das allgemeine Wohl und die Ruhe Europas beeinträchtigt werden könne. Lediglich die Lösung dieser Frage müßte maßgebend sein in Bezug auf die Art und Weise, wie man bei der entscheidenden Krisis, in welcher gegenwärtig diese Macht sich befinde, ihr Schicksal und ihren künftigen Bestand zu fixiren haben möchte.“¹ — Dennoch war die Zärtlichkeit der Kaiserin von Rußland für das zu restaurirende Frankreich keine so unbedingte, daß sie nicht auch ihm, so gut wie dem deutschen Reich, gewisse Opfer zuzumuthen bereit gewesen wäre, vorausgesetzt, daß dieselben mittelbar doch vornehmlich ihr selbst zu Gute kämen. So berichtet Goltz aus Petersburg (25. September): er sei gewiß, daß dieser Hof aufs lebhafteste den Plan einer

¹ Siehe Beilage VI.

neuen Theilung Polens zu realisiren wünschte, ja er sei überzeugt, daß derselbe, um diesen Zweck zu erreichen, sogar jede Compensation für Oesterreich, sei es auf französischem Gebiet, sei es durch irgend eine Säcularisation in Deutschland, gut heißen werde, wenn nur dafür Oesterreich in Polen die Dinge gehen ließe, ohne an einer dortigen Entschädigung, die ihm ohnehin nicht anstehen würde, sich betheiligen zu wollen. Und unterm 26. October äußert derselbe Berichterstatter auf eben diesen Gegenstand zurückkommend, der petrusburger Hof fürchte nichts mehr, als daß Oesterreichs bisherige Acquisitionspläne schließlich scheitern möchten, und daß es deshalb daran denken könnte, gleichfalls in Polen sich zu entschädigen.

Au eben dieser Zeit fanden in Luxemburg zwischen Preußen und Oesterreich die entscheidenden Verhandlungen über die aus Merl datirte Note vom 25. October statt, auf Grund welcher Friedrich Wilhelm die Zustimmung zu dem sowohl für die Kosten seines ersten, wie des nachfolgenden französischen Feldzugs von ihm in Polen in Anspruch genommenen Aequivalent verlangte. Der wiener Hof gab seine Einwilligung hiezu am 10. December 1792. Dem petrusburger Hof kamen freilich die als Preis für die fortgesetzte Betheiligung am Kriege gegen Frankreich erhöhten Ansprüche Preußens höchst unbequem, und er äßorte daher auch seinerseits, so lange wie irgend möglich, auf die ihm bereits im November mitgetheilte merler Note eine zustimmende Antwort zu ertheilen, auf Preußens

wie an Oestreich, so auch an Rußland gerichtete kathegorische Erklärung aber, daß seine Entschädigungsansprüche in Polen die *conditio sine qua non* seiner künftigen Theilnahme an den französischen Angelegenheiten bleiben würden, und daß, wenn Rußland noch länger dem Einmarsch der preussischen Truppen in Polen seine Zustimmung versagen sollte, der König weder an die Vorbereitungen, noch an den Operationsplan einer zweiten Campagne gegen Frankreich denken würde, entschloß sich nun auch Katharina II. (11. December), zu einer zweiten Theilung Polens, die durch den Tractat vom 23. Januar 1793 formell festgesetzt wurde, ihre Einwilligung zu geben; durfte sie doch hoffen, durch eine schnelle Einigung mit Preußen der Nothwendigkeit zu entgehen, auch Oestreich, welches damals noch an der Möglichkeit der Besitzergreifung Baierns festhielt, eine angemessene Befriedigung seiner Präensionen in Polen gewähren zu müssen.

Aus solchen Principien des willkürlichen Beliebens und materieller Gewaltherrschaft heraus erhob das absolutistische System den Anspruch, sich zum Ordner der europäischen Civilisation aufzuwerfen. Seine Hohlheit gab der französischen Revolution, weit über ihre nationale Begrenzung hinaus, im Conflict mit den absterbenden Elementen der Feudalstaaten eine siegreich vernichtende Kraft, so weit und so lange es galt, den alten Schutt aufzuräumen, um den neuen Lebenskeimen Luft und Licht zu schaffen. — Nur Polen war unrettbar verloren. Es unterlag der brutalen

neuen Theilung Polens zu realisiren wünsche, ja er sei überzeugt, daß derselbe, um diesen Zweck zu erreichen, sogar jede Compensation für Oesterreich, sei es auf französischen Gebiet, sei es durch irgend eine Säkularisation in Deutschland, gut heißen werde, wenn nur dafür Oestreich in Polen die Dinge gehen ließe, ohne an einer dortigen Entschädigung, die ihm ohnehin nicht anstehen würde, sich betheiligen zu wollen. Und unterm 26. October äußert derselbe Berichterstatter auf eben diesen Gegenstand zurückkommend, der petersburger Hof fürchte nichts mehr, als daß Oestreichs bisherige Acquisitionspläne fehlschlagen möchten, und daß es deshalb daran denken könnte, gleichfalls in Polen sich zu entschädigen.

Zu eben dieser Zeit fanden in Luxemburg zwischen Preußen und Oestreich die entscheidenden Verhandlungen über die aus Merl datirte Note vom 25. October statt, auf Grund welcher Friedrich Wilhelm die Zustimmung zu dem sowohl für die Kosten seines ersten, wie des nachfolgenden französischen Feldzugs von ihm in Polen in Anspruch genommenen Aequivalent verlangte. Der wiener Hof gab seine Einwilligung hiezu am 10. Dezember 1792. Dem petersburger Hof kamen freilich die als Preis für die fortgesetzte Betheiligung am Kriege gegen Frankreich erhöhten Ansprüche Preußens höchst unbequem, und er zögerte daher auch seinerseits, so lange wie irgend möglich, auf die ihm bereits im November mitgetheilte merler Note eine zustimmende Antwort zu ertheilen, auf Preußens

wie an Oestreich, so auch an Rußland gerichtete kategorische Erklärung aber, daß seine Entschädigungsansprüche in Polen die *conditio sine qua non* seiner künftigen Theilnahme an den französischen Angelegenheiten bleiben würden, und daß, wenn Rußland noch länger dem Einmarsch der preussischen Truppen in Polen seine Zustimmung versagen sollte, der König weder an die Vorbereitungen, noch an den Operationsplan einer zweiten Campagne gegen Frankreich denken würde, entschloß sich nun auch Katharina II. (11. December), zu einer zweiten Theilung Polens, die durch den Tractat vom 23. Januar 1793 formell festgesetzt wurde, ihre Einwilligung zu geben; durfte sie doch hoffen, durch eine schnelle Einigung mit Preußen der Nothwendigkeit zu entgehen, auch Oestreich, welches damals noch an der Möglichkeit der Besitzergreifung Baierns festhielt, eine angemessene Befriedigung seiner Präensionen in Polen gewähren zu müssen.

Aus solchen Principien des willkürlichen Beliebens und materieller Gewaltherrschaft heraus erhob das absolutistische System den Anspruch, sich zum Ordner der europäischen Civilisation aufzuwerfen. Seine Hohlheit gab der französischen Revolution, weit über ihre nationale Begrenzung hinaus, im Conflict mit den absterbenden Elementen der Feudalstaaten eine siegreich vernichtende Kraft, so weit und so lange es galt, den alten Schutt aufzuräumen, um den neuen Lebenskeimen Luft und Licht zu schaffen. — Nur Polen war unrettbar verloren. Es unterlag der brutalen

Gewalt und heimtückischen Politik der drei absoluten Mächte, ohne wie diese nach den Drangsalen der Revolutionsstürme sich wieder erheben zu können, theils weil es, seit Jahrhunderten einem gesunden Wachsthum abgestorben, von allen Feudalstaaten der innerlich am tiefsten zerrüttete war, theils, weil auch unter dem Joch der Fremdherrschaft im Großen und Ganzen kein sich souverain dünkender Adel für die politische Bildung, welche Gesetz und Freiheit mit einander in Einklang zu setzen weiß, noch kein werththätiges Verständniß gewonnen hatte.

Leider war auch während der ganzen Zeit, in welcher der neue Vernichtungsact gegen die Republik sich vorbereitete, das Verhalten der herrschenden Partei, deren Führer die Regeneration angestrebten, nicht so beschaffen, daß sie wenigstens in der Achtung der Welt und der öffentlichen Meinung sich zu behaupten vermocht hätte. Diese Partei spielte, nur um sich so lange wie möglich in der Macht zu erhalten, ein unwürdiges und falsches Spiel, auch dann noch, als sie längst davon überzeugt und unterrichtet war, daß die von ihr der großen Mehrheit der Nation octroyirte Verfassung schlechterdings von keiner der drei Mächte würde anerkannt werden. Diejenigen, welche das Ruder führten, verhehlten ihren eigenen Parteigenossen die wahre Lage der Dinge, um mit desto glücklicherem Erfolge die ganze Nation täuschen und mit leeren Hoffnungen an sich ziehen zu können. So richtete der Fürst Czartoryski (December 1791) aus Dresden, wo er den Kurfürsten von Sachsen zur

Annahme der Krone bewegen sollte, die bitterste Beschwerde an den Vicelanzler der Krone, daß man ihn und seine amtliche Stellung arg bloß gestellt habe, indem man ihn glauben lassen, Preußen und Oestreich würden allenfalls mit Gewalt Rußlands Widerspruch beseitigen, während man doch bereits in Warschau nicht im geringsten mehr darüber in Zweifel gewesen sei, daß kein großer Hof vom erblichen Thron etwas wissen wolle. Dennoch setzte man diese diplomatischen Kunststücke fast bis zu dem Augenblick fort, wo die russischen Truppen vor den Thoren von Warschau standen. Namentlich ließ der stets charakterlose, jetzt schon fast schwachstimmig zu nennende und leicht einzuschüchternde König sich zum Werkzeug solcher Machinationen eines unredlichen und doch nur großsprecherischen Patriotismus machen. Eine neue ihm vom Marquis Lucchesini am 28. Januar 1792 übergebene Declaration, worin Friedrich Wilhelm ein für alle Mal erklärte, daß er sich einfach nur an seinen am 29. März 1790 mit der Republik abgeschlossenen Tractat halten werde, und daß er mit der Constitution vom 3. Mai, welche die Republik als ihr Werk auch für sich allein vertheidigen möge, nichts zu thun habe, wurde von ihm förmlich unterschlagen, so daß Lucchesini im folgenden Monat sich genöthigt sah, dieselbe Erklärung dem Großgeneral Brannicki, den sämmtlichen Mitgliedern des Straz und mehreren Senatoren und Landboten nochmals zu wiederholen. Inzwischen erreichten denn freilich die Machthaber ihren Zweck, daß die Landtage,

bethört durch den Glauben, der Kurfürst habe die Annahme der Krone zugesagt, getäuscht durch das absichtlich passive Verhalten Rußlands, von polnischen Truppen bedroht, und in Furcht gesetzt durch das jeden Protest unter den härtesten Strafen verbietende Reichstagsgesetz, jetzt endlich sich für die Annahme der Constitution vom 3. Mai erklärten, wenngleich nur, um von ihren leichtfertig geleisteten Eiden in kürzester Frist eben so leichtfertig und unbedenklich sich wieder loszusagen.

Und als nun die ernste Stunde der Gefahr herannahete, behielten nicht einmal Diejenigen den Kopf oben, die sich selbst in den letzten Jahren mit so fester Zuversicht der Nation als die Säulen des Vaterlands dargestellt hatten. Schon zu Anfang des Aprilmonats (1792) war man in Warschau sehr wohl von den feindseligen Plänen unterrichtet, welche am petersburger Hof die Grafen Braniccki, Felix Potocki und Severin Rzewuski nebst Genossen gegen das Constitutionswerk vom 3. Mai schmiedeten. Man wußte, daß sie mit dem General Subow, dem Günstling der Kaiserin und mit dieser selbst sich in persönliche Beziehungen gesetzt hatten, um mit russischem Beistand der von ihnen zu bildenden Gegenconföderation über die zur Zeit noch in ihrem Vaterland herrschende Partei den Sieg zu verschaffen. Wie aber suchten sich nun die warschauer Patrioten gegen diese Gefahr zu schützen? Wie immer, auch jetzt wieder nur durch geräuschvolle Beschlüsse, denen es zu ihrer Vollziehung an jeder nachhaltigen Kraft fehlte.

Sie legten in der Reichstagsſitzung vom 16. April 1792 dem König eine faſt unumſchränkte, dictatoriſche Gewalt bei, ein Beſchluß, der in Betracht der unſelbſtändigen Perſönlichkeit Stanislaus Auguſts von Seiten der eigentlichen Machthaber und Führer aus keiner anderen Abſicht hervorgegangen zu ſein ſchien, als aus der, die Schuld von dem, was ſie ſelbſt zur rechten Zeit zu thun unterlaſſen hatten, und was jetzt zu thun zu ſpät war, auf die bequemſte Weiſe von ſich abzumwälzen, und allein dem ohnmächtigen Haupt der zerrütteten Republik aufzubürden. Nicht minder trügeriſch und erfolglos war ein zweiter am 21. April vom Reichstag gefaßter Beſchluß: nun endlich die ſchon ſo oft decretirte Vermehrung der Armee bis auf 100,000 Mann wirklich in Ausführung zu bringen. — Dieſe verzweifelten Maßregeln wurden von allen fremden Geſandten als der Anfang des Untergangs der polniſchen Republik angeſehen; der preußiſche überreichte am 4. Mai eine Note, durch welche Friedrich Wilhelm ſich von jeder Verbindlichkeit losſagte, die Republik zu unterſtützen, falls dieſelbe es unternehmen wolle, die neue Regierungsform und die erbliche Succeſſion mit den Waffen zu vertheidigen; der engliſche, Hailes, gab wiederholt in den an ſein Miniſterium gerichteten Depeſchen dem Bedauern Ausdruck, daß Polen den einzigen Weg, auf dem es aus ſeinen Calamitäten ſich hätte herausreißen können, nämlich den, eine auf Handelsfreiheit ſich gründende commercielle Verbindung mit England und

Preußen einzugehen, nicht habe einschlagen wollen; dabei aber vermochte freilich auch er seinen Unmuth, seinen Ekel und Abscheu vor dem unwürdigen Benehmen, mit welchem die ganze Nation vom Höchsten bis zum Niedrigsten zunächst der russischen Gewaltherrschaft sich fügte und preisgab, nicht zu unterdrücken.

Der Erlaß jener berüchtigten Declaration der russischen Kaiserin vom 18. Mai, durch welche Katharina im Namen und unter dem Deckmantel der verrätherischen Conföderation von Tangowice der Republik den Krieg erklärte, brachte in Warschau sofort einen erschütternden Eindruck hervor. — Wir werden den Vertreter Englands unter allen andern Gesandten wohl mit Fug und Recht für den zugleich unbefangenen und unparteiischsten Berichterstatter über die für die Existenz Polens verhängnißvollen Ereignisse ansehen dürfen, die jetzt vor seinen Augen sich vollziehen sollten. Dennoch weiß auch, er, wie gesagt, über das Unglaubliche, was er sah, sich kaum zu fassen. So heißt es in einem Bericht desselben an den Lord Grenville vom 6. Juni: „Alle diejenigen, welche hauptsächlich an der letzten Revolution gearbeitet hatten, haben unter verschiedenen Vorwänden entweder bereits das Land verlassen, oder sie bereiten sich dazu vor, so daß der König von Polen, theils auf seinen eigenen Wunsch, theils in Folge des panischen Schreckens, welches seine Freunde über die Annäherung der russischen Armee ergriffen hat, jetzt schon fast ohne Conseil ist.“ — „Das Ende dieser Intrigue

(der Revolution vom 3. Mai) ist der Art und Weise würdig, mit welcher sie begonnen und weiter geführt wurde.“ „Ich unterlasse es, die Beispiele von Betrug, Falschheit und Hinterlist, die einem täglich von den Hauptpersonen auf dieser Schaubühne geboten werden, ausführlicher mitzutheilen, aus Furcht des decorum, welches ich der Correspondenz mit Ew. Vordschafft schuldig bin, zu verletzen.“ Und vier Tage nach dem schmählichen Uebertritt des Königs zur Tangowicer Conföderation läßt Hailes weiter sich folgendermaßen aus (25. Juli): „So, mein Lord, hat die gefeierte Constitution vom 3. Mai geendet, in Bezug auf welche meine Wahrheitsliebe mich zu sagen zwingt, daß wenn wir des Leichtsinns und des Mangels an Vorsicht eingedenk sind, womit sie gemacht wurde, der Falschheit und der kindischen Mittel, womit man sie unterstützte, des schwächlichen und geistlosen Verfahrens, wie man sie vertheidigte und der übertriebenen Lobpreisungen, die ihr in den meisten Ländern Europas gesendet wurden, daß, sage ich, alles dieß zusammengenommen, viel dazu beitragen wird, die polnische Nation oder wenigstens die Urheber dieser Revolution in Mißachtung zu setzen.“

Auch der Heldenmuth und wahre Patriotismus eines Cosciuszko vermochte weder die unvermeidlichen Niederlagen der undisciplinirten polnischen Truppen zu verhindern, noch den Makel des Kleinmuths und eines niedrigen Egoismus zu übertünchen, von dem eine große Zahl der

Offiziere sich nicht reinigen konnte. Nach dem unglücklichen Gefecht von Dubinka (18. Juli) vernahm man in Warschau täglich von neuen Beispielen der schlechten Ausführung vieler Individuen während dieses letzten kurzen Kampfes mit der russischen Uebermacht. Nicht weniger als drei Generale unterlagen der schweren aber nur zu begründeten Anklage der Feigheit und einer der des Verraths. Sicher, ruft Hailes aus, hätte Rußland nicht einer so großen Macht bedurft, um eine von solchen Männern vertheidigte Constitution über den Haufen zu werfen! Aber die kaum unterdrückte Verachtung erstickt in ihm doch nicht das Mitleid; vielmehr wird dieses durch das Gefühl der Entrüstung über die barbarische Rohheit des Russen nur um so stärker wieder angefaßt, und so gelangt er zu dem beherzigenswerthen Ausspruch: „am niederschlagendsten ist bei all' diesen Ereignissen die Betrachtung, der man sich nicht erwehren kann, daß ein so großer Theil von Europa, dessen Einwohnern keine anderen Fehler Schuld zu geben sind, als solche, welche die Folge einer schlechten Regierung sind, nun unwiderruflich in Barbarei und Verachtung zurückgeworfen sein soll, denn man darf wohl sagen, daß die Polen nicht unterdrückt worden sind, weil sie schlecht sind, sondern daß sie schlecht sind, weil man sie unterdrückt hat.“

Diesen Ausspruch werden wir freilich nicht zu Gunsten der Polen in seinem vollen Umfang als wahr und richtig

anerkennen dürfen. Denn die Erbübels des polnischen Staatswesens hatten unstreitig durch die eigene Schuld der Nation, durch die Käuflichkeit des niederen Adels, durch den souverainen Hochmuth der Magnaten und durch die äußerst mangelhafte politische Bildung des einen wie der anderen bereits einen solchen Höhegrad erreicht, daß die selbständige Fortdauer dieser Republik kaum noch als möglich erschien, weil nach weltgeschichtlichem Gesetz nur dem geholfen wird, der mit heiligem Ernst selbst sich zu helfen bestrebt ist, während umgekehrt die Polen durch ihren Leichtsinn und durch ihre Zwietracht die sie vernichtende Eroberungssucht der fremden Mächte muthwillig herausforderten, und das zu einer Zeit, wo das System der Reaction so wenig wie das der Revolution einer normalen Entwicklung der nationalen Selbstbestimmung irgendwie die gebührende Rücksicht und Anerkennung zu Theil werden zu lassen geneigt war. Diese Systeme haben in dem Zeitraum von nunmehr siebenzig Jahren seit der Convention vom 25. Juli 1791 beide, je einseitiger und schroffer sie in Anwendung gebracht wurden, um so furchtbarer sich gerächt. Als Frucht der bitteren hüben und drüben gemachten Erfahrungen scheint in unseren Tagen eine erleuchtete Politik im europäischen Staatensysteme sich Bahn brechen und befestigen zu sollen. Und so dürfen wir denn wohl getrost der zuversichtlichen Hoffnung uns hingeben, daß vor allen auch unser deutsches

Vaterland, eingedenk dessen, was es seit den Revolutionskämpfen gefehlt und gebüßt hat, fort und fort der großen, zumal in kritischen Momenten der europäischen Politik um so dringlicheren Aufgabe, mannhaft nachkommen wird: nach innen, wie nach außen in die Verfassung sich zu setzen, welche die Bedingungen der freien Entfaltung seiner nationalen Kräfte und der ihm gebührenden Machtstellung auf die dem unabwieslichen Bedürfniß der Gegenwart entsprechendste Weise zu erfüllen geeignet ist.

Beilagen.

I.

Ewart fügt seinem Bericht vom 31. Mai 1791, welcher die dem Obersten Bischoffswerder nach Mailand mitgegebenen Instructionen enthält (s. meine Geschichte Rußlands VI, 425—428) schließlich folgende Bemerkung hinzu: His Prussian Majesty — directs Colonel Bischoffswerder cautiously to avoid entering into a discussion of the above mentioned articles and to adapt his explanations to those of the Alliance (mit England und Holland), until the interview (zu Pilsnitz) takes place, and for the same reason he is to give nothing in writing, unless there be a perfect reciprocity on the part of His Imperial Majesty. — Such beeing the nature of Col. Bischoffswerder's instructions and the last mentioned article having been re-inforced by His Prussian Maj., it appears most probably that nothing will be concluded before the interview, and that at all events will take place

very soon. The King of Prussia relies much on the effects of it, but should he be disappointed, he conceives the Emperor's dignity will be more committed than his, and that he will always gain a great deal by bringing things to a positive decision, which I have every reason to believe the King wishes to manage so, *as to leave the Emperor without any alternative, but that of becoming either his Ally, or his enemy.* — It is conceived also, that the interview will have a great effect in alarming and disconcerting the Empress of Russia, etc.

II.

1. Aus Swarts Bericht Nr. 41, Berlin den 4. August 1791.

On the 1st inst. I had a long confidential conversation with Count Schulenburg, who began by repeating, what he had mentioned to me more than once respecting the view of the two Imperial Courts to disunite the Allies and particularly the insinuations; the Emperor was continually making to Col. Bischoffswerder against England. His Imperial Maj.'s chief accusations were drawn from what had happened in the transactions with Russia, in which, he said, England had committed the King of Prussia in the most unpardonable manner, besides putting Him to an enormous expence for no purpose, and

He inferred from this and other imputations, that His Prussian Maj. could never rely on receiving any effectual support from His present Alliance.

— — Wir kamen dann auf Polen zu sprechen, and Count Schulenburg expressed much satisfaction at the Emperors having engaged, that the guarantee of the integrity of that Republic should constitute a stipulation of the new system to be established with the Allies and to which Russia was to be invited to accede, aber es sei kaum zu erwarten, daß eine solche Garantie sehr effectful sein werde gegen die ambitious projects of Russia, for the execution of which she had now stronger temptations and more prospect of success than ever; that the advantageous establishment, that power had obtained on the Black Sea, would naturally call its chief attention to that Quarter, and confirm the idea of fixing there the Seat of Empire; that in this case the Emperor, whatever His real wishes or intentions might be, not having the means of stopping the progress of Russia, would be obliged to join in some plan of partition, in which the Prussian Minister confessed, that this Country might be under the necessity of concurring, as it could not prevent its execution. Count Schulenburg reverted to what he had mentioned to me on receiving the last answer of Russia, relative to the influence both political

and commercial, that Court would now acquire over Poland and Turkey, particularly by having the protection of the navigation of the Dniester. — —

I next discussed with Count Schulenburg the affairs of France. He confessed, that in consequence of the solicitations of the Emperor through Col. Bischoffswerder, who is himself a zealous advocate for the Counter-Revolution, His Prussian Maj. had committed Himself in His last explanations with the Emperor beyond what had been intended. He then shewed me the last instructions sent to Baron Jacobi, as they had been reinforced, which Count Redern will have communicated to Your Lordship, and he gave me his word, that they contained every thing, that had passed. This led to a full discussion of the business, and particularly of the eventual plans of the operation. Count Schulenburg had acquainted me, that the Duke of Brunswick had proposed, that His Prussian Maj. should in no case furnish beyond His Quota as state of the Empire, but that His Maj. had rejected this idea, as it would commit the honor of His arms and that therefore, should the Emperor propose to employ a strong force Himself, the King would be inclined to add one proportional to the difference of their interests in the affair, but he repeated, that His Maj. would come under no positive engagements,

till He knew the sentiments of my Court. We next considered the two cases stated in the secret dispatch to Baron Jacobi of the combination to restore the French Monarchy succeeding or failing. Count Schulenburg thinks it would be impossible to subdue France by foreign powers and that the attempt would contribute to unite and strengthen the different parties. But supposing it to be otherwise, he conceives each of the powers concerned would require an indemnification for their expences. He thinks the same thing would happen in the case of their failing, as some conquests would always be made, particularly that of Alsace and probably Loraine, and that the Emperor would be disposed to keep these Provinces, after restoring their rights to the Princes of the Empire. The King, his Master, would then, he observed, be obliged to require an equivalent and his great object would be to obtain the Austrian part of Upper-Silesia. Some arrangement with the Elector Palatine was likewise alluded to, by which He might receive a compensation in the Netherlands, equal to the cession of the Dutchies of Juliers and Bergues to Prussia. The Prussian Minister agreed, that it was the interest of this Country as well as of England and Holland, that the Netherlands should remain in the possession of Austria, but he seemed to

think, that such an arrangement as that just alluded to, might be advantageous to the system of the Allies.

The day after I had this conversation with the Prussian Minister, Mr. Jackson learnt from indirect source, that Col. Bischoffswerder had actually settled a convention at Vienna for an effective plan of operation relative to French affairs, and that, having transmitted it to the King, His Maj. had just sent it back to be signed, that the principal stipulations were, that the Emperor should march 60,000 men and the King of Prussia add 25,000; that after taking Alsace and Loraine the Prussian troops should remain there and the Austrians penetrate into the interior provinces of France and that the Emperor was bound to indemnify His Prussian Maj. in every case. — Denselben Abend sagte mir Baron Rolle, who is employed here by Count d'Artois, gleichfalls, daß Oestreich 60,000 Mann als seine Quote stelle und Preußen 25,000. — Ewart äußerte gegen Schulenburg die Besorgniß, daß Preußen sich in die französischen Angelegenheiten tiefer eingelassen, als er es nach seinen (Schulenburgs) Mittheilungen annehmen zu müssen geglaubt habe; er fürchte, daß Oestreich Preußen von England trennen wolle. Darauf erwiderte Schulenburg, er habe ihm (Ewart) Alles gesagt, was er wüßte; im weiteren Verlauf der Unterredung gestand er

indeffen, that that gentleman (*Bischoffswerder*) had negociated entirely unknown to him a preliminary convention of Alliance and had even signed it along with Prince Kaunitz, but that His Prussian Maj., who had just received it from Vienna, had declined ratifying it, till every thing was finished at Sistova. Im Verlauf des Gesprächs I found, that General Bouillé had transmitted a plan here, of which Count Schulenburg give me the inclosed copy, and it would appear, that the persons, from whom Mr. Jackson got his information, had confounded this, to which no attention had ever been paid here, with some idea of the other convention. The Prussian Minister offered to state immediately to the King, what had passed and to ask permission to communicate to me the convention received from Vienna and whatever might relate to the affairs of France. — — His Prussian Maj. told me Himself, last night, that He understood other powers were endeavoring to sow division between Him and the King, daß indeffen Alles das auf ihn keinen Effect machen werde, er habe nie erwartet, daß der König von England in Bezug auf Frankreich mehr thun werde, als to observe a neutrality, — that He had made the proposals to the Emperor I was acquainted with; but had settled nothing and waited the result. Count Schulenburg has just communicated to me, by the King's

order, the inclosed copy of the convention signed by Col. Bischoffswerder and Prince Kaunitz, indem er wiederholte, daß der König sie nicht ratificirt, aber Bischoffswerder angewiesen habe, to testify His general approbation of it to the Emperor. — Schulenburg sagte, er wolle sich bemühen den Inhalt dieser Convention zu modificiren, vornehmlich den Artikel, welcher betreffe the mutual interference to suppress commotions in the respective dominions. — — He approved much of the article respecting Poland and of the positive terms in which it is conceived. — — On my asking Count Schulenburg, what he thought His Prussian Maj. would do, if the Emperor, satisfied with the neutrality of England, offered to employ measures of force, whether the King of Prussia would furnish such a Corps of troops as that before mentioned, he said, his own private opinion was, that He would cooperate with His Imp. Majesty. — The Prussian Minister added, that he had advised His Majesty to follow the line of conduct adopted by England, but that he perceived, His attachment to the common cause of Sovereigns prevailed. — I asked Count Schulenburg, if, the prospect of the Emperor being much more embarked than this Country and of the embarassments, that might result to Him from thence might not influence the conduct of His Prussian Maj. together with some idea of acquisition.

He answered, that he had every reason to believe, that these motions had no share in the Kings determination, tho' they might appear the best inducements to many Prussians, and he appealed to me, how very unpopular the knowledge of any connection with Austria would be in this Country. I take this opportunity, to observe upon what Lord Elgin mentions of the raising the power of the Austrian party here, that none exists, nor do I conceive, that Col. Bischoffswerder, with all his new zeal will be able to make any converts of consequence.

2. Aus Ewarts Bericht Nr. 44, Berlin den 8. August 1791.

Ewart hatte häufige Unterredungen mit dem Grafen Schulenburg, besonders über den Theil des wiener Präliminartractats vom 25. Juli, welcher festsetzte, daß Rußland gleich nach Herstellung des Friedens mit der Pforte zugleich mit den beiden Seemächten und dem Kurfürsten von Sachsen zum Beitritt eingeladen werden sollte. The Prussian Minister readily admitted, that this was directly contrary to what had been agreed upon with regard to the manner of negociating with the Emperor, and that the object of the Court of Vienna could only be to disunite England from Prussia, daß er jedoch nicht dafür gut sagen könne, daß dieser Artikel bei der Ratification

verändert werde. After much conversation on this subject, it was agreed, I should present a note to be laid before His Prussian Maj., in order to procure the satisfaction just mentioned. I have accordingly done this, but Baron Schulenburg told me in confidence, he was afraid, I should get no positive answer from His Pr. Maj. till the return of Col. Bischoffswerder from Vienna, as both, he (Baron Schul.) and the King, were equally ignorant of what had passed between Col. Bisch. and the Austrian Ministers with respect to the convention and to other transactions. He gave me his word of honor, that this was the case and that, though the King had authorized Col. Bisch., to sign a previous and separate convention without consulting Him, on the general principles contained in the articles, yet no projet of it had been seen by the King before it was transmitted to Him signed. But Baron Schul. confessed, that His Majesty's confidence in colonel Bisch. was so great, that it would be very difficult to set aside, what he had done. He was satisfied, that the King of Prussia is not aware of the consequences of this Article, but he supposes, Col. Bisch. agreed to it, from the Court of Vienna having insisted, that if Great Britain was to be a principal party, Russia should be so likewise, which he conceived to be equally

objectionable. In the course of the different conversations, I have had with the Prussian Minister on this subject, he has betrayed strong signs of uneasiness and embarrassment, in consequence of the convention having been made in such a manner and of the cordial intercourse between Col. Bisch. and the Austrian Minister. His ignorance of these transactions makes him timid and irresolute on every thing, that concerns Austria.

3. Aus Ewarts Bericht Nr. 45, Berlin den 9. August 1791.

I am sorry to acquaint Your Lordship, that from the whole of my conversation with the Prussian Minister and especially from what I could collect in it of the King's sentiments and language on His separate negotiation with the Emperor, He seems no longer to consider *any concert or concurrence of His Maj. as necessary, or that the system of the Alliance is to be kept up on the footing it has been hetherto*. Count Schulenbourg mentioned to the King, that I had expressed great apprehensions, that if the Alliance with the Emperor were negotiated in the manner, stated in the convention, the *consequences might be very dangerous and even fatal to our system*. His Maj. had expressed, that He himself had a different opinion, but from what I could discover, in terms, which betrayed ill humour

and embarrassment. Your Lordship will be sensible, that the circumstance of the convention being actually signed, makes it much more difficult, than it would be otherwise, to engage the King of Prussia to make alteration in it. Count Schul. has repeatedly given me his word of honor, that he knew nothing of it, till he saw it signed, and that His Prussian Maj. was in the same situation. But he admitted, that Col. Bisch. would never have ventured to go such lengths, without being assured of the King's sentiments on the subject, and that it is probable therefore, he may have gone still further. M. de Schulenbourg and General Moellendorff are almost the only persons here, who are acquainted with the business or who have any influence and they are both dissatisfied with the whole of it, and I am convinced, not one native of the Country will approve of it; a circumstance of no small consequence, notwithstanding the nature of the Government. The army in particular will suffer from it in various ways. I need not observe to Your Lordship, that the case would have been very different in this, as well as in other respects, *had the Emperor only acceded to the system of the Allies.* From Count Schulenbourg's language respecting the interview and from the questions, he put to me relative to my intentions to going to it,

I have reason to suspect, that neither Her Prussian Maj., nor the Emperor now wish, that I should be present, which confirms me in my resolution, to wait for Your Lordship's instructions and not to quit the place, before I receive them.

4. Aus Swarts Bericht Nr. 47, Berlin den 9. August 1791.

— But His Prussian Majesty's eagerness to take an active part in French affairs increases and He has given such positive assurances to the French agents here, that they rely on vigorous measures being taken this season.

5. Aus Swarts Bericht Nr. 49, Berlin den 16. August 1791.

Schulenburg ist entschlossen, to stand or fall in supporting the Alliance of this Country with England, and in preventing the King, his Master, from becoming subordinate to the Emperor, which he agrees would be the inevitable consequence of things going on their present train. — Tho' I have not yet had an opportunity of conversing fully with Lord Elgin, the information I have already received from him has been of great use in enabling me, to induce the Prussian Minister to open himself to me without reserve. I beg leave to refer Your Lordship to Lord Elgin for the particulars of the late transactions at Vienna, observing only, that

Seydmann: die öfr.-pr. Allianz &c.

they clearly prove, Col. Bischoffswerder to have been duped by the Emperor and His Ministers and that they rely on having the King of Prussia thro' him entirely at their direction. — Count Schul. did not hesitate to admit these conclusions and that this Country would be ruined, if the separate convention were not corrected by the general treaty being negotiated with the concurrence of England on proper principles, which he said he hoped might yet be managed. But he confessed, that it is probable, the separate convention will be ratified at Pillnitz, and he said he was afraid, the King of Prussia would be engaged by the Emperor in French affairs beyond his intention; he said, he now knew for certain, that His Imp. Maj. and His Ministers relied on making His Prussian Maj. act the first part in the measures of force now proposed to be adopted in French affairs, but that His Maj. was fully aware of this and he thought, would never consent to it, though He might be induced to agree, to furnish 40,000 men, if the Emperor would employ double that number. But Count Schulenbourg treated the whole of this as an object of very inferior importance to that of concluding a separate treaty of Alliance between Prussia and Austria *on the principles, which have directed the negotiation at Vienna and all the late transactions between Colonel Bischoffswerder and the Austrian Ministers, etc.*

6. Aus Emarts Bericht Nr. 53, Berlin den 29. August 1791.

I found the Prussian Minister in a state of the greatest perplexity and depression of spirits. He complained much of the hardship of his situation and of the treatment he received from the King, who had made no communication to him, of what He intended to do at Pillnitz, and that General Bischoffswerder had only written a short and ministerial letter, saying that His Maj. had taken Prince Hohenlohe with him, because he was destined to command the Corps to be employed in French affairs, concerning a plan, that with respect to them, was to be the object of the interview, etc. etc. — — I need not observe to Your Lordship, how much the present intention and prospects of this Country, confirm the expediency of Your Lordship's plan of leaving it to itself. — — Nor is it necessary for me, to mention the consequences, which may be expected to result, as mentioned in my letter No. 51, from His Prussian Majesty's having lost all confidence both in our Alliance and in his own resources.

III.

1. Aus der Instruction Lord Grenvilles an Sir Robert Murray Keith in Wien, Whitehall den 19. September 1791. — Bei Ihrer Rückkehr von Bistopa werden Sie

durch Herrn Stratton unterrichtet worden sein von dem Inhalt der zu Wien am 25. Juli von dem Fürsten Kaunitz und dem General Bischoffswerder unterzeichneten Convention, deren Ratificationen seitdem ausgewechselt worden sind; so wie auch von dem Inhalt der zu Pillnitz von dem Kaiser und dem König von Preußen selbst unterzeichneten Declaration, bezüglich der französischen Angelegenheiten. With respect to the last of these two points His Majesty is pleased to direct, that You should agreeably to the promise, contained in His Majesty's letter to the Emperor, explain in the most distinct and unequivocal manner His Maj.'s sentiments and intentions, if such explanation should be asked of You by the Austrian Ministers. During the whole course of the troubles, which have so much distracted the Kingdom of France, His Maj. has observed the most exact and scrupulous neutrality, abstaining from taking any step, which might give encouragement or countenance to any of the parties which have prevailed there, or from mixing himself in any manner whatever in the internal dissensions of that Country. It is His Maj.'s intention still to adhere to this line of conduct, unless any new circumstances should arise, by which His Maj. should be of opinion, that the interests of His subjects would be affected and even in that case any measures to be taken by His Maj. would be directed to that

object only. With respect to the concert, which has been proposed to His Maj. and to other powers by the Emperor, or to the measures of active intervention, which appear to have been in contemplation for the restoration of the French Monarchy, either on its former footing, or at least in a state of more dignity and authority than at present, the King has determined, not to take any part either in supporting or in opposing them. — —

It remains for me, to speak to You of the late convention of Vienna between His Imp. Maj. and the King of Prussia. You will learn from Mr. Stratton the manner in which this convention was concluded, *without the participation of His Maj. and the contradiction, which existed between the conduct of Mr. Bischoffswerder in that respect and the assurances, which His Maj. was receiving from the Court of Berlin of confidence and concert with relation to that business.*

— — In dieser Convention wird Erwähnung gethan of the accession of His Maj. and other powers to that convention or to the Alliance to be concluded in conformity to it; ich habe schon Ewrt aufgetragen, den preussischen Ministern zu erklären, daß Se. Maj. gewünscht hätte, that this part of the convention had been omitted, because He certainly cannot accede to engagements, which so very far depart from any ideas of alliance, which He had ever entertained.

2. Graf Voß schreibt unterm 19. September 1791 aus Dresden an den sächsischen Gesandten in Wien, Grafen Schönfeld: Malgré la clause finale de la déclaration signée le 27. d. p. relativement aux affaires de France —, le Roi de Prusse prend aussi peu de mesures préparatoires, que selon la dite (avant-dernière) dépêche (de Mr. de Martens) on en remarque dans les États de l'Empereur. Ceci prouve de plus en plus, que les deux Monarques semblent vouloir attendre, que l'un en donne l'exemple à l'autre; indépendamment de la connaissance préalable, qu'ils veulent avoir des déterminations des autres puissances pour fonder là-dessus un concert commun.

3. Unterm 1. October 1791 berichtet Graf Schönfeld aus Wien, die französischen Aristokraten hätten häufige Unterredungen mit dem Staatskanzler Fürsten Kaunitz, welcher au reste ne semble point se refuser à leurs empressemens, en continuant au contraire à redoubler d'attentions pour la famille des Polignacs et en ne se cachant pas, que le but et la vigueur de la déclaration de Pillnitz ne continuassent à rester toujours les mêmes, malgré l'acceptation de la signature de S. M. T. C. de la nouvelle constitution.

IV.

1. *Bericht* unterm 18. Oct. 1791 berichtet Graf Schönbach aus Wien: quelques personnes éclairées prétendent, que ce revirement subit et de bonne augure pour les intérêts des Princes françois émigrés ne doit être attribué qu'aux dernières insinuations parvenues ici de Petersbourg et que Catherine II. persévérant dans sa résolution clairement annoncée, de vouloir leur prêter son appui au cas, que d'autres Cours voulaient y concourir, a trouvé le secret de revivifier les mêmes intentions dans Léopold II. et Frédéric Guillaume II, que ces deux Souverains paroissoient avoir abandonné depuis l'acceptation de la nouvelle constitution, prévoyant peut être que la situation des affaires en France pourroit sous la *présente seconde législature*, qui vient s'établir d'une manière à n'en pas faire présumer absolument un rétablissement prompt et salutaire de l'ordre des choses, *nécessiter leur intervention efficace*. Telle est au moins l'opinion, qu'on en nourrit généralement ici, etc.

2. Aus dem Plan, den Leopold unmittelbar nach der Pillnitzer Zusammenkunft allerdings mit Eifer betrieb, seinen Truppenbestand möglichst zu reduciren, läßt sich noch keinesweges schließen, daß er den Kampf mit der Revolution um jeden Preis habe vermeiden wollen, sondern

nur, daß er, da jedenfalls für den bevorstehenden Winter der Ausbruch des Krieges noch nicht zu befürchten stand, einstweilen wenigstens jede mögliche finanzielle Ersparniß der erschöpften Staatscasse wollte zu Gute kommen lassen. In dieser Beziehung sind folgende Mittheilungen des Grafen Schönfeld beachtenswerth: a) Wien den 27. September 1791: cette tournure évasive à Berlin (diese Abneigung Preußens auch seinerseits einen ähnlichen Reductionsplan in Ausführung zu bringen) — ne laisse pas que d'embarrasser beaucoup le Ministère d'ici, à qui par les notions, qu'on a de l'état d'épuisement de ses finances, il importe essentiellement d'exécuter le dit projet de réforme. — — — Du depuis il doit encore avoir été question au Conseil aulique de guerre d'ici d'un nouveau plan d'économie et de réforme, qui outre la réduction de 20. hs. par compagnie doit s'étendre également à la suppression de plusieurs États majors et par conséquent à l'incorporation d'un régiment dans l'autre. Quelque sensible, que puisse être l'épargne, qu'on se procureroit en exécutant ce dernier plan, l'on présume cependant, qu'il est sujet à trop d'inconvéniens pour qu'il puisse être adopté par S. M. l'Empereur, vu que ce Monarque, ainsi que Joseph II. dans la dernière année de sa vie, ont fait de leur propre chef une quantité si considérable d'officiers de tous rangs, qu'il faudra au moins une

quinzaine ou vingtaine d'années, avant qu'ils puissent tous entrer en activité, de sorte que l'entretien de ces individus, qu'on ne leur saurait refuser sans injustice, réduiroit l'épargne susdit à bien peu de chose. Il résulteroit de tout ceci, qu'on ne paroît pas encore avoir adopté une idée fixe relativement à ce projet d'économie et que tous les plans, qu'on pourra proposer successivement à cet égard souffriront encore bien de contradictions, avant qu'en ne parvienne d'établir un système solide, ou qu'on ne cherche pas par d'autres moyens de faire face à l'excédant des dépenses, en cas que le refus de S. M. Prussienne de ne vouloir pas entreprendre également une réforme dans ses troupes, n'obligea la Cour d'ici, de renoncer entièrement à cette idée.

In demselben Bericht heißt es weiter, der Fürst Kaunitz habe am gestrigen Abend in seinem Cirkel eine sehr lange Unterhaltung mit der Herzogin von Polignac gehabt: et j'ai cru lui avoir entendu dire — les choses les plus consolantes sur les intentions de l'Empereur envers son auguste soeur et sur l'efficacité du secours, qu'il lui prêteroit.

b) Wien den 30. Sept. 1791: En attendant l'on procède à donner nombre de congés illimités à tout soldat *engagé par capitulation* en leur enjoignant cependant, de se tenir toujours prêts à pouvoir se

rendre à leurs drapeaux respectifs au premier ordre. Cette opération provisoire doit, à ce qu'en assure, produire une épargne assez considérable.

c) Die Finanznoth war so groß, daß man bloß aus diesem Grunde zögerte, 6000 Mann, welche die Grenzen in Vorderösterreich bedien sollten, sofort auf den Kriegsfuß zu setzen. Schönfeld berichtet hierüber, Wien den 14. Januar 1792: un officier général, jouissant de la confiance du Monarque, m'a assuré, que la pénurie d'argent obligeroit de réfléchir plus d'une fois, avant que de prendre des résolutions pareilles.

d) Inzwischen sah der friedliebende Leopold dennoch in den letzten Wochen und Tagen vor seinem Ende sich genöthigt, ernstere Maßregeln zu ergreifen. So schreibt Schönfeld, Wien den 22. Februar 1792: Je puis en attendant confirmer à V. Exc., que — la Cour de Vienne paroît effectivement vouloir faire mettre en mouvement une armée plus considérable, en cas, que les affaires avec la France ne s'arrangent point à l'amiable. D'après la liste ci-jointe très exacte et authentique, rédigée par le Mal de Lacy, cette armée sous les ordres du Prince de Hohenlohe seroit composée de 44,000 h., indépendamment du Corps des 6000 hs., qui est dans ce moment ci déjà en pleine marche. Und ferner Wien den 25. Febr. 1792: Depuis quelques jours les opinions et conjectures sur une rupture avec cette puissance

commencent à varier et à pencher à la croire moins improbable, que par le passé. Ce changement provient de ce que l'on remarque, que la Cour semble s'occuper à mettre effectivement du sérieux dans ses préparatifs, etc.

3. Graf Schönsfeld berichtet ferner, Wien den 31. März 1792: Tout au reste paroît dépendre maintenant, d'apprendre la manière dont la note du Prince de Kaunitz au Marquis de Noailles du 18. d. c. — aura été accueillie à Paris et quelle impression elle aura faite sur les esprits démagogues de l'Assemblée nationale. Je dois observer quant à cette note, que *la tirade contre les Jacobins*, qui s'y trouve, n'y a pas été insérée du gré du Prince de Kaunitz, mais pour remplir uniquement *un ordre existant de son Empereur*. Je sais même, qu'un Ministre étranger, ayant eu occasion de parler sur cet objet avec ce Chancelier d'État et qui lui fit sentir, que par cette tirade l'on ne ferait que provoquer encore davantage la rage des Jacobins, en contribuant même par là d'aggrandir leur parti, ce Ministre lui répondit, que ces réflexions étoient très justes, en ajoutant, que cette sortie ne venoit pas de lui.

4. Selbst in dem Moment noch, wo man in Paris im Begriff stand, den Krieg zu erklären, fuhr Kaunitz fort

gerade so wie früher Leopold II. nur von Friedenswünschen zu sprechen, wiewohl sein Verhalten eben wie das Leopolds so beschaffen war, daß es den Krieg unvermeidlich machen mußte. Noch ehe die österreichische Note vom 18. März in Paris angelangt war, beauftragte Dumouriez den Marquis von Noailles, vom wiener Ministerium zu verlangen une explication ultérieure et cathégorique sur les sentimens et déterminations de S. M. Apostol. relativement aux affaires de France. Le Comte de Cobenzl à qui cet Ambassadeur avoit fait cette ouverture lui répondit, après en avoir préalablement conféré avec le Roi et le Prince de Kaunitz, *que sa Cour persistoit absolument dans les mêmes sentimens annoncés dans la note du 18. de Mars* et qu'il n'avoit rien à y ajouter, si non, que ces sentimens étoient entièrement conformes à ceux de S. M. Prussienne. Mr. de Noailles, en me faisant part du résultat de cette conférence, que conformément aux ordres de Mr. Dumouriez il avoit fait parvenir sans le moindre délai à Paris, ajouta, que connoissant l'esprit, qui animoit ce Ministre, ainsi que la majeure partie des membres de l'Assemblée nationale, il étoit persuadé plus que jamais, que les François attaqueroient sans faute avant la fin de ce mois, etc. — Tous ces incidens n'ont pas laissé que d'augmenter les embarras et les inquiétudes du Ministère d'ici, toujours éloigné à vouloir

s'embarquer dans une guerre contre la France et ont motivé un Conseil d'État extraordinaire, que le Roi a tenu hier pour en conférer avec ses Ministres. (Schönfelds Bericht vom 14. April 1792). In einer Nachschrift fügt Sch. hinzu, er habe von einer Person erfahren, qui étoit cette matinée en conférence avec le Baron de Spielmann, que suivant les dépêches de Mr. de Blumendorf de Paris et du Comte de Mercy de Bruxelles, la guerre avec la France sera inévitable et qu'en conséquence de ces avis le Roi a décidé dans le Conseil d'État d'hier la marche des troupes sous les ordres du Prince de Hohenlohe au nombre de 40,000 hommes.

Die österreichische Regierung wollte namentlich den eigenen schon erschöpften Unterthanen gegenüber, wie auch um mit desto größerem Recht den Beistand der Bundesgenossen anrufen zu können, um jeden Preis den Schein vermeiden, den Krieg willkürlich begonnen zu haben. So heißt es in Schönfelds Bericht vom 2. Mai 1792: S. M. le Roi fit venir le Comte de Khevenhiller, Maréchal des États d'Autriche, pour lui enjoindre, de signifier aux dits États, que S. M. quoique forcée malgré Elle à une guerre contre la France, ne demanderoit cependant pas ni contributions, ni autre impôt nouveau à ses sujets pendant l'espace de deux ans, se flattant qu'à l'aide d'emprunts et des sommes, que lui et ses frères tenoient de la

succession de feu leur auguste Père. Elle se trouvoit à même de faire face aux dépenses de cette guerre. D'après ce que je viens d'apprendre de très bonne part, ces sommes ne doivent pas aller au-delà de 8 millions de florins.

5. In Bezug auf Polen berichtet Schönfeld, Wien den 21. Januar 1792, daß nach den Mittheilungen einer person très instruite du courant des affaires de la Pologne, Sa Majest. Imp. ainsi que le Roi de Prusse sont convenus réciproquement de ne pas prendre une part active à la consolidation de la constitution de la Pologne sans la concurrence de la Russie. — Le Comte Woyna paroît ne pas absolument ignorer les déterminations de ces deux Cours, que je viens de mettre sous les yeux de V. E. et il ne me cache point son chagrin, de voir réalisées successivement les appréhensions, qu'il a manifestées si souvent sur le sort de sa patrie.

Hiermit übereinstimmend sagte fast ein halbes Jahr später, als bereits die russischen Truppen in Polen eingerückt waren, der Vizekanzler Graf Cobenzl zum Grafen Schönfeld (Bericht vom 6. Juni 1792): que plus d'une raison s'opposait à pouvoir appuyer vigoureusement les Polonois, d'autant plus qu'ils avoient commencé l'ouvrage de leur nouvelle constitution, *sans conseiller ni l'Autriche ni la Prusse* et que même ils n'en avoient donné connaissance à ces

deux Cours, que lorsque tout avoit déjà été arrangé et consolidé. D'après lui il n'étoit pas moins difficile de venir à leur secours par le moindre conseil, attendu que dans l'embarras où ils étoient de voir 60,000 Russes sur leur territoire, le meilleur conseil deviendrait inefficace et insuffisant pour les en faire sortir. Voilà, Monsieur, ce que j'ai appris sur les sentimens dont le Ministère de Vienne paroît envisager les mesures de la Cour de Pétersbourg vis-à-vis de la Pologne.

6. Herr von Böttger'schm berichtet aus Petersburg den 15./26. April. 1793: Je suppose, qu'on est ici d'intelligence avec les Princes et avec le parti François royaliste, d'introduire en France *la royauté absolue*, sans qu'il en coûte le moindre sacrifice à ce royaume. Quoique la nouvelle arrivée par deux courriers vers la fin de la semaine passée de la convention de Mr. Dumouriez avec le Prince de Cobourg ait causé beaucoup de joye ici, les François émigrés en ont témoigné pourtant la plus vive affliction et ne se sont point cachés, qu'ils regardoient après la mort du roi cet événement comme le plus désavantageux, qui pût arriver à la France, etc. Mais la véritable cause de leur mécontentement est, que ce Dumouriez, *porté pour le gouvernement constitutionnel* et d'accord avec le cabinet de Vienne, qu'on accuse d'avoir travaillé à cela depuis le

commencement de la révolution, dans le dessein d'affaiblir pour l'avenir la monarchie Francoise, n'y introduise avec les Autrichiens cette forme de gouvernement, qu'ils regardent peu convenable à leurs intérêts. Ce qui me fait supposer, qu'ils soient parvenus à inspirer ici ce même sentiment, c'est que l'Impératrice a recommandé au Comte d'Artois et même mis pour condition du secours, qu'Elle lui a promis, de se laisser conduire par les quatre personnes, qu'Elle lui a nommées, savoir Mr. de Bouillé, Mr. La Chatre, Mr. Vauban, celui, qui a été à Dresde, il y a deux ans, et par Mr. d'Antichamp, laissant pourtant ce dernier, que le Comte n'aime pas, au gré de ce Prince et n'en parlant qu'en guise de conversation, mais lui inculquant fortement, de se méfier du conseil des autres, qui n'étoient que des hommes foibles et intrigans et les personnes nommées sont précisément les plus déterminés partisans de *l'autorité royale absolue*.

Widerlegung.

Sybel stellt in seiner Geschichte der Revolutionszeit, zweite Ausgabe, Band I. S. 285 und 288—291 für seine Ansicht, daß die polnische Revolution vom 3. Mai 1791 auf die Anregung, unter den Schutz und Schirm zusagenden Verheißungen Oesterreichs, des österreichischen Ministeriums und des Kaisers Leopold selbst sich vollzogen habe, folgende erst noch zu erweisenden Äußerungen und Behauptungen auf:

I.

„Es war ihm (Leopold) gelungen, eine höchst bedeutende innere Umwandlung in Polen herbeizuführen.“

„In denselben Wochen, in welchen er Bischoffswerder über seinen Herzensdrang zu Preußens Freundschaft unterhielt, ließ er durch Kaunitz alle Mittel anwenden, um die patriotische Partei in Polen von Preußen zu trennen, und zu Oesterreich hinüberzuziehen. Kaunitz gab dem polnischen Gesandten in Wien, Woyna, im Lauf des März Kenntniß

Herrmann: die öst.-pr. Allianz etc.

von einem Vorhaben der Preußen und Russen, Polen einer neuen Theilung zu unterziehen, und Woyzna beeilte sich, darüber in Warschau aus allen Tönen Lärm zu machen. Die Angabe war völlig grundlos; gerade in dieser Zeit rüstete Preußen lebhafter als je für einen, wie man fürchtete, unvermeidlichen Krieg; in Polen aber blieb der Eindruck, daß man bei Preußen auf das Schlimmste gefaßt sein, bei Leopold die günstigste Gesinnung voraus setzen müsse. In der That lag dem Kaiser die Herstellung und Kräftigung Polens am Herzen. Sein Gesandter in Warschau that Alles, um die patriotische Partei zusammen zu halten, anzuspornen, zu einer durchgreifenden Reform der Verfassung zu bestimmen. Was Ruchefini hatte verhüten sollen, die Einführung der Erbmonarchie, betrieb Leopold mit lebhaftem Nachdruck.“

II.

a) „Unter dieser stillen, aber unausgesetzten Einwirkung des Kaisers gewannen denn die polnischen Verhandlungen über die Reform der Verfassung frisches Leben. Die Provinzialverfassungen sprachen sich für die Erbllichkeit der Krone im Geschlechte des Kurfürsten von Sachsen aus.“

b) „Der König, bisher noch immer das Haupt der russischen Partei, trat jetzt öffentlich zu den Patrioten über, es kam ein Gesetz über die Provinzialstände, ein anderes über die politische Berechtigung der Bürger zu Stände“ u.

III.

„Da erfolgte am 3. Mai das Unerwartete zc. Die Summe war, daß von Rußland und Preußen neue Theilungspläne, von letzterem insbesondere die Abreißung Danzigs und Thorns zu befürchten sei, daß dagegen die befreundeten Mächte keinen anderen Rath als die schleunige Einführung einer neuen und starken Verfassung wüßten.“

„Die fremden Gesandten waren, mit einer einzigen Ausnahme, völlig überrascht. Graf Goltz beeilte sich, nach Berlin Nachricht zu geben, und beschwerte sich bitterlich bei dem auswärtigen Amte, daß man trotz der Bundesverhältnisse mit Preußen eine so entscheidende Maßregel ohne sein Vorwissen vollzogen hatte. Nach Petersburg schrieb König Stanislaus selbst, versicherte, daß die neue Verfassung der Freundschaft Polens gegen Rußland nicht schaden sollte, und verhiess etwas später vollkommene Neutralität bei etwaigen Kriegen anderer Mächte gegen Rußland. [1] Was endlich Oestreich anlangte, so war dessen Gesandter der einzige, der vorherige Kunde von dem Unternehmen und den Bericht für seinen Hof fertig hatte, noch ehe die Eidesleistung vollzogen war. So kam es, daß Kaunitz eher Nachricht über die neue Verfassung empfing, als der polnische Gesandte Woyna selbst: ein Umstand, der um so mehr auffiel, als in Warschau bis zur Entscheidung aller Postenlauf gehemmt war. Daß

man in Wien im Voraus auf das Ereigniß gefaßt war, zeigte sich auch darin, daß Kaunitz noch ehe er von dem in Italien reisenden Kaiser Antwort erhalten, ein warmes Glückwünschungsschreiben an den Kurfürsten von Sachsen erließ“ [2].

IV.

„In Berlin dagegen war man weit von so fröhlicher Stimmung entfernt. Man kannte die damaligen Häupter des Reichstags und wußte, daß sie von jeher mit Oestreich enge Verbindungen gehabt. [3] War man auch von den eben angeführten Details noch nicht unterrichtet, so konnte der officiële Hergang des Ereignisses selbst doch keinen Zweifel über seine gegen Preußen gerichtete Tendenz übrig lassen“, zc.

Zu I.

Im März 1791, d. h. zu der Zeit, als Bischoffswerder sich in Wien aufhielt, intriguirte allerdings der wiener Hof aus Leibesträften, um Preußen bei der damals in Warschau herrschenden, verfassunggebenden, patriotischen Partei zu verdächtigen, indessen hatte er selbst bis dahin in Polen doch noch so wenig Boden gefaßt, daß noch im Januar der sehr einflußreiche und des allgemeinsten Vertrauens genießende Reichstagsmarschall, Graf Malachowski, an der Freundschaft mit Preußen festhaltend, anfang, selbst „die Abtretung Danzigs an Preußen offen

als das einzige Mittel zu empfehlen, das gegenwärtige politische System zu consolidiren." Hailes Bericht vom 8. Januar 1791 in Herrmann's Russischer Geschichte Bd. VI. S. 339.

Auch in Dresden wußte man bis zu diesem Moment noch nichts von freundlichen Beziehungen des wiener Hofes zu der polnischen Reformpartei, wie folgendes Schreiben des Grafen Esz vom 10. Januar 1791 an den Grafen Schönfeld in Wien zeigt: En général les affaires de Pologne méritent à cette heure, que Vous en fassiez un objet particulier de Votre attention afin de constater les sentimens y relatifs des Cours Impériales. Pour Vous faciliter ces recherches, j'observe, que non seulement l'Empereur n'a pas caché au Comte de Goertz lors de son séjour à Francfort (Anf. Oct. 1790), que l'établissement d'un trône successif ne lui paroissoit pas convenir aux puissances voisines de la Pologne, mais qu'aussi les propos de Mr. De Caché à Varsovie sont conformes à ce sentiment et que Mr. de Bulgakow, non content de tenir le même langage, agit en conséquence, pour effacer entièrement cette idée et pour empêcher même l'élection d'un successeur éventuel.

Im März blies der wiener Hof dem General Wozna das Gerücht von einem angeblich von Preußen ausgehenden Theilungsplan ein, welches dieser indeß sehr bald selbst für ein unbegründetes zu erklären sich veranlaßt sah.

Essens Bericht vom 19. März; VI. S. 342. Anmerk. 421.

Inzwischen fuhr Oestreich fort, es in Polen mit seinem bisherigen jeder Reform feindlich gesinnten Verbündeten, Rußland, zu halten. Essens Bericht vom 26. März: La bonne harmonie entre les deux Cours Impériales se manifeste en Pologne, malgré les soins de leurs ministres de la cacher au public, et il paroît, que leur grand objet commun est dirigé contre le roi de Prusse, que l'on calomnie et dénigre à forces réunies auprès de la nation; VI, 567. Auch war es bis zu diesem Moment Oestreich noch nicht gelungen, nur irgend eine Partei in Polen, welcher Art sie auch sei, für sich zu gewinnen; ein Punct, über welchen Sybel recht wohl aus dem zu seiner zweiten Ausgabe auch ihm zugänglich gewesenem berliner geheimen Staatsarchiv sich hätte unterrichten können. Der preussische Gesandte in Warschau, Graf Goltz, berichtet nämlich unterm 19. März: Ce ne seroit jamais par choix, mais par nécessité, qua la Pologne se jetteroit entre les bras de l'Autriche. Oestreich habe nicht einmal einen Gesandten in Warschau, qui par son personnel acte pu s'attacher des amis et *un petit parti à lui*. — Il n'y a qu'un rapprochement entre la Prusse et la Cour de Russie, qui pourroit faire pencher la balance de son côté, etc. VI, 567. — Aber gerade Oestreichs Zusammenhalten mit Rußland war das, wodurch es sich

der patriotischen Partei vollends verhaßt machte, und diejenigen Polen, welchen Oestreich damals gute Worte gab, waren namentlich solche, die sich von der Verfassungs-
partei entweder einfach zurückgezogen hatten, wie die Fürstin Adam Czartoryska, die bereits vor einem Jahr Warschau verlassen hatte, oder solche, die ihr geradezu feindselig gesinnt waren, wie die nachherigen Urheber der Conföderation von Targowice, die Grafen Felix Potocki und Rzewuski, *présentement tous les deux à Vienne et généralement reconnus pour y travailler contre le véritable bien-être de leur patrie.* Von letzterem bemerkt Graf Schönfeld — Wien, 16. Februar 1791 — ausdrücklich: *Le Comte Rzewuski (petit Général) continue au reste également à saisir toutes les occasions pour se mettre en évidence vis-à-vis L. L. M. M. J. J., qui de leur côté paroissent répondre volontiers à ses désirs en lui adressant fréquemment la parole.*

Dagegen waren nur wenig Tage vor der Revolution vom 3. Mai die Urheber der neuen Verfassung noch weit davon entfernt, sich das Gelingen und die Durchführung ihres Werkes anders als unter dem Schutz des preussisch-englisch-holländischen Bündnisses als möglich zu denken. Und als der dänische Gesandte im Namen Rußlands den Reichstagsmarschall Malachowski und den Marschall von Litthauen, Ignaz Potocki, durch ähnliche Anerbietungen in ihrem Vorhaben und in ihrem Festhalten an Preußen

wartend zu machen suchten, wie um dieselbe Zeit der Kaiser Leopold die Fürstin Czartoryska und andere in Wien sich aufhaltende Polen durch eine vorgebliche, eventuelle Zurückgabe Galliziens sich geneigt zu machen versuchte, da gab ersterem Malachowski die kurz abweisende Antwort: die Republik sei zufrieden mit dem, was sie habe, im Fall eines Conflicts aber zwischen Rußland und Preußen werde sie sich an letzteres halten, als an die Macht, welcher sie ihre Unabhängigkeit verdanke, und den Grad von Wohlfahrt, dessen sie gegenwärtig sich zu erfreuen habe. Goly Berichte vom 13. und 27. April, VI, 568 und 569.

Und nun höre man, welche Aussichten und Hoffnungen in Bezug auf die neue Verfassung unmittelbar vor der Revolution denn etwa vom wiener Hof der Deputation der auswärtigen Angelegenheiten gemacht wurden, derselben Deputation, in deren Mitte die Häupter der dreijährigen Reformbewegung saßen. Essen berichtet — 30. April, VI, 571 —: la députation des affaires étrangères a été informée par Mr. Woyna, que les liaisons entre la Russie et la maison d'Autriche se resserroient de plus en plus en égard des affaires de la Pologne et que la république devoit s'attendre à toutes sortes d'empêchemens et de manoeuvres, que *la Cour de Vienne de concert avec la Russie* emploieroit, pour qu'aucun gouvernement solide en Pologne ne parvienne à sa consistance. — Ähnliches

berichtete der polnische Gesandte Deboli aus Petersburg:
 »Delà dérivent de vives alarmes, que la Pologne
 ne soit exposée à un nouveau partage.« — Die
 Furcht vor den beiden Kaiserhöfen war es, was die
 Patrioten dazu antrieb, die Verfassung in aller Eile durch
 einen Staatsstreich ins Werk zu setzen.

Welchen Sinn aber, frage ich, soll nach dieser Aus-
 einandersetzung nun noch Sybel's Behauptung haben:
 „Leopolds Gesandter in Warschau that Alles, um die
 patriotische Partei zusammenzuhalten, anzuspornen, zu einer
 durchgreifenden Reform der Verfassung zu bestimmen?“

Zu II. a.

Sybel sagt: „Unter dieser stillen, aber unausgesetzten
 Einwirkung des Kaisers gewannen dann die polnischen
 Verhandlungen über die Reform der Verfassung frisches
 Leben“ u. „Die Provinzialverfassungen sprachen
 sich für die Erblichkeit der Krone im Geschlechte
 des Kurfürsten von Sachsen aus.“

Wie und wann sprachen sich die Provinziallandtage aus?
 Es kann hier nur von den auf den 16. November 1790
 einberufenen Landtagen die Rede sein. Diese hatten sich
 aber dem Reichstagsuniversal zufolge gar nicht darüber
 auszulassen, ob sie einer freien Königswahl oder einer
 erblichen Thronfolge den Vorzug gäben, sondern nur darüber,
 ob sie, um den Unruhen und Gefahren eines Interregnums
 vorzubeugen, in die freie Wahl eines Thronfolgers noch

bei Besetzen des Königs willigten? — Diese Frage wurde allerdings von der Mehrzahl der Landtage mit Ja beantwortet und zwar so, daß sie sich zu Gunsten des Kurfürsten von Sachsen erklärten, zugleich aber äußerten sie sich, obgleich die Erblichkeitsfrage jetzt noch gar nicht officiell in Betracht kam, dahin, daß sie die polnische Freiheit durch die Erblichkeit des Throns für gefährdet halten würden. VI, 335. Für die Erblichkeit aber erklärten sich von 60 Landtagen nur 7 oder höchstens 10. VI, 354 und 575, Anmerkung.

Wo steht denn nun die stille Einwirkung des Kaisers, die nach Sybel bereits jetzt die Erblichkeitsfrage entschieden haben soll? Wohl aber wird von sehr unzweideutigen Intriguen der beiden Kaiserhöfe gegen die Erblichkeit des Throns berichtet, die ich VI, 335 nachgewiesen habe und schon damals hatten der General der Artillerie, Felix Potocki, so wie der Graf Rzewuski Wien zum Ausgangspunct ihrer Umtriebe gemacht.

Zu II. b.

„Der König, bisher noch immer das Haupt der russischen Partei, trat jetzt öffentlich zu den Patrioten über.“

Sybel hat sich um eine Kleinigkeit, um nicht weniger als ein volles Jahr verrechnet. Dieser Anschluß des Königs an die patriotische Partei erfolgte nicht, wie Sybel irrthümlich annimmt, zu Ende des Jahres 1790 oder Anfang des Jahres 1791, sondern er war bereits im December

1789 erfolgt — Essen's Bericht vom 26. December, VI, 247 —, und hat wiederum nicht das Mindeste mit dem Einfluß Oestreichs zu schaffen. Der König that im Gegentheil diesen Schritt gerade in dem Moment, als die patriotische Partei, unter Beihülfe der seit dem 7. September 1789 tagenden Verfassungskommission, auf den Antrieb Preussens, welches hiervon seine Allianz mit der Republik abhängig machte, die Annahme des ersten von der genannten Commission ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs im Reichstag durchsetzte.

Zu III.

„Da erfolgte das Unerwartete“ u. s. w.

Ich habe gezeigt, daß die Hauptmotive, weshalb die patriotische Partei sich plötzlich dazu entschloß, durch einen Staatsstreich die Annahme der neuen Verfassung zu bewirken, in der Furcht vor den feindseligen Plänen Rußlands und Oestreichs lagen, die noch dadurch sich bedeutend steigerte, daß unerwarteter Weise England Preußen den Beistand versagte, zu welchem es letzterem für den Fall eines Krieges tractatenmäßig verpflichtet war; VI, 345 und 571. — Ich habe nachgewiesen, daß sowohl der preussische, wie der englische Gesandte von dem bevorstehenden Ereigniß des 3. Mai allerdings ein paar Tage zuvor Kunde erhielten und sogar über das, was die Häupter der Revolution vorhatten, mit Malaschowski und Ignaz Potocki selbst conferirten; ich habe das aus den eigenen Berichten dieser Ge-

sandten vom 1. und 3. Mai nachgewiesen, von welchen die des preussischen, um daran nochmals zu erinnern, auch Sybel zugänglich gewesen sind. Dennoch behauptet derselbe, der einzige Gesandte, welcher vorherige Kunde von dem Unternehmen gehabt, sei der österreichische gewesen. Es verhielt sich aber gerade umgekehrt. Der österreichische Gesandte war so wenig im Vertrauen der Häupter der Revolution, daß eines derselben, Ignaz Potockis Bruder, Stanislaus, dem sächsischen Gesandten in Berlin sagte, de Caché habe, um nur einigermaßen etwas zu erkundschaffen, den Versuch nicht verschmäht, die Domestiquen einiger polnischer Herren zu erkaufen; Zinzendorfs Bericht vom 21. Mai, VI, 573. — Vielleicht waren es derartige Notizen, durch welche Kaunitz, nach Sybel, eher Nachricht über die neue Verfassung empfing, als der polnische Gesandte Woyna selbst. — Nach dem Bericht des Grafen Schönfeld, Wien den 13. Mai, erhielt Kaunitz erst am 11. durch Estafette die Nachricht vom warschauer Ereigniß, und zwar benahm er sich in Bezug auf dieselbe mit großer Zurückhaltung gegen diesen Vertreter des sächsischen Hofes: Le Chancelier d'État en donna connoissance à quelques Ministres étrangers, qui se trouvoient à son cercle. D'après ce que j'ai pu remarquer, il me sembloit, *qu'à l'exception du Prince de Kaunitz*, — l'on a pris la part la plus vive à un événement pareil, qui ne sauroit qu'être agréable à V. A. S. E. le et à Son auguste famille; aussi les ambas-

sadeurs et la pluspart de mes collègues m'en ont-ils fait leur compliment.

Aber doch wenigstens einen gleichzeitigen, beglaubigten Beweis bringt Sybel für seine Ansicht bei, daß Oestreich bei dem Revolutionswerk des 3. Mai stark theilhaftig gewesen sei? Er sagt: „daß man zu Wien im Voraus auf das Ereigniß gefaßt war, zeigte sich auch darin, daß Rammiz, noch ehe er von dem in Italien reisenden Kaiser Antwort erhalten, ein warmes Glückwünschungsschreiben an den Kurfürsten von Sachsen erließ.“ Die Quelle für diese Nachricht, wie auch dafür, daß der österreichische Gesandte die einzige Kunde gehabt haben sollte, ist zwar keine tiefgeschöpfte, ein Zeitungsartikel des hamburger politischen Journals; indessen bin ich weit entfernt, für derartige Notizen die Autorität solcher Zeitschriften unbedingt anfechten zu wollen. Nun aber geht aus der oben angeführten Depesche Schönfelds vom 13. und aus der folgenden vom 14. Mai, — VI, 572 —, hervor, daß Rammiz sein Gratulationsschreiben nicht vor diesem Tage und keinen Falls vor dem 11. nach Dresden gesendet haben kann. Dagegen habe ich nach dem berliner geheimen Staatsarchiv, VI, 362, Anmerk. 451, mitgetheilt, daß das Gratulationsschreiben des preussischen Hofes, welcher die Nachricht von der warschauer Revolution schon am 6. erhielt, bereits am 9. nach Dresden abging. — Ich habe eben da, — VI, 572, — mitgetheilt, daß Rammiz gegen Schönfeld den Argwohn nicht verhehlen konnte, daß

Preußen der Instigator zum 3. Mai gewesen, mit den Worten: „Hier muß man sehen, was die übrigen Mächte dabei zu thun für gut finden werden,“ während, wenn dies Ereigniß von langer Hand her von Oestreich wäre vorbereitet gewesen, der Staatskanzler doch sicher sich würde beeilt haben, des Antheils, den der Kaiser daran gehabt, sich gegen den sächsischen Gesandten zu rühmen.

Umgekehrt sah Raunig selbst in dem Umstand, daß der preussische Hof mit seiner Gratulation sich so sehr beeilt habe, nur einen Grund mehr, in seinem Verdacht gegen denselben sich zu bestärken; VI, 576. Und daß in Wien das ganze diplomatische Corps diesen Verdacht gegen Preußen wenn nicht theilte, so doch als einen in der politischen Situation des wiener Hofes wohl begründeten ansah, dient mir jedenfalls als ein unverächtlicher Beweis dafür, daß diese Herren, welche damals in ihrer Eigenschaft als Diplomaten berufsmäßig diese Angelegenheiten ins Auge faßten, ein anderes Urtheil hatten, als dasjenige, welches Sybel in seiner berufsmäßigen Eigenschaft als Historiker mit subjektivem Behagen und nur durch einen anonymen Zeitungsartikel documentirt, aufstellen zu dürfen geglaubt hat. Und dabei bitte ich wohl zu beachten, daß dieser, wie sich bei näherer Ansicht zeigt, ganz werthlose Correspondenzartikel aus Wien nicht etwa in den ersten Tagen des Mai geschrieben ist, sondern daß er das Datum vom 12. Juni führt. — Selbst das erste Citat, welches Sybel auf derselben Seite 291 seines Werkes aus dem bekannten

Buch: „Vom Entstehen u. s. w. I, 74,“ anführt, hätte ihn stutzig machen sollen, auf den Correspondenzartikel des politischen Journals so große Dinge zu bauen, denn eben da, I, 74 steht geschrieben: „die Communicationen des polnischen Cabinets mit dem berliner und die noch vertrauteren mit dem sächsischen dauerten (nach dem 3. Mai) ununterbrochen“ (fort). Also wäre hiernach wohl an vertraute Communicationen mit dem preussischen Hof zu denken gewesen, nicht aber mit dem österreichischen.

Noch am 26. Juni schrieb das berliner Ministerium an Goltz nach Warschau: Il n'en est pas moins vrai, — que ce premier Ministre (Rammiz) répugne dans le fond de son coeur à cette révolution et ne paroît y applaudir, que dans l'espérance de la *changer encore*, worauf denn auch fortwährend das Bestreben des wiener Hofs gerichtet blieb; VI, 584. Der Fürst Rammiz ließ es zunächst freilich an den unumgänglichen, conventionellen Höflichkeitssphrasen nicht fehlen, aber zu solchen bequemen sich eben so auch die entschiedensten Gegner des 3. Mai, die russischen Gesandten; VI, 572 und 573, Nr. 2 und 5.

Der sächsische Hof stand überhaupt bis dahin seit dem bayerischen Erbfolgekrieg und dem deutschen Fürstenbunde in den engsten politischen Beziehungen nicht mit dem wiener, sondern mit dem berliner Hof. Weil aber aus der Erhaltung der Unabhängigkeit Polens und aus der sächsischen Thronfolge nichts werden konnte, wenn es nicht

gelang, auch Oestreich für die neue Organisation zu gewinnen, bloß aus diesem und keinem andern Grunde suchte der sächsische Gesandte in Berlin sich darüber zu vergewissern, wie der preussische Hof es aufnehmen würde, wenn der sächsische sich über diese Angelegenheit in unmittelbares Benehmen mit dem Kaiser setzte, und hierüber konnte denn der Graf Zinzendorf unterm 7. Mai seinem Hof die beruhigendste Auskunft ertheilen, VI, 572.

Zu IV. a.

„In Berlin dagegen war man weit von so fröhlicher Stimmung entfernt. Man kannte die damaligen Häupter des Reichstags und wußte, daß sie von jeher mit Oestreich enge Verbindungen gehabt.“

Sybel citirt endlich einmal eine authentische Quelle, eine preussische Depesche, und zwar mit wörtlicher Anführung der beweiskräftigen Stelle. Hat er sie etwa dem berliner geheimen Staatsarchiv entnommen, welches er seinem ganzen Umfang nach benutzen durfte? Nein, er hat sich mit den relativ sehr unvollständigen Nachrichten begnügt, welche ihm schon früher das berliner Generalstabsarchiv darbot, und zwar mit einer Stelle einer Depesche des preussischen Geschäftsträgers Buchholz aus Warschau, vom 8. Mai 1793, die mit dem Ereignisse vom 3. Mai 1791 auch nicht in der allerentferntesten Beziehung steht. Dennoch versucht es Sybel, eine solche Beziehung in sie mit Gewalt hineinzupretiren. Diese

Stelle lautet: „Das sind E. Exc. versichert, daß die Opposition der Balewski und Rzemuski, die wir hier so kräftig haben umstoßen müssen, lediglich von den polnischen Emigranten und dem Wiener Hof herkommt. In Rußland weiß man es sehr wohl, und hat sich immer gewundert, daß der Wiener Hof sich der polnischen Emigranten so angenommen hat. Alle diese Emigranten sind die alte österreichische Partei in Polen, gegen die ich unter des hochseligen Königs Majestät zu kämpfen und zu streiten hatte.“

„Diese Emigranten,“ fügt Sybel hinzu, „sind eben die Urheber der Verfassung von 1791.“

Ich muß gestehen, daß es trotz aller Mühe mir nicht gelungen ist, mir klar zu machen, was Sybel bei dieser eigenthümlichen Argumentation sich eigentlich gedacht hat. Was soll denn nun wohl das politische Verhalten gewisser polnischer Notabilitäten im Jahre 1793, oder im Jahre 1786 für die politische Parteistellung beweisen, die sie im Mai 1791 eingenommen haben? Wer wüßte denn nicht, daß gerade die politische Wankelmüthigkeit der Polen einer der bezeichnendsten Züge ihres Nationalcharakters von jeher gewesen ist?

Oder welcher Zwang ist überhaupt einem unabhängigen oder einem nach Unabhängigkeit strebenden Staat auferlegt, seine Stütze und seinen Vortheil immer bei denselben auswärtigen Mächten zu suchen? So wandte Katharina II. einige Jahre nach der ersten Theilung Polens ebenso

entschieden sich Oestreich zu, wie sie bis dahin es mit Preußen gehalten hatte. Und so suchten allerdings die Potocki's und selbst der den Russen ganz ergebene Branicki u. A. m. im Jahr 1786, wie ich VI, 141 nachgewiesen habe, sich an Oestreich anzuschließen, aber ich habe ebenso gezeigt, VI, 216, wie gerade diejenigen unter diesen Magnaten, die sich an die Spitze der Bewegungspartei stellten, seit dem Beginn des Türkenkrieges, eben weil nun Oestreich ganz mit Rußland zusammenging, sich aufs engste an Preußen angeschlossen. Das thaten namentlich die Brüder Ignaz und Stanislaus Potocki und in dieser Stellung verharreten sie so sehr auch noch nach dem 3. Mai, daß sie unmittelbar nach diesem Ereigniß Hülfe und Beistand nicht bei dem wiener Hof suchten, sondern bei dem berliner. Und der Reichstagsmarschall Malachowski wandte sich mit Abscheu von dem bloßen Gedanken einer engeren Verbindung mit Oestreich ab; VI, 574. Der König von Polen setzte sofort den König von Preußen von dem großen Ereigniß officiell in Kenntniß; VI, 364. Umgekehrt vernachlässigte die Republik den wiener Hof in dem Grade, daß ihm selbst diese conventionelle und formelle Berücksichtigung erst nach sechs Monaten zu Theil wurde; VI, 575, 577, und unter Schönfelds Bericht vom 5. November.

Stanislaus Potocki begab sich, um den preußischen Hof zu gewinnen, sofort nach Berlin, begleitet von den Gesandten der der Republik befreundeten Mächte, England und Holland; VI, 366 und 583. — Sybel zwar weiß diese

Polen freundlichen Mächte S. 292 nicht recht namhaft zu machen und räth in seiner Verlegenheit auf Oestreich. Er hätte sich indessen hierüber aus Goltz Depesche vom 11. Mai, die VI, 583 abgedruckt ist, eines Besseren belehren können, und ohne Zweifel auch aus dem haager Archiv. Denn der holländische Gesandte in Warschau, Reede, stand im engsten Vertrauen der Urheber des 3. Mai¹ und eben er war es, der im Verein mit den englischen Gesandten Hailes in Warschau und Ewart in Berlin und mit Potocki Alles daran setzte, um Preußen zum Festhalten an dem Föderativsystem und an der Wiederherstellung Polens zu bewegen. Eben er war es, der im Sinn der von mir gegebenen Darstellung auch vielfach mit Essen und mit Goltz conferirte, während von einem freundschaftlichen Verkehr zwischen Reede, Hailes und Essen mit dem östreichischen de Caché mir wenigstens nirgends eine Spur vorgekommen ist.

Statt all' dieser von mir gegebenen Daten steht Sybel mit seiner Depesche vom Jahr 1793 ein. Ich muß daher auf diese nochmals zurückkommen. — Jedermann der auch nur einigermaßen die polnische Geschichte dieser Jahre

¹ Le Baron de Reede a su gagner la confiance des Polonais au point, que les vœux et les plans les plus secrets de la nation lui ont été communiqués, avec prière de coopérer de son mieux au resserrement de ces liens, qui subsistent entre la Prusse et la Pologne et dont tout le bonheur futur de cette dernière paroit dépendre. Goltz a. a. D.

kennt, ist der Name Rzewuski nicht unbekannt. Jedermann weiß, daß er neben Felix Potocki der eifrigste Antagonist der Verfassung vom 3. Mai war. Und dennoch glaubt Sybel Rzewuskis Gefinnungsgeossen — denn von Anderen ist ja in der von ihm angeführten Depesche nicht die Rede — zum Urheber der Verfassung des 3. Mai machen zu können! Gerade Rzewuski und seine Genossen aber waren es, die um die Zeit des 3. Mai noch in Wien mit der Hoffnung sich schmickelten, die von ihnen beabsichtigte Reaction direct vom wiener Hof unterstützt zu sehen. Und noch im ganzen Verlauf des Jahres 1791 suchten vorzugsweise die Gegner der Revolution vom 3. Mai ihre Zuflucht in Oestreich; Schönfeld 1. October 1791: »l'emigration des Polonais mécontents de la nouvelle constitution dans la Monarchie Autrichienne continue et il en arrive journellement ici de la première volée et surtout des familles de Potocki et Lubomirski.«

Zu IV. b.

„War man auch von den eben angeführten Details noch nicht unterrichtet, so konnte der officielle Hergang des Ereignisses selbst doch keinen Zweifel über seine gegen Preußen gerichtete Tendenz lassen. Hatte doch der Bericht des auswärtigen Amtes die Nothwendigkeit des Staatsstreiches ausdrücklich mit der Habsucht Preußens motivirt, welches im Bunde mit Rußland Theilungspläne spinne.“

Sybel hat sich durch das von den polnischen Parteiführern so oft beliebte Manoeuvre, durch Ueberraschung und Schrecken einjagende Nachrichten die unwissende Masse der übrigen Abgeordneten zu irgend einem von ihnen beliebten Beschluß zu bewegen, irre führen lassen; wenigstens wird man annehmen dürfen, daß Essen, Falles und Keesbe über den Zusammenhang dieser Intrigue besser unterrichtet waren als er. Nun trugen allerdings diese Parteiführer kein Bedenken, „ihren Bundesgenossen in die allgemeine Verdächtigung (eines Theilungsplanes der benachbarten Mächte) mit einzubegreifen“, VI, 357; ja das Actenstück, welches die Hauptgrundlage dieses Gewebes erlogener Depeschen bildete, brachte es mit sich, daß, wie es scheint gerade Preußen am schonungslosesten der Anklage einer gegen die Republik feindseligen Tendenz ausgesetzt wurde; allein daß die Parteiführer selbst am wenigsten an die Richtigkeit dieser gesandtschaftlichen Fabrikate glaubten, die nur darauf berechnet waren, die Leidenschaften aufzuregen und im Moment die beabsichtigte Wirkung hervorzubringen, das zeigten sie eben dadurch, daß sie unmittelbar nach dem Vollzug der Revolution sich an Preußen wendeten, als an die einzige Schutzmacht, auf die allein sie ihre letzten Hoffnungen setzten. On a donc accepté — la nouvelle forme de gouvernement, concentrée dans la constitution ajoutée à ma précédente dépêche, à l'égard de laquelle on dit, qu'elle n'est faite que pour l'Electeur et nullement pour un Prince ni de Russie,

kennt, ist der Name Rzewuski nicht unbekannt. Jedermann weiß, daß er neben Felix Potocki der eifrigste Antagonist der Verfassung vom 3. Mai war. Und dennoch glaubt Sybel Rzewuskis Gefinnungsgeossen — denn von Anderen ist ja in der von ihm angeführten Depesche nicht die Rede — zum Urheber der Verfassung des 3. Mai machen zu können! Gerade Rzewuski und seine Genossen aber waren es, die um die Zeit des 3. Mai noch in Wien mit der Hoffnung sich schmickelten, die von ihnen beabsichtigte Reaction direct vom kaiserlichen Hof unterstützt zu sehen. Und noch im ganzen Verlauf des Jahres 1791 suchten vorzugsweise die Gegner der Revolution vom 3. Mai ihre Zuflucht in Oesterreich; Schönfeld 1. October 1791: »l'emigration des Polonais mécontents de la nouvelle constitution dans la Monarchie Autrichienne continue et il en arrive journellement ici de la première volée et surtout des familles de Potocki et Lubomirski.«

Zu IV. b.

„War man auch von den eben angeführten Details noch nicht unterrichtet, so konnte der officielle Hergang des Ereignisses selbst doch keinen Zweifel über seine gegen Preußen gerichtete Tendenz lassen. Hatte doch der Bericht des auswärtigen Amtes die Nothwendigkeit des Staatsstreiches ausdrücklich mit der Habsucht Preußens motivirt, welches im Bunde mit Rußland Theilungspläne spinne.“

Sybel hat sich durch das von den polnischen Parteiführern so oft beliebte Manoeuvre, durch Ueberraschung und Schrecken einjagende Nachrichten die unwissende Masse der übrigen Abgeordneten zu irgend einem von ihnen beliebten Beschluß zu bewegen, irre führen lassen; wenigstens wird man annehmen dürfen, daß Essen, Falles und Reede über den Zusammenhang dieser Intrigue besser unterrichtet waren als er. Nun trugen allerdings diese Parteiführer kein Bedenken, „ihren Bundesgenossen in die allgemeine Verdrächtigung (eines Theilungsplanes der benachbarten Mächte) mit einzubegreifen“, VI, 357; ja das Actenstück, welches die Hauptgrundlage dieses Gewebes erlogener Depeschen bildete, brachte es mit sich, daß, wie es scheint gerade Preußen am schonungslosesten der Anlage einer gegen die Republik feindseligen Tendenz ausgesetzt wurde; allein daß die Parteiführer selbst am wenigsten an die Richtigkeit dieser gesandtschaftlichen Fabrikate glaubten, die nur darauf berechnet waren, die Leidenschaften aufzuregen und im Moment die beabsichtigte Wirkung hervorzubringen, das zeigten sie eben dadurch, daß sie unmittelbar nach dem Vollzug der Revolution sich an Preußen wendeten, als an die einzige Schutzmacht, auf die allein sie ihre letzten Hoffnungen setzten. On a donc accepté — la nouvelle forme de gouvernement, concentrée dans la constitution ajoutée à ma précédente dépêche, à l'égard de laquelle on dit, qu'elle n'est faite que pour l'Electeur et nullement pour un Prince ni de Russie,

ni de l'Autriche. On en a senti d'autant plus la nécessité, que le but de la Russie paroissoit être arrêter la procédure méthodique de la formation du gouvernement le plus que possible, ce qui auroit encore pris six mois ; qu'en attendant la paix seroit faite et que de la Pologne isolée on auroit fait tout ce qu'on auroit voulu. Et voilà ce qui a fortement et autant contribué à exciter la nation à agir avec promptitude, que les dispositions pacifiques de l'Angleterre envers la Russie, dont on a été averti.

— — Mais, Mr. le Comte, je dois Vous dire, que telle est la terreur d'un nouveau partage, que si des considérations majeures ne permettoient pas à l'Electeur d'entrer dans les vues de la Pologne, qui comme Vous voyez, Monsieur, sont cependant sujettes à mille inconvéniens et dangers pour nous, on préféreroit plutôt de donner le trône à tel Prince, que ce soit, au dernier gentilhomme même, pourvu que la succession soit établie et *que la Pologne ne soit pas sous l'influence de l'Autriche ou de la Russie.* Voilà au moins, ce que j'entends dire.

— Peu d'heures après la clôture de la séance du 8. Mai le Roi de Pologne fit partir un courrier pour Berlin, chargé d'une lettre de Sa Maj. pour le Roi de Prusse, dans laquelle Elle prévient Sa Maj. Prussienne de la démarche, que la nation venoit de faire, lui détaille la situation dangereuse du

royaume, qui avoit forcé les Etats à s'y résoudre, et tranquilisant le Roi sur tout ce qui lui pourroit être insinué au désavantage de la nation et l'équivoque de ses vues, lui demande en termes affectueux son assistance et son amitié, en lui offrant celle de la nation et le prévenant du désir, de resserrer les liens d'une alliance mutuelle; *Offens Bericht vom 7. Mai 1791.*

Wie dagegen war um diese Zeit das gegenseitige Verhalten des warschauer Hofes und der österreichischen Gesandtschaft beschaffen? Noch im Juni wagte de Csché es nicht, ersterem nur die geringste Theilnahme zu bezeigen. Ce procédé lui paroit factionneux et tumultuaire, etc. — Il observe également, que la Cour de Varsovie n'avoit donné aucune information officielle à la sienne de cette révolution; VI, 575 und 577. Und noch im November sagte der Baron Spielmann zum Grafen Schönfeld, daß der wiener Hof nicht weniger als der russische Grund habe darüber ungehalten zu sein, de n'avoir pas été consulté du tout dans l'ouvrage de la confection de la nouvelle constitution, qui avoit été établie absolument à l'insu et sans la moindre concurrence des deux Cours et dont celle de Vienne n'avoit pas même été instruite officiellement *que depuis quelques jours seulement* par la communication que le Comte de Woyna en avoit faite au Ministère; *Schönfelds Bericht vom 5. Nov. 1791.* — Wie kann

man da nur das geringste Gewicht den Heirathsplänen beilegen, mit welchen damals Kaunitz den General Woyna unterhielt? Als ob Kaunitz von ihrer Unausführbarkeit nicht ebenso gut überzeugt gewesen wäre, wie der König von Preußen es war; VI, 363, Anmerk. 453. Oder gilt es Sybel denn nichts, daß Kaunitz selbst in der Convention vom 25. Juli 1791 stipulirte, daß kein russischer, preussischer oder österreichischer Prinz weder durch eine Vermählung mit der Prinzessin Infantin, noch sonst durch eine neue Wahl den polnischen Thron bestiegen sollte?; VI, 437.

Erst zu der Zeit als Bischoffswerder und Lord Elgin in Italien mit Kaiser Leopold verhandelten, als sie beide dort noch aufs lebhafteste sich bemühten, ihn vom russischen Bündniß abzugiehen und für das seit 1788 von Preußen und England angebahnte Föderativsystem zu gewinnen, erst da nahmen der Kaiser selbst und seine Minister etwas ernsthafter die Miene an, als wollten sie die Verfassung vom 3. Mai und die sächsische Thronfolge unterstützen; Martens Berichte aus Wien vom 6. und 18. Juli, VI, 577. Aber auch jetzt noch nahm der sächsische Gesandte solche Mittheilungen nur mit Mißtrauen auf: *mais il s'agira de voir, si l'extrême facilité, qu'a témoignée l'Empereur, sera soutenue par les effets*; Martens Bericht vom 20. Juli, VI, 578, wo statt Juni Juli zu lesen ist. — Gleich darauf aber gelang es Leopold in der That, durch die wiener Convention vom 25. Juli

das englisch-preussische Föderativsystem in seinen wesentlichen Grundzügen zu vernichten und Preußen mit in das russische Lager hinüberzuziehen. Und durch die von Rempold ausbedungene Aufnahme Rußlands in die neue österreichisch-preussische Allianz wurde nun sofort die russische Reaction vorgezeichnet, welche, wie schon damals in Berlin Schulenburg und Ewart voraussahen, unausbleiblich eine zweite Theilung Polens nach sich ziehen mußte. Dehols Ansicht von dem Verhalten Oesterreichs zu Rußland bestätigte sich in Allem als die vollkommen richtige. Nach seinen Beobachtungen nämlich: l'Empereur de son côté, voulant conserver l'amitié de la Russie, s'étoit amolli sur les représentations à faire et les avoit rendues tellement conditionnelles relativement aux sentimens de Cathérine II, que celle-ci, sans craindre de rebuter la Cour de Vienne, restoit la maîtresse d'accepter ou de refuser la proposition peut-être trop ménagée, qu'on venoit de lui faire; VI, 579, Böttcherjahrs Bericht vom 4. Oct. 1791.

Dem entsprechend berichtete dann Schönsfeld, Wien, 8. Nov.: J'ai entrevu au reste dans le pourparler du Cte de Cobenzl, que l'Empereur étoit encore incertain en lui-même, si dans les circonstances présentes, il devoit conseiller à notre Auguste Maître, de faire des démarches provisoires pour l'acceptation de la Couronne de Pologne, attendu qu'il y avoit lieu de supposer, qu'aussi longtems que

la Russie ne se montre pas plus portée à les faciliter également de son côté, elles ne pourroient peut-être pas avoir tout le succès, qu'on en devoit espérer.; VI, 580.

Am 9. December schreibt der Graf Jos an Schönfeld, vor einigen Tagen sei der Fürst Adam Czartoryski in Dresden angelangt, um mit den sächsischen Commissairen über die zweifelhaften Punkte der polnischen Constitution in Unterhandlung zu treten, inmer aber ließen noch die Polen benachbarten Mächte auf die Rundgebung ihrer endlichen Entschliessungen in Bezug auf die Angelegenheiten dieses Königreichs warten: nous devrions cependant être informés, il y a longtems, de la nature des communications, dans lesquelles l'Empereur est entré à ce sujet avec la Cour de Pétersbourg, si Mr. de Rottenbourg (österreichischer Bevollmächtigter in Dresden) avoit été autorisé à m'en faire part, ainsi que Mr. le Comte de Cobenzl Vous l'avoit annoncé expressément. Après une promesse aussi positive, le silence absolu, que Mr. de Rottenbourg a gardé à cet égard, a réellement de quoi surprendre, etc. Und um die Mitte des Decembers wußte der Bittstangler Graf Cobenzl Schönfeld nur damit zu trösten, daß er in Folge des Ablebens des Fürsten Potemlin croyoit avoir une faible lueur d'espérance, que peut être Cathérine II. pourroit adopter des sentimens plus favorables pour le nouvel ordre des choses en

Pologne; VI, 581, Bericht vom 17. December. —
 Interim 26. December 1791 enthält nachst Graf Kaß
 dem Grafen Schönfeld weiter: Jusqu'à présent les
 ouvertures de Mr. de Landriani (außerordentlicher
 Beauftragter des wiener Hofes) sur les affaires de
 Pologne se sont bornées à ce qui s'est passé en
 dernier lieu entre le Comte de Woyna et le Prince
 de Kaunitz, sans rien articuler de précis des
 principes, que S. M. l'Empereur pourroit avoir
 adoptés à ce sujet et surtout par rapport à la
 nouvelle constitution de la République.

In eben diesem Moment aber mußte man in Wien
 sehen recht wohl, wie wenig es mit dem die Verfassung
 und Unabhängigkeit Polens betreffenden Separatartikel der
 Convention vom 25. Juli, der hernach auch einen
 integrierenden Theil des Vertrages vom 7. Februar 1792
 bildete, erweistlich gemeint sei. L'on en infère, qu'il
 pourroit bien arriver, que les Cours de Vienne et
 de Berlin ne donnassent point de suite au projet
 d'article séparé de la dite convention, d'autant plus,
 qu'on croit avoir recueilli de nouvelles preuves, que
 l'une et l'autre n'entendent pas soutenir l'ouvrage
 du 3. Mai, et que plutôt elles lui sont contraires,
 surtout par ce qui regarde la succession héréditaire
 au trône; Schönfelds Bericht vom 23. Dec., VI, 581.
 Bgl. oben Beilage V. Und so wurde denn in der That,
 wie ich S. 65 angeführt habe, dieser Artikel durch den

russisch-preussischen Tractat vom 7. August, welcher nach
 Smitt mit dem russisch-österreichischen Tractat vom 14. Juli
 1792 fast wörtlich übereinstimmte, förmlich aufgehoben.

Nach all diesen Auseinandersetzungen wird es wohl dabei
 bleiben müssen, daß die zweite Theilung Polens vornehmlich
 dadurch herbeigeführt wurde, daß Kaiser Leopold sich hart-
 nädig weigerte, dem englisch-preussischen Föderativsystem
 beizutreten und daß er im Gegentheil mit Erfolg sich
 bemühte, auch Preußen in das Reactionssystem der beiden
 Kaiserhöfe hinüberzuziehen. — Das ist der Kern meiner
 ganzen Untersuchung. — Mochten auch Leopold die Con-
 sequenzen seines Festhaltens an der russischen Freundschaft
 theilweise recht unbequem sein, mochte er selbst vielleicht
 nicht umsichtig genug gewesen sein, um zur rechten Zeit und
 auf die rechte Weise diesen Consequenzen entgegenzuarbeiten,
 darauf kommt wenig an, sondern nur das ist zu erui-
 ren von entscheidender Wichtigkeit, daß eben aus seiner Hand-
 lungsweise die Folgen sich ergeben mußten, die sich wirklich
 ergeben haben und die als unausbleibliche von einsichtigen
 Staatsmännern bereits in dem Moment vorausgesehen
 wurden, als soeben Kaunitz und Bischoffswerder die
 Convention vom 25. Juli unterzeichnet hatten. — Der
 prüfende Leser wird mir nach all den Wiederholungen,
 deren ich mich nicht habe enthalten dürfen, hoffentlich
 zugestehen, daß der Herrmann in den Noten ganz derselbe

ist, wie der Herrmann im Text. — Sybel hat sich die Mühe der Polemik gegen mich gar zu leicht gemacht, wenn er in seinem akademischen Vortrag vom 16. Dec. 1860 aus meinen eigenen Notizen mich widerlegen zu können vermeinte. Ich habe es daher nicht unterlassen dürfen, sein im Uebrigen so verdienstvolles Werk über die Revolutionszeit in einzelnen wichtigen Stellen einer sorgfältigeren Gegenkritik zu unterziehen.

Schließlich habe ich noch einen Punkt zu berühren. Statt eigene neue Documente beizubringen, zieht Sybel es vor nur ganz im Allgemeinen auf einige andere Autoritäten sich zu stützen. Da sein ganzer akademischer Vortrag lediglich gegen die von mir aufgestellten Ansichten gerichtet ist, so werden die von ihm S. 666 genannten Gewährsmänner, die ihn in seiner Ansicht befestigt oder diese vervollständigt haben, wohl mit in dem Sinne angeführt sein, daß sie gegen mich zeugen sollen. Es sind das namentlich von Smitt, Häußer und Blum. Was nun den ersten dieser drei betrifft, einen excessiv russenfreundlichen Deutschen, so beneide ich Sybel um die Bundesgenossenschaft dieses Herrn nicht. Ich werde die Forschungsmethode desselben, wo nicht früher, so doch in meinem nächsten Bande näher zu beleuchten Gelegenheit haben. Im Uebrigen habe ich in seinem Buch über Suworow und Polens Untergang nicht allzuviel gefunden, was ich zu berücksichtigen hatte. — Häußer wird jeder Deutsche für sein patriotisches Werk sich zum wärmsten Dank verpflichtet fühlen, nur wird er

selbst schwerlich in Bezug auf die Parteen, in welchen er die polnischen Angelegenheiten behandelt, den Anspruch erheben, daß ihnen das Gewicht einer erschöpfenden Specialuntersuchung beigelegt werden soll. Und was endlich Blum betrifft, so haben dessen Denkwürdigkeiten über den Grafen Sievers mit der polnischen Geschichte bis zum Jahre 1792 es noch so wenig zu thun, daß ich nur aus diesem Grunde bisher keine ausdrückliche Veranlassung hatte, dieses die allgemeinste Anerkennung findende Werk auch meinerseits rühmend zu erwähnen.

In demselben Verlage sind erschienen:

Herrmann, Dr. Ernst:

Geschichte des russischen Staates.

6 Bände. gr. 8. Preis 16 Thlr. 12 Sgr.

Caro, Dr. J.:

Das Interregnum Polens im Jahre 1587

und die

Parteilämpfe der Häuser Zborowsky und Zamojski.

Nach den Quellen bearbeitet. gr. 8. Preis geh. 28 Sgr.

Mailath, J. Graf:

Geschichte des österreichischen Kaiserstaates.

5 Bände und Register. gr. 8. Preis 12 Thlr.

Stenzel, G. H. S.:

Geschichte des preussischen Staates.

5 Bände und Register. Preis 11 Thlr. 18 Sgr.

Gotha. — Druck von Emil Kramer.

